concierto latinoamericano

sergio vesely
juan bagatelas
trio los quinteros

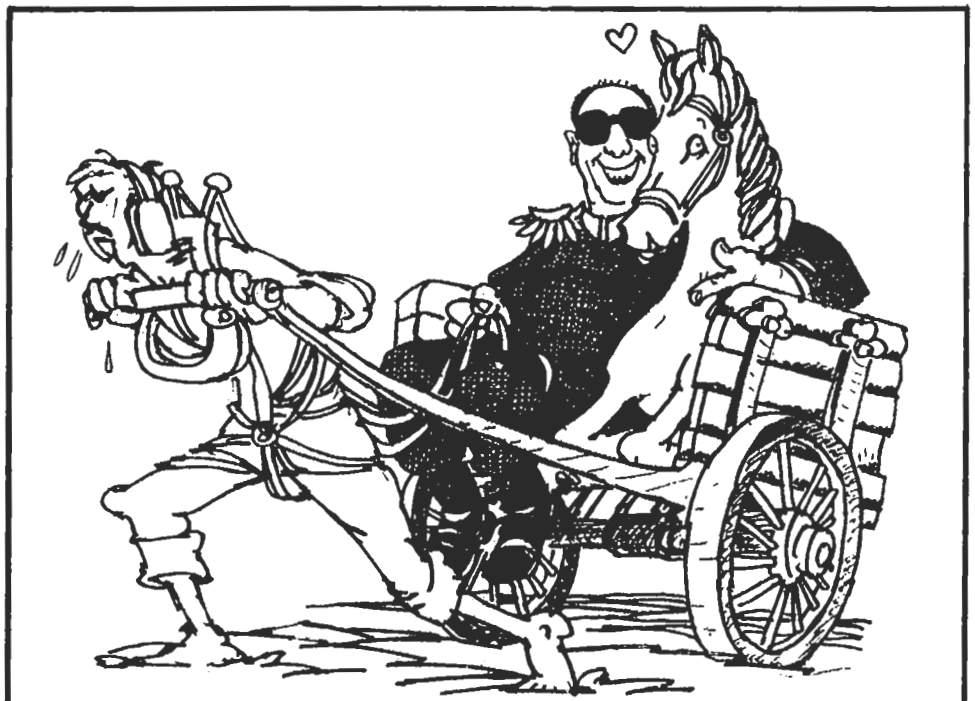
Diese dufte Platte ist
zu erhalten bei:
Götz Wörner
Hagelweg 2o
753o Pforzheim
Sie kostet 12,8o DM +Porto

Ein Live-Mitschnitt vom Folk-Treff 78 in Pforzheim

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 69

6. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) 23. 3. 1979 Solidaritätspreis DM 2,–



General Figueiredo, der neue Präsident von Brasilien, am 21.8.1978:
„Mir ist der Geruch von Pferden lieber als der Geruch des Volkes."

BRASILIEN:
Der Geruch von Siemens und Helmut Schmidt

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

SOLIDARITÄT DER LATEINAMERIKANER – **BRASILIEN:** GEWERKSCHAFTEN UND „RELATIVE" AMNESTIE – **PARAGUAY:** VERKNECHTUNG – **CHILE:** DIE TOTEN VON LONQUEN – **BOLIVIEN:** DUELL DER EX-PRÄSIDENTEN – **PERU:** GEWEHRE GEGEN ARBEITER – **MEXIKO:** DEMOKRATUR – **KOLUMBIEN:** TURBAY – BY–BY

INHALT

I. ZU DIESEM HEFT 3

II. SOLIDARITÄT
– Solidarität für Rudolf Bahro 4
– HABEAS: Für die Menschenrechte in Lateinamerika 6

III. SIEMENS/KWU
– Die westdeutsche Atomindustrie braucht Lateinamerika 10

IV. BRASILIEN
– Der Geruch von Helmut Schmidt 15
– Gegen die vereinigte Macht der Arbeitgeber 17
– Die „relative" Amnestie des General Figueiredo 21
– Offener Brief an General Figueiredo 24
– Nationalkongreß für die Amnestie 27

V. ARGENTINIEN
– Widerstand gegen Reallohnabbau 30

VI. PARAGUAY
– Verknechtung 33

VII. CHILE
– Neue Enthüllungen im Fall Lonquen 39
– Gewerkschaften: Einhellig, nicht einheitlich 44
– Rezension: Eine Anthologie der Lieder von Violeta Parra 46

VIII. BOLIVIEN
– Bilanz der Regierung Padillas 47

IX. PERU
– Gewerkschaftsbewegung und Militärrecht – Der Fall CROMOTEX 51

X. MEXIKO
– 50 Jahre PRI – die etablierte Revolution 55

XI. KOLUMBIEN
– Zur Lage der Gewerkschaften (Teil II) 59
– Die Verfolgung der Indios 64
– Zur Praxis der Nationalen Sicherheit 67

XII. URUGUAY
– Kleines Land mit Seeblick – zu verkaufen 71

LESERUMFRAGE (zum raustrennen) auf den Mittelseiten. Bitte ausfüllen und an die Redaktion zurückschicken.

Impressum:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 6 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheinen monatlich
(mindestens 11mal im Jahr)

Abo-Preis: DM 30,–

Vorauszahlung auf:
Sonderkonto des Chile-Komitees – „Hilfe für Chile"
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087–108
Bankleitzehl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo '79

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 65

Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Wir sind gewohnt, nur von der Solidarität zu sprechen, die wir Europäer mit den Unterdrückten in Lateinamerika üben. Dieses Heft nun beginnen wir mit zwei Texten, in denen Lateinamerikaner zur Solidarität aufrufen.

In der Solidaritätserklärung chilenischer Exilierter für Rudolf Bahro wird sogar die uns gewohnte Richtung umgekehrt: Lateinamerikaner beklagen in diesem Text die gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa. Sie legen Protest ein gegen die Inhaftierung Rudolf Bahros in der DDR und verlangen seine Freilassung. Mit Rudolf Bahro verbinden sie offenbar ähnliche Assoziationen und Hoffnungen wie wir. "Die Kommunisten müssen sich von der Staatsmaschinerie distanzieren und zuvor der Herrschaft des Apparates in ihrer eigenen Organisation ein Ende machen. Sie müssen neu die alte Lösung des Manifests auf ihre Fahnen schreiben, wonach die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und sich mehr denn je bewußt sein, daß dieses Programm den Rahmen jeglicher bloß nationaler oder kontinentaler Fragestellungen sprengt."

Der Aufruf der neugegründeten lateinamerikanischen Stiftung HABEAS sprengt zunächst einmal den Rahmen der einzelnen Nationen und macht den Kampf gegen die Unterdrückung der Menschenrechte zu einer Sache, die zunächst und vor allem das gemeinsame Werk der Lateinamerikaner sein muß. Der Aufruf zeigt auch, daß Breite und Vielfalt einer Organisation kein Hindernis für Klarheit, Energie und Zielstrebigkeit sein muß.

Um diese Fragen wird es kaum gehen, wenn Bundeskanzler Helmut Schmidt Anfang April Brasilien besucht, um dem neuen Präsidenten General Figueiredo seine Aufwartung zu machen. Brasilien ist zu einem Lieblingsland westdeutscher Exporteure und Kapitalanleger geworden, mit Siemens und der Kraftwerks-Union an der Spitze. Nach dem Fiasko im Iran wird Brasilien umso interessanter. Was Bahro von den Kommunisten verlangt, das haben die Multis vom Schlage Siemens längst erreicht, nämlich den Rahmen bloß nationaler oder kontinentaler Fragestellungen zu sprengen.

In letzter Minute erreicht uns die Nachricht, daß der Präsident der karibischen Inselrepublik Grenada gestürzt worden ist und von New York aus die Intervention von nordamerikanischen und britischen Truppen gegen den angeblich kommunistischen Führer gefordert hat. Präsident Gairy war oft belächelt worden, weil er im Rahmen der Vereinten Nationen häufig das Thema der fliegenden Untertassen aufgeworfen hatte. Viel wichtiger ist aber, daß er mit Waffenhilfe und Beratung aus dem Chile Pinochets ein Terror-Regime aufgebaut hatte, das im karibischen Raum gleichzeitig als Drehscheibe exilkubanischer Terror-Unternehmen funktionierte. Die internationale Juristenvereinigung in Genf hat dem neuen Premier Bishop zu dem Umsturz gratuliert.

Unsere Leser bitten wir dieses Mal um Mitarbeit. Wir erhalten relativ wenig Leserbriefe. Woran liegt das? Wir wollen wissen, was wir nach Meinung der Leser besser machen könnten. In der Mitte des Hefts befindet sich ein Fragebogen. Am besten jetzt gleich herauslösen, ausfüllen und absenden!

SOLIDARITÄT

Solidarität für Rudolf Bahro

Neunzig politische Flüchtlinge aus Chile, die wegen ihrer politischen Tätigkeit in der Sozialistischen Partei, im MAPU und MIR oder auch als Unabhängige ihre Heimat verlassen mußten, unter ihnen mehrere Schriftsteller, Historiker, Soziologen und Politologen, haben die folgende Solidaritätserklärung für Rudolf Bahro unterschrieben und uns zur Veröffentlichung zugeleitet.

Wir halten diese Erklärung auch deshalb für wichtig, weil sie ein Ausdruck dafür ist, daß Solidarität niemals nur in eine Richtung geht.

Erklärung einer Gruppe von Chilenen im Exil zur Verurteilung von Rudolf Bahro

1.- Wir Unterzeichner dieses Briefes sind Chilenen im Exil. Mehrere von uns haben Haft und Foltern durchgemacht. Unser Vergehen war der Kampf für die Erweiterung der Demokratie. Aber nicht einer formalen Demokratie, sondern einer wirklichen, in bezug auf die Rechte der Armen und Ausgebeuteten unseres Landes unzweideutigen Demokratie. Die Jahre des Exils haben diese unsere Überzeugung nicht abgeschwächt. Sie haben sie im Gegenteil verstärkt. Im Exil haben wir die Solidarität der unterschiedlichsten demokratischen Strömungen, Organisationen und Regierungen erhalten. Wir haben gesehen, wie unsere Sache zu einem weltweiten Symbol wurde. Wir haben verstanden, wie unsere Angelegenheit sich gerade auf die internationale Solidarität stützte. Unabhängig von unserem Willen und von unseren verständlichen und notwendigen Differenzen untereinander wurden wir Teil einer immer größer werdenden weltweiten Bewegung, die auf die absolute Achtung der Freiheiten und Menschenrechte rings um den Erdball zielt. Wir haben aber auch verstanden, daß die Wiederherstellung der Demokratie in unserem Lande und die Möglichkeiten ihrer Vertiefung sich auf die Erweiterung der Freiheiten in allen Ländern der Erde stützten.

2.- Die Regierung des Präsidenten Allende war die demokratischste, die jemals nicht nur in Chile, sondern in ganz Südamerika existiert hat. Es ist wichtig, das zu einer Zeit hervorzuheben, in der internationale Wirtschaftsinteressen eine Formel aufzudrängen suchen, wonach breite Sektoren der chilenischen Linken, also gerade die, die am meisten im Kampf für die Demokratie getan haben, ausgeschlossen werden sollen. Während der Jahre der Volksregierung haben wir unser Recht auf Diskussion, Gegenrede und abweichende Meinung gefestigt. Zum Beweis genügt es, die Dokumente, Veröffentlichungen und Zeitschriften jener Zeit zu lesen. Diese Rechte sind Teil unserer politischen Tradition und Identität. Ohne diese Tradition wäre es darüberhinaus nicht möglich, die unermeßliche Solidarität zu erklären, die wir erhalten haben. Unsere Konzeption der zukünftigen Gesellschaft haben wir auf die Anerkennung dieser Prinzipien gegründet, und das werden wir auch in Zukunft tun.

3.- Gerade weil wir Empfänger dieser demokratischen Solidarität gewesen sind, fühlen wir uns berechtigt und verpflichtet, unsere Solidarität auf alle Kräfte, Bewegungen und Personen auszudehnen, die in den verschiedenen Ländern für diese selben Prinzipien kämpfen. So haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten Erklärungen unterstützt und unterzeichnet, die nicht nur den politischen Gefangenen unseres eigenen Landes helfen sollten. Heute steht es an, daß wir das für eine einzelne Person tun, die jedoch zu einem Symbol revolutionärer und demokratischer Solidarität geworden ist. Wir beziehen uns auf den Genossen Rudolf Bahro.

4.- Rudolf Bahro ist ein Kommunist der Deutschen Demokratischen Republik. Er ist Demokrat, Intellektueller, Marxist.
Rudolf Bahro wurde ohne Beweise und Belege unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu acht Jahren Haft verurteilt. Die absurde Anklage, er sei ein Spion, läßt an Stalins Prozesse gegen die sowjetischen Kommunisten erinnern. Wir protestieren offen gegen dieses im Kern reaktionäre und ungeheuerliche Vorgehen.

Das Vergehen Bahros war die Kritik, das heißt: die Ausübung seiner eigenen Theorie in einem Land, das gerade die höchste Verwirklichung der Demokratie verkündigt: den Sozialismus. Seine Waffe war ein Buch: "Die Alternative". Es ist eine kämpferische Stellungnahme, die durch Vorschläge im Sinne einer revolutionären Umwandlung seiner Gesellschaft auf die Zukunft zielt. Wie Bahro selbst sagt: "Die Stunde der Theorie und der Geschichte muß beginnen. Früher oder später wird ihr die Stunde der Politik folgen."

Rudolf Bahro hat sein Werk im vollen Bewußtsein der Risiken, die er einging, geschrieben und veröffentlicht. Das war nicht einfach eine theoretische Übung. Es war auch ein revolutionärer Akt persönlichen Opfers.

5.- Die gegen Bahro verübten Willkürakte tragen außerdem dazu bei, unsere eigene Sache zu schwächen. Die reaktionärsten Kreise der kapitalistischen Welt finden sich so mehr als je legitimiert, weiterhin die Menschenrechte in ihren jeweiligen Ländern zu verletzen. Die Unterdrückung der Freiheit dort ist das beste Argument für ihre Unterdrückung hier.

6.- Gerade weil wir Chilenen und Exilierte sind, treten wir für die Befreiung aller Demokraten, aller Revolutionäre, aller, die ihr Recht auf abweichende Meinung behaupten, ein, sei es in den kapitalistischen Ländern, sei es in der UdSSR und den mit ihr verbündeten Ländern oder in irgendeinem Teil der Welt. Weil unsere politische Konzeption revolutionär ist, sind wir Demokraten. Weil wir Demokraten sind, haben wir eine revolutionäre politische Konzeption.

7.- Wir unterzeichnenden Chilenen protestieren energisch gegen die willkürliche Verurteilung unseres Genossen Rudolf Bahro und fordern unverzüglich Freiheit für ihn.

HABEAS –
Für die Menschenrechte in Amerika

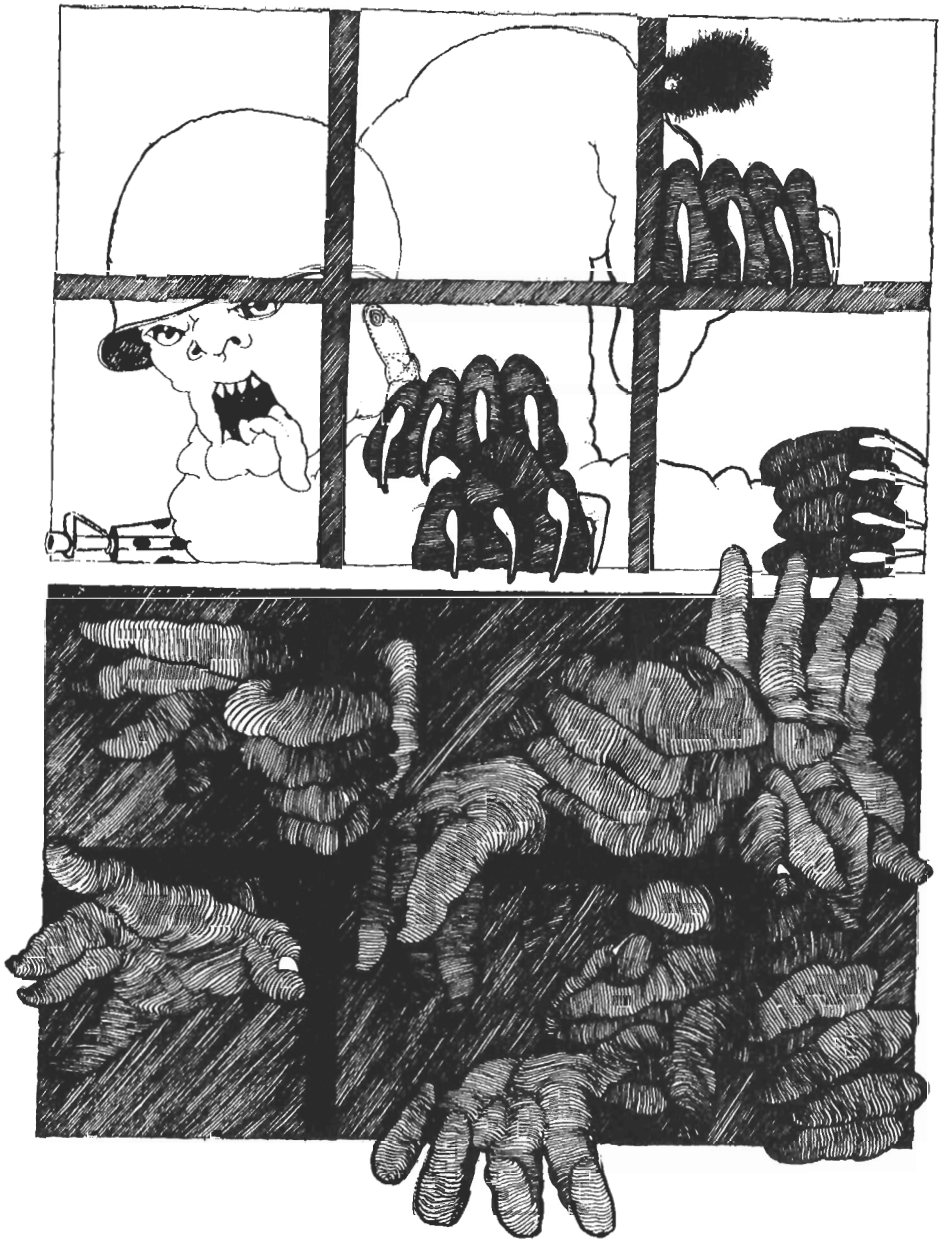
Im Dezember letzten Jahres wurde in México City die Menschenrechtsorganisation HABEAS gegründet. Die Initiative ging vom kolumbianischen Schriftsteller und Journalisten Gabriel García Marquéz aus, der die neue Organisation auch leitet.

"Hábeas, Stiftung für Menschenrechte in Amerika", versteht seine Arbeit als"Solidarität mit den politischen Gefangenen, Verschwundenen und Exilierten des Kontinents". Ist HABEAS damit zu einem Konkurrenzunternehmen Amnesty Internationals geworden? Wer dies befürchtet, dem muß man verdeutlichen, daß Initiativen zugunsten der politisch Verfolgten nicht miteinander konkurrieren. Je mehr Initiativen, umso erfolg-versprechender die Arbeit!

HABEAS unterscheidet sich insofern von Amnesty International, als es:

1. Partei ergreift für die Befreiung der Völker Amerikas,
2. den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf den wohl grausamsten Bereich der politischen Verfolgung - auf das Problem der Verschwundenen - setzt,
3. keinen Unterschied macht zwischen politisch Verfolgten, die mit friedlichen Mitteln streiten, und solchen, die bewaffnet für die Befreiung kämpfen,
4. eine auf Amerika beschränkte Menschenrechtsorganisation ist.

Bemerkenswert ist, daß diese Initiative von Lateinamerika selbst ausging und von Persönlichkeiten sehr unterschiedlicher politischer Auffassungen getragen wird, die aber gemeinsam haben, daß sie weltweit Stellung gegen Menschenrechtsverletzungen und Militärdiktaturen bezogen haben. Drei Staatschefs, ein Erzbischof, ein Priester, zwei Witwen von Ex-Präsidenten, ein Ex-Präsident, zwei Ex-Minister, davon einer ein General im Ruhestand, drei international bekannte Schriftsteller, drei Exil-Politiker und die Witwe eines Dichters haben den Gründungsaufruf von HABEAS unterzeichnet. Der sozialdemokratische Premierminister Michael Manley von Jamaika und die Präsidenten Panamas und Costa Ricas, Aristides Royo und Rodrigo Carazo, zählen zu den fortschrittlichen Staatsmännern Amerikas. Einige, wie Juan Bosch, Ex-Präsident der Dominikanischen Republik, und Guillermo Toriello, Ex-Außenminister Guatemalas, sind Opfer bewaffneter Intervention von US-Truppen oder US-Söldnern. Andere sind Opfer von Terrorregimen US-amerikanischer Prägung, wie der uruguayische Politiker Hugo Villar, der paraguayische Politiker Antonio Maidana, der Haitianer, Prof. Gerard Pierre Charles, der argentinische Schriftsteller Julio Cortazar und Ema Obleas de Torres, Witwe des Ex-Präsidenten Boliviens, General Juan José Torres. Ihr Mann wurde im Exil in Buenos Aires von den argentinischen Streitkräften entführt und ermordet. Ernesto Cardenal verkörpert nicht nur den revolutionären Flügel der Kirchen, sondern auch die Volksbefreiungskräfte Lateinamerikas, der Schriftsteller Nicolás Guillén die siegreiche kubanische Revolution. Kardinal Paulo Evaristo Arns, Erzbischof von São Paulo, gilt als einer der energischsten Verteidiger der Menschenrechte in Lateinamerika. Unterschrieben haben außerdem noch die Kommunistin Matilde Urrutia de Neruda, Witwe des chilenischen Dichters und Nobelpreisträgers Pablo Neruda, Amalia Solorzano de Cárdenas, Witwe des mexikanischen Ex-Präsidenten, General Lázaro Cárdenas (1934-40), der das mexikanische Erdöl den ausländischen Erdölgesellschaften entriß, und der Ex-Minister der "Peruanischen Revolution", General Leónidas Rodríguez Figueroa, ein Vertreter der fortschrittlichen nationalistischen Militärs.



HáBEAS

Fundación para los derechos humanos en las Américas.

Aufruf

An alle demokratischen und fortschrittlichen Menschen Lateinamerikas und der Karibik!

Lateinamerika, der Kontinent, der von Bolívar, San Martín, O'Higgins, Artigas, Juárez, Martí und so vielen anderen Persönlichkeiten unserer Geschichte für die Freiheit befruchtet wurde, ist immer noch die Region der Welt, in der die Folter am meisten angewendet wird, in der tausende von aufrechten Kämpfern für Demokratie und Gerechtigkeit eingekerkert sind, in der eine große Zahl von Männern und Frauen im Dunkel verschwinden ohne Spuren zu hinterlassen, verschleppt von Organen der politischen Unterdrückung oder von Banden, die sich kaum Mühe geben, die offizielle Unterstützung zu verbergen, mit der sie handeln. Es ist ein Gebiet, in dem auf empörende Weise Unsicherheit, Verfolgung, Verletzung der Bürgerrechte, gröbste Willkür, Demütigung und Entwürdigung der Menschenwürde herrschen.

Diese Realitäten werfen für unser Bewußtsein die Notwendigkeit der breitesten und effizientesten Solidarität in Lateinamerika auf, der Solidarität mit all denen, die kämpfen, und all denen, die leiden. Eine Solidarität all derer, die den Ruf der Menschlichkeit hören und Respekt für die menschliche Würde empfinden, geeint in gemeinsamen Anstrengungen über die politischen Anschauungen, religiösen Bekenntnisse oder ideologische Ausrichtungen hinweg.
Kein ehrenhafter Mensch kann gleichgültig bleiben, wenn er weiß, daß in jedem Augenblick in seinem eigenen Land oder an irgendeinem Ort des Kontinents ein Mann oder eine Frau in den höllischen Abgrund der Folter gestürzt wird; wenn er weiß, daß es Patrioten gibt, deren Leben hinter den Gittern der Tyrannei vergeht, und daß Angehörige die Angst erleiden, auf der Suche nach ihrem verschwundenen Lebensgefährten, Kind, Vater oder Bruder umherzuirren.

Deshalb rufen wir alle demokratischen und fortschrittlichen Personen und politischen und sozialen Organisationen in Lateinamerika, der Karibik und der Welt auf, ihre Kräfte, mit aller Energie, deren sie fähig sind, zu vereinen, damit die Folter abgeschafft und das Leben respektiert wird, damit die politischen Gefangenen freigelassen werden, damit der Terror, die Verschleppungen und das Verschwinden von Menschen aufhören und damit sich die Tore der Heimatländer den Exilierten öffnen.

Wir rufen auf zu einem ernsthaften Kampf für eine breite Amnestie für all jene, die unter Verfolgung und ungerechten Strafen leiden. Wir rufen auf zu einer breiten Mobilisierung der verschiedenen sozialen, demokratischen und humanitären Sektoren in den Ländern

Lateinamerikas und der Karibik, in denen es möglich und sinnvoll ist, und zu der Schaffung von Formen der Koordination, um diese noble, gerechte und unaufschiebbare Anstrengung weiterzubringen. Diese Anstrengung muß sich in eine machtvolle Solidaritätskampagne mit den lateinamerikanischen Völkern umsetzen, die unter der Tyrannei, der Barbarei und der Verweigerung der fundamentalen Menschenrechte leiden.

JULIO CORTAZAR
argentinischer Schriftsteller

EMA OBLEAS DE TORRES
Witwe des Expräsidenten Boliviens, Juan José Torres

RODRIGO CARAZO
Präsident von Costa Rica

MATILDA UURUTIA DE NERUDA
Witwe des chilenischen Dichters Pablo Neruda

GERARD PIERRE CHARLES
Professor und Politiker aus Haiti

AMALIA SOLORZANO DE CARDENAS
Witwe des Expräsidenten Mexikos, General Lázaro Cárdenas

ARISTIDES ROYO
Präsident der Republik Panama

LEONIDAS RODRIGUEZ FIGUEROA
Divisionsgeneral a.D.
Exminister von Peru

HUGO VILLAR
Mediziner und Politiker aus Uruguay

Kardinal PAULO EVARISTO ARNS
Erzbischof von São Paulo, Brasi-
Brasilien

GABRIEL GARCIA MARQUEZ
kolumbianischer Schriftsteller

NICOLAS GUILLEN
kubanischer Schriftsteller

GUILLERMO TORIELLO
Exkanzler von Guatemla

MICHAEL MANLEY
Premierminister von Jamaika

ERNESTO CARDENAL
Priester und Dichter aus Nicaragua

ANTONIO MAIDANA
Politiker aus Paraguay

JUAN BOSCH
Expräsident der Dominikanischen Republik

Mexiko, Dezember 1978

HABEAS-Brief zu Kolumbien

Im Auftrag von HáBEAS hat der Schriftsteller Gabriel García Márquez einen Brief an den kolumbianischen Präsidenten Julio Cesar Turbay gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

"Die Berichte über Fälle von Foltern und ehrenrührigen Behandlungen in den Militärgefängnissen Kolumbiens sind von der Weltpresse und von geachteten Persönlichkeiten so überreichlich belegt und in so überzeugender Weise dargelegt worden, daß es schwerfällt, sich vorzustellen, daß es sich dabei um nichts anderes als Manöver der Opposition handeln sollte. Die Stiftung HáBEAS für die Menschenrechte in Lateinamerika, deren Vorsitzender ich bin, schlägt Ihnen daher vor, der Entsendung von Beobachtern, die über jeden Verdacht erhaben sind, nach Kolumbien zuzustimmen."

SIEMENS/KWU

Die deutsche Atomindustrie braucht Lateinamerika

Für den Siemens-Chef Plettner ist Argentinien *„einer der wenigen Lichtblicke"* für das Atom-Exportprogramm seiner Tochtergesellschaft Kraftwerkunion (KWU). In Brasilien wird mit Siemens-Technologie unter skandalösen Begleiterscheinungen eine Nuklearindustrie aufgebaut, die das Land wahrscheinlich zur zweiten kompletten Atommacht Lateinamerikas machen wird. Von der wachsenden Kritik am inländischen Nuklearprogramm und der Konkurrenz am Weltmarkt in Bedrängnis gebracht, strebt der Konzern mit aller Macht an den lateinamerikanischen Futtertrog.

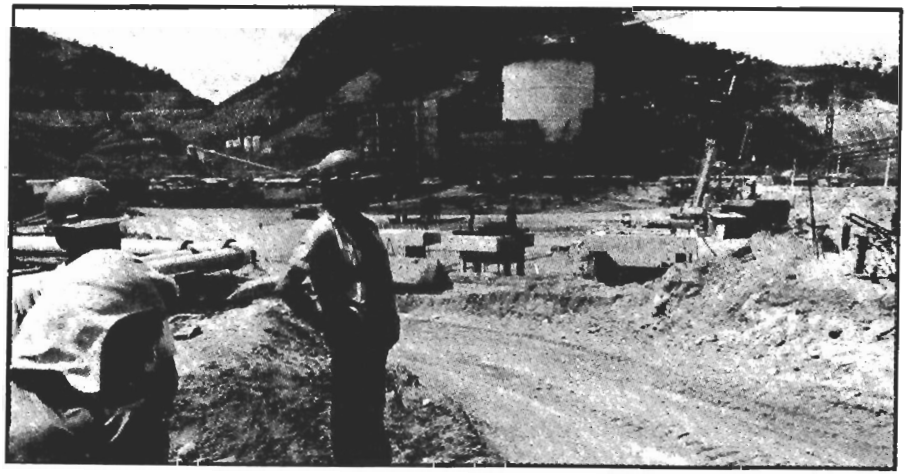
Eine Ankurbelung des Atomgeschäfts, dessen Rentabilitätsschwelle mit 6 gelieferten Kraftwerken pro Jahr ermittelt wurde (Zeit' vom 26.1.), erscheint aus der Sicht der KWU immer dringender. Nach verheißungsvollem Beginn (1974 und 75 konnten allein 9 AKW-Aufträge gebucht werden) folgte ein absoluter Auftrags-Notstand: seit 1974 wurde wegen des wachsenden Widerstands der deutschen Bevölkerung kein einziger Inlandsauftrag mehr an Land gezogen.

Nach Ansicht von KWU und vieler Kommentatoren hatte dies schwere Rückwirkungen auf das Geschäft am Weltmarkt, wo schärfste Konkurrenz mit den Branchenführern Westinghouse und General Electric (beide USA), der französischen Framatom (1978 14 Aufträge) sowie sowjetischen und kanadischen Firmen herrscht. Die Unmöglichkeit, funktionierende deutsche AKWs modernster Bauart vorzeigen zu können, scheint ein schweres handicap für die Auftragsbeschaffung zu sein. *„Der Kunde sagt dann, ich gehe lieber nach Frankreich, denn ich kann doch keinen antiquitierten Käse kaufen"* (ein Mitglied des „Atomforum" zur ‚Zeit').

Außerdem haben die in Reaktion auf die zunehmende Kritik in der deutschen Öffentlichkeit erfolgten Sicherheits-Auflagen und die DM-Aufwertung dazu geführt, daß KWU-Atomkraftwerke auf dem Weltmarkt erheblich teurer geworden sind als die der Konkurrenz. Viele Kunden in den Entwicklungsländern nehmen das Sicherheitsrisiko für den geringeren Preis in Kauf. Ein weiterer Vorteil der Konkurrenz liegt darin, daß sie (mit Ausnahme Kanadas) angereichertes Uran aus eigener Förderung gleich mitliefern können, während die Bundesrepublik selbst auf Uran-Importe angewiesen ist.

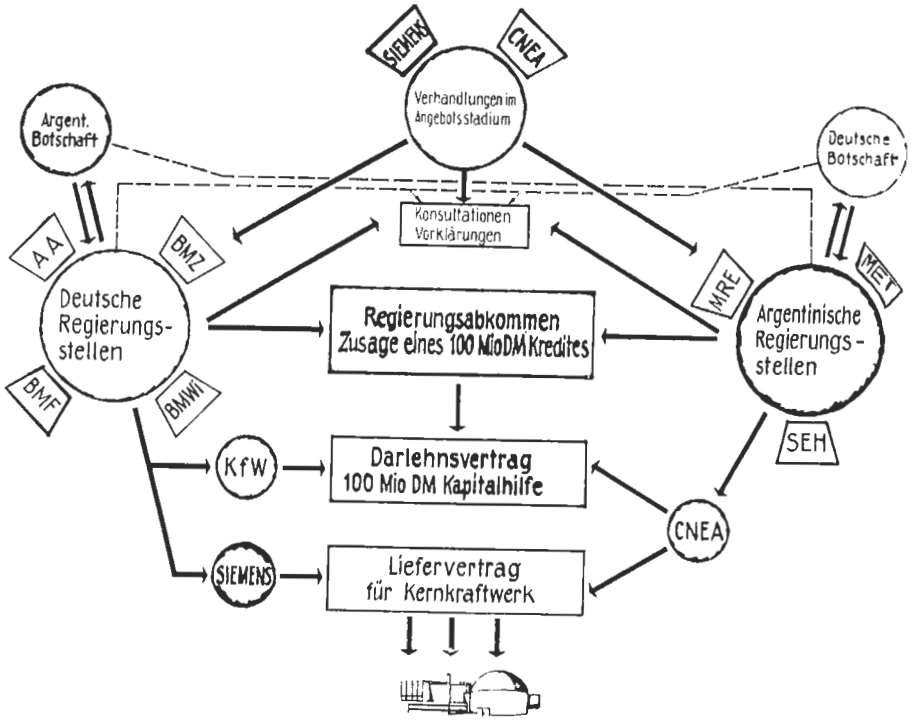
1978 konnte die KWU auf dem Weltmarkt keinen einzigen Auftrag mehr hereinholen. Das große China-Geschäft wird die Framatom machen (‚Zeit' vom 26.1.79). Die neue iranische Regierung hat soeben zwei Großaufträge auf Eis gelegt und eine KWU-Baustelle geschlossen.

Die Hoffnungen der Siemens-Atomplaner richten sich jetzt ganz auf grünes Licht für den Bau der Entsorgungsdeponie in Gorleben und – auf die Militärdiktaturen in Argentinien und Brasilien.



In Argentinien hatten sie 1967 mit dem Zuschlag für den Bau des Kraftwerks Atucha mit einem Auftragswert von 300 Millionen DM erstmals auf dem lateinamerikanischen Kontinent Fuß fassen können. Für den Vertragsabschluß gab es starken Flankenschutz von der Bundesregierung und einen 100 Millionen DM-Kredit von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, deren Präsident H.J.Abs (gleichzeitig Aufsichtsratvorsitzender der Deutschen Bank, Großaktionärin und Hausbank von Siemens), sich gerne seiner besonderen Verbundenheit mit den lateinamerikanischen Ländern rühmte. (vgl. Chile-Nachrichten Nr. 49/1977). Eine schematische Darstellung dieses großen Filz-Werkes, erstellt von der KWU-Presseabteilung, ist im folgenden wiedergegeben.

Verfahrensablauf zur Erlangung von Kapitalhilfemitteln für CN Atucha



AA Auswärtiges Amt
BMF Bundesministerium der Finanzen
BMW Bundesministerium für Wirtschaft
BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

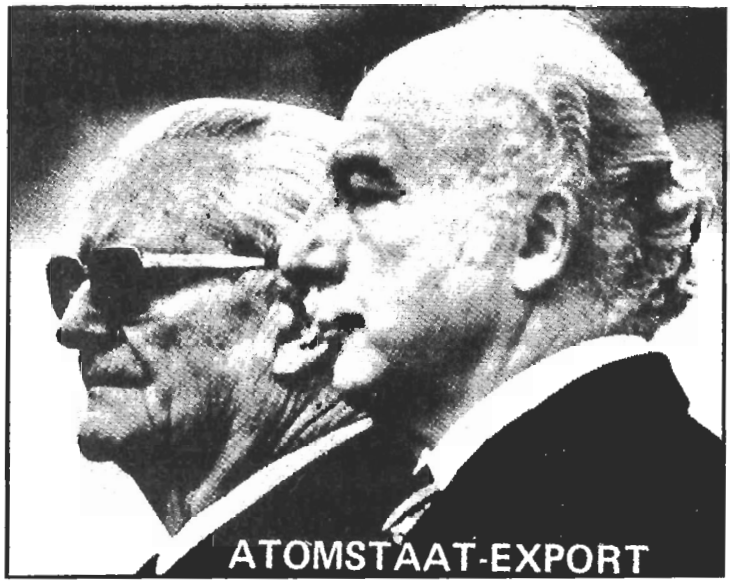
MRE Ministerio de relacion exteriores
MET Ministerio de Economia y Trabajo
SEH Secretaria de Estado de Hacienda

Eine weitere Voraussetzung für das Geschäft war der Beschluß der Militärregierung Lanusse und der späteren peronistischen Regierungen, durch Nutzung der eigenen Uranvorkommen mit Hilfe der Siemens-Technologie, eine von den USA unabhängige Atomindustrie aufzubauen. Da beim Betrieb des Reaktors Atucha 100 kg Plutonium pro Jahr abfallen, war die Voraussetzung für den Aufstieg des Landes zur militärischen Nuklearmacht mit Siemens-Hilfe geschaffen. Den Atomwaffen-Sperrvertrag hat Argentinien bis heute nicht unterzeichnet – stattdessen wurde im Mai 1974 ein Vertrag über die friedliche Nutzung der Atomenergie mit Indien geschlossen, das soeben seine erste A-Bombe gezündet hatte.

Brasiliens Militärregierung stand nicht lange zurück und vergab im Juni 1975 gegen heftigen Widerstand der US-Atomlobby und -Regierung (Spiegel Nr. 24 /75) an KWU den größten Exportauftrag der Geschichte über die Lieferung einer kompletten Nuklearindustrie (vgl. Lateinamerikanachrichten Nr. 56). Der Vertrag umfaßt die Lieferung von:

- Uranerz-Aufbereitungsanlagen
- Anlagen zur Anreicherung von schwer spaltbarem Uran 238 zu leicht spaltbarem Uran 235 nach dem deutschen Trenndüsenverfahren.
- Anlagen zur Produktion des eigentlichen Reaktor-Brennstoffs.
- 8 Atomkraftwerke
- Wiederaufbereitungsanlagen zur Absonderung wiederverwendbarer Teile der ausgebrannten Brennstäbe.

Von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gab es einen Kredit von 1,3 Milliarden DM. Beim Anlaufen der Reaktoren, von denen zwei inzwischen in Bau sind, wird der brasilianischen Militärregierung nicht nur das für den Bau von A-Bomben erforderliche Plutonium (200 kg/Jahr), sondern mit dem leicht spaltbaren Uran aus der Anreicherungsanlage auch der Zündstoff für die Wasserstoffbombe zur Verfügung stehen. Rechtliche Hindernisse würden dem nicht entgegenstehen, da sich Brasilien, wie auch Argentinien, geweigert hat, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Die im Vertrag mit der Bundesregierung eingegangene Verpflichtung, Kontrollen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) zu dulden, kann seine Verfügungsmacht nicht ernsthaft einschränken.



Der deutschen Seite winkte als Belohnung für ihre skrupellose Konzessionsbereitschaft nicht nur ein „Bomben"-Geschäft, sondern auch der Zugang zu brasilianischen Natururanvorkommen und damit das Ende der lästigen Abhängigkeit vom US-Urankartell. – Diese Vertragsgrundlage schien jedoch anfangs ins Rutschen zu geraten, nachdem Brasilien keine konkreten Angaben über seine tatsächlichen Uranvorkommen machen konnte, bzw. die Auskünfte über geschürftes Uran sehr widersprüchlich waren: sie reichten von der Angabe über Funde in Höhe von 40tausend bis hin zur Spekulation des Chefs des KWU-Partners „Nuclebras", Nogueira Batista, die *„brasilianischen Vorräte beliefen sich auf ca. 500tausend Tonnen"*.

Für die Inbetriebnahme des ersten von dem Elektrizitätsunternehmen „Furnas" bei Westinhouse bestellten AKW's, dessen Fertigstellung bereits um 3 Jahre terminlich überzogen ist, wurde bereits 1971 in Südafrika Natururan gekauft. Anscheinend war dies ein Kauf, der dem Zweck diente, Uran-Reserven anzulegen, die Brasilien von den USA unabhängig machen sollten, zumal die USA bei jedem Export eines ihrer Leichtwasserreaktoren auf „Schwerwasser"-Basis, auf den Rücktransport der abgebrannten Brennstäbe bestehen, deren Inhalt sie in den USA wiederaufbereiten und an die Abnehmerländer zurückverkaufen.

Die von KWU in Angra dos Reis im BAu befindlichen KWs werden ebenfalls mit südafrikanischem Natururan betrieben, die in den Anreicherungsanlagen der URENCO (westdeutsch-niederländisch-britisches Gemeinschaftsunternehmen).

Im „Londoner Club", dem Kartell der Atomstaaten scheinen folgende Interessen aufeinanderzustoßen: Die USA wollen aus politischen und ökonomischen Gründen auf jeden Fall verhindern, daß weitere Staaten durch eigene Urananreicherungsanlagen unabhängig werden und atomar aufrüsten. Zugleich drängen hier neue Konzerninteressen ins Geschäft: im Juli 1975, nur wenige Wochen nach Abschluß des deutsch-brasilianischen Vertrags, hob der US-Kongreß das 30jährige Staatsmonopol für die Produktion spaltbaren Materials auf und übertrug es zwei privaten Konsorzien unter Führung des Reifenkonzerns Good Year und der Exxon (Handelsblatt vom 17.5.75). Der Bundesrepublik wurde in einer Sitzung des „Londoner Club" die Erklärung aufgezwungen, keine weiteren Uran-Anreicherungsanlagen mehr ins Ausland zu liefern. Nach neuesten Berichten sind die USA bereit, die Lieferung eines weiteren KWU-AKWs an Argentinien unter der Voraussetzung zu dulden, daß die Brennstoffe von US-Gesellschaften geliefert werden. (Handelsblatt vom 9.3.79).

Die nun doch zum Teil auf die US-Brennstoffe angewiesene deutsche Nuklearindustrie, deren Produktion in Almelo /Holland den Eigenbedarf nur zum Teil abdeckt, scheint Kompromißbereitschaft zu zeigen, was die Lieferung von Anreicherungsanlagen und zusätzlichem nuklearen know-how betrifft, kämpft aber verbissen um weitere Kraftwerksaufträge.

Die brasilianischen und argentinischen Militärs halten an ihrem Anspruch auf Lieferung des kompletten Brennstoffkreislaufs fest. – Und hier Skizzen der bereits laufenden Bauarbeiten:

Die Baufirmen Odebrecht und Hochtief erhielten den Zuschlag für die beiden ersten Bauaufträge in Angra dos Reis – ohne öffentlische Ausschreibung. Das Kraftwerk Nr. 1 wurde auf so ungünstigem Untergrund gebaut, daß ständige Korrekturen der Fundamente das Projekt erheblich verzögerten und verteuerten. Alle diese Zusatzaufwendungen sind für die Vertrags-Baufirmen Mehr-Umsatz und Mehr-Profit, da sie laut Vertrag sämtliche Mehrkosten mit 12 % Gewinnaufschlag an die Brasilianer weiterbelasten können. Resultat: die reinen Baukosten, die zu Beginn auf 1,9 Milliarden DM kalkuliert wurden, werden sich wahrscheinlich verdreifachen. Schließlich kam an Hand von Kostenvergleichen zwischen Biblis und Angra dos Reis heraus, daß der von KWU in Rechnung gestellte Betrag für die Lieferung der Einrichtungen der beiden ersten Reaktoranlagen um 80 Mio (!) überhöht war. Daran war nichts zu beanstanden, da, wie sich herausstellte, Brasilien laut Vertrag verpflichtet ist, jeden im Lauf der Zeit vom Hersteller KWU vorgenommene Preiserhöhung zu akzeptieren. Gezahlt wird in harten DM.

Ergebnis: die umgelegten Kosten des künftigen Atom-Stroms haben sich gegenüber den Schätzungen bei Vertragsabschluß mehr als verdreifacht. Angesichts der riesigen ungenutzten Wasserkraftreserven Brasiliens (150 000 Megawatt, die den Bedarf bis weit ins 21. Jahrhundert decken könnten), ist das Atom-Projekt ökonomisch vollkommen absurd geworden. Warum es von der Militärregierung trotzdem durchgezogen wird, erklärte der Energieminister Ueki mit dem Hinweis, das Programm sei eben *„im wesentlichen politisch und strategisch und nicht Gegenstand konventioneller Wirtschaftlichkeit"* (!) (Süddeutsche Zeitung vom 6.10.78).

Politischen Charakter hat auch die von der Bundesregierung und der Atomindustrie (hier v.a. die KWU) nach außen demonstrierte Unnachgiebigkeit, *„wir stehen zu unseren Verträgen"* ...

Nach den technischen Pannen auf dem Baugelände, der radioaktiven Verseuchung von mindestens 4 AKW-Bauarbeitern, die durch in Holzschuppen gelagertes (!) radioaktives Material bestrahlt wurden, durch Korruptionsanschuldigungen gegen brasilianische Minister und der zunehmenden Kritik an den tatsächlichen Kosten des Atomprogramms der Regierung (Vergleich: 1 Kilowatt durch Wasserkraft erzeugten Strom kostet max. 700 Dollar, 1 Kilowatt Atomstrom in Brasilien hingegen 3.000 Dollar!), muß diese im Verbund mit der westdeutschen Atomindustrie „Stärke" zeigen, denn KWU darf ja auch nicht „ das Gesicht verlieren " ...

Neue Hoffnungen auf Durchhalten im Atomgeschäft mit der BRD geben die nun doch höher als ursprünglich geschätzten Uranreserven. Wie inzwischen aus dem Umfeld des Kernforschungszentrums von Jülich (das die ersten Fäden des Geschäfts über Prof. Alfred Böttcher einfädelte ...) zu erfahren ist, sind die tatsächlichen Uranvorkommen aus Gründen politischer Geheimhaltung nicht bekannt gemacht worden.

Doch die brasilianischen Uranvorkommen können das Atomgeschäft in seinem ursprünglichen Umfang nicht auszahlen, ein Grund weshalb es einen politischen Preis haben könnte, weil ja beide Seiten, ungeachtet der Mehrkosten, an den Atommeilern weiterarbeiten. Zum einen wurde den von Siemens und Brown Bovery in Brasilien angeführten Elektrokartell Zuschläge für weitere Großgeschäfte (z.B. für die Lieferung von Turbinen und Hochspannungs-Übertragungsleitungen im Werte von mehreren Milliarden DM) erteilt, die sich wiederum von ihren weniger rentablen und technisch überholten Produktions-Abteilungen (z.B. Telefonbau) in Brasilien entledigt hatten.

Zum anderen steigen diese Konzerne, vor allem aber Siemens in die Rüstungsproduktion in Brasilien ein, an die sie kraft der Überkreuzbesetzung der Aufichtsräte von Multis und Bankenkapital angeschlossen sind. So wurde kürzlich bekannt, daß die ursprünglich zur Herstellung von Reaktorenkomponenten gebaute „Nuclep"- Fabrik in Itaguai, Rio, nun „schwere Waffen" herstellen werde, *„falls sich der Bedarf an Reaktoren auf dem Binnenmarkt verschlechtern sollte"* (Movimento, 22.1.79).

Schließlich ist die Frage noch immer unbeantwortet, ob die BRD nicht etwa auf Umwegen (etwa durch ihr *„auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung von Kernenergie"* verbündeten *„Schwellenländer"*, Südafrika, Argentinien, Brasilien und nun nicht mehr der Iran ...) sich ihre eigene atomare Wiederaufrüstung sicherstellen möchte. Dies wäre ein weiterer politischer Preis, den das brasilianische Volk und nicht die Militärs zu zahlen hätte, decken sich doch deren Interessen mit denen des westdeutschen militär-industriellen Komplexes.

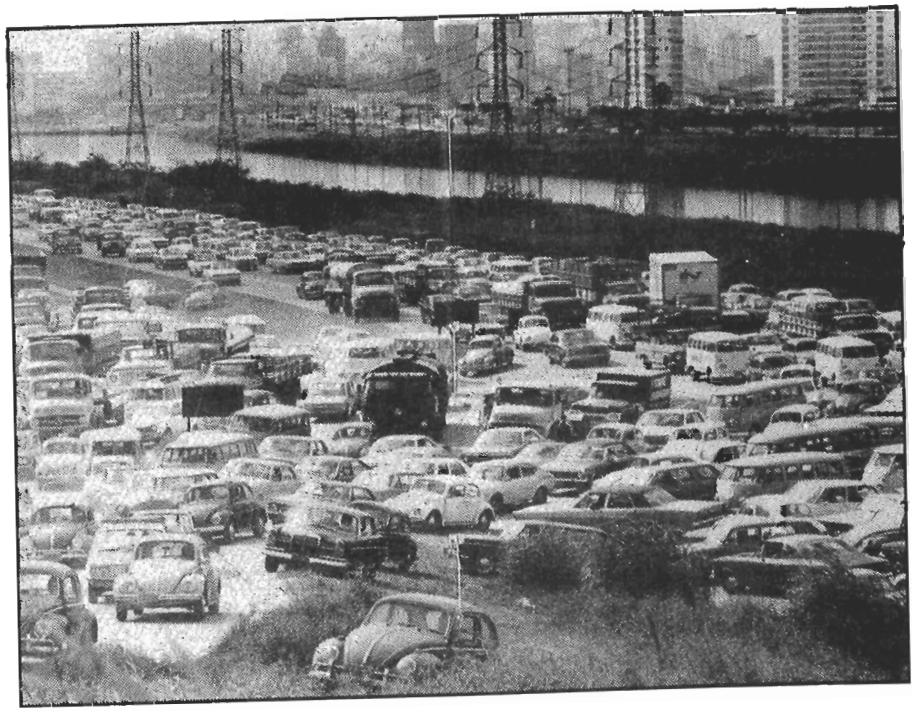
Die Lieferung von Uran-Anreicherungs- und Wiederaufbereitungstechnologien würde die Militärs auch dazu befähigen, die von ihnen seit Jahren (sowie die argentinischen Militärs) mit kleineren Forschungsreaktoren betriebene Atombombenforschung (so etwa beim Instituto de Aviação Militar in Rio) mit dem westdeutschen *„friedlichen"* Atompaket zu koppeln. Selbst wenn ihnen wirklich die Abzweigung von bombensicherem Plutonium durch die IAEO in Wien verwehrt bleiben sollte (was so aussieht), unterliegen die von den Militärs hinter verschlossenen Türen betriebenen Forschungsreaktoren keinen internationalen Sicherheitskontrollen.

Gegen diese Politik richtet sich zumindest in Brasilien die einhellige Position der Wissenschaftlervereinigung, breiter Teile der Intelligenz und sämtliche Widerstandsorganisationen, die darin einen Versuch sehen, die betroffenen Länder in eine noch tiefere technologische Abhängigkeit gegenüber den Staaten des Atom-Kartells zu ziehen. Sie verweisen auf die gewaltigen Reserven an ungenutzter Hydroelektrischer Energie und auf die Gefahren eines Imports umweltschädlicher Technologie, von der heute schon das brasilianische Sepetiba-Flußgebiet, an dem künftig 4 AKWs stehen sollen, akut bedroht ist. Und sie denunzieren die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiter auf den KWU-Baustellen existieren müssen, wo sie nach Aussage des zuständigen Hygiene-Arztes *„wie menschliches Vieh"* gehalten werden:

In Angra dos Reis leben 15 000 Arbeitskräfte in einem polizeilich abgeschirmten Lager, zu jeweils 10 Mann in Baracken von 12 Quadratmeter gepfercht, mit einem Klosett auf je 500 Personen, einer Kantine, deren Küchenkapazität gerade für 2 000 Personen ausreicht, verseuchten Trinkwasserbrunnen, Malaria und Mengitis (Süddeutsche Zeitung vom 3.11.78).

Auch in der Bundesrepublik hat es vielfältige Proteste gegen die rücksichtslose Atomexportstrategie von KWU/Siemens gegeben – so etwa eine Stellungnahme von 98 der rund 500 Mitarbeiter des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung in Berlin in einem Brief an Außenminister Hans Dietrich Genscher (Tagesspiegel v. 27.4.77).

Für die Lateinamerika-Nachrichten werden die Atomverträge Anlaß sein, in Zukunft die Position und die Praktiken des gesamten Siemens-Konzerns in den lateinamerikanischen Ländern gründlich unter die Lupe zu nehmen!!!



BRASILIEN
Der Geruch von Helmut Schmidt

Bundeskanzler Schmidt ist der erste ausländische Regierungsvertreter, der dem neuen brasilianischen Präsidenten die Hände schüttelt und damit dem Regime zu internationaler Anerkennung verhilft. Schmidts Reise nach Brasilien hat entgegen einigen berechtigten Spekulationen über die Einhaltung bzw. Nicht-Einhaltung des deutsch-brasilianischen Atom-Geschäfts stark 'protokollarischen' Wert. Trotzdem stehen einige unumgängliche Verhandlungen auf dem Reiseplan: Fragen der Gewinn-Transfer-Begrenzung, des Zugangs westdeutscher Unternehmen zu brasilianischen Finanzquellen, Fristenverlängerung für die brasilianische Auslandsverschuldung sowie der sog. 'Normen -Wirrwarr' im Atomgeschäft sind die Themen, die Schmidts Delegation, bestehend u.a. aus 60 Unternehmern , noch stärker als bisher berücksichtigt sehen möchte.

General Ernesto Geisel, der genau vor einem Jahr Staatsgast der Bundesrepublik war und mit seinem BRD-Besuch feierlich seine 'Freundschaft' zu Bonn und Zähnefletschen gegenüber den USA zu demonstrieren wußte, hatte Schmidt zu einem Gegenbesuch nach Brasilien eingeladen.
Geisels Besuch wurde in Brasilien sogar als 'triumphaler Siegeszug' gefeiert. Grund hatte die brasilianische Diktatur und die 'Hofberichterstatter'-Presse: die USA waren in ihrem Widerstand gegen das Atomgeschäft 'besiegt' worden. Der Besuch signalisierte zumindest, daß die letzten diplomatischen Hindernisse beseitigt worden waren. Danach ging es los mit dem Export von Blaupausen für den Bau der Atomkraftwerke und einer Pilot-Anlage für Uran-Anreicherung, für deren Einfuhr im letzten Jahr 700 Mio. US-Dollar an die BRD gezahlt worden sein sollen. In der BRD sind aber nur 500 Mio. angekommen. Diese Tatsache löste im vorigen Jahr einen Skandal aus, der Atom-Vertrag schien zu platzen. Inzwischen belaufen sich die Gesamtkosten des Atomgeschäftes, bei Preisen von 1978 und angesichts einer jährlichen Entwertungsrate des brasilianischen Cruzeiro, auf 57 Mrd. DM, die Brasilien realistisch gesehen nie wird zahlen können. Dazu kommt eine Auslandsverschuldung des Landes in Höhe von ca. 40 Mrd. Dollar (also ca. 80 Mrd. DM), an deren Zustandekommen hauptsächlich der brasilianische staatliche Energiesektor schuld ist.

Das Atomgeschäft soll nun nach Informationen, die in Brasilien nur hinter vorgehaltener Hand verbreitet werden, auf den Bau von lediglich 2 AKWs von Siemens/KWU zusammenschrumpfen. Das brasilianische Regime ist sich jedoch mit der Bundesregierung und der westdeutschen Atomindustrie darin einig, daß das Atomprogramm zeitlich "gestreckt" werden könne (siehe hierzu Siemens-Artikel in dieser Ausgabe). Dabei geht es der BRD offensichtlich weniger um die kurzfristige Ein-

haltung des Zeitplans für den Bau der Atomkraftwerke als vielmehr um die langfristige Sicherung von Märkten in Brasilien. Dies ist auch die Einschätzung der wichtigsten "Multis", die im November vorigen Jahres in Hamburg tagten. (Siehe LN Nr. 67: "BRD-Multis- verlockende Zukunft...").

Eine stärkere Öffnung des brasilianischen Marktes für die Ansiedlung westdeutscher Klein- und Mittelunternehmen wird in diesem Zusammenhang in Brasilien zur Sprache kommen. Dabei handelt es sich um eine Vielzahl von Betrieben, die angesichts der hierzulande durch das Monopolkapital vorangetriebenen Kapitalkonzentration und -Zentralisierung kaum noch Überlebenschancen haben.

Auf der anderen Seite hat die BRD mit dem wachsenden Widerstand brasilianischer Unternehmer zu rechnen, die direkt oder indirekt durch ihre Zuliefererbetriebe am großen Atomgeschäft beteiligt wurden: ein entscheidendes Hindernis für den Beitrag brasilianischer Unternehmen zu dem geplanten Bau von Atomkraftwerken besteht darin, daß keine einheitlichen Normungsvorschriften in Brasilien bestehen. Während die KWU ihr gesamtes Atomkraftprogramm nach DIN aufgebaut hat, und auch von der Zuliefererindustrie entsprechende Normungen verlangt, herrschen in Brasilien unterschiedliche Normen vor. Die brasilianischen Firmen, die als Zulieferer für das Atomgeschäft in Frage kommen, haben aber große Schwierigkeiten, sich auf die neuen, westdeutschen Normen umzustellen.
Ausschlaggebende und einflußreiche brasilianische Unternehmer, die unter anderem in der Zeitschrift VISAO ihr Sprachrohr haben, laufen nun Sturm gegen die KWU. Der staatlichliche Atomkonzern NUCLEBRAS läßt jedoch seine Ingenieure in der BRD und mit westdeutschen DIN ausbilden.
Die brasilianischen Unternehmer befürchten eine weitere Stufe technologischer Abhängigkeit, die hier durch die Hintertür des von Siemens / KWU kontrollierten Atomgeschäftes eingeführt wird.

Die vom Chef von VW "do Brasil" bereits in Hamburg im November 1978 vorgetragene Kritik an der brasilianischen Gesetzgebung, die bisher den Transfer von 12% des in Brasilien investierten, und später des reinvestierten Kapitals an die Mutterbetriebe der ausländischen Firmen erlaubte, wird von westdeutscher Seite mit noch mehr Nachdruck an die Adresse Figueiredos gerichtet werden. Dabei kann sich die BRD eines wichtigen Verbündeten auf brasilianischer Seite sicher sein: Finanzminister Karlos Rischbieter. "Ele fala perfeitamente alemao - er spricht fließend deutsch", schrieb das Unternehmerblatt "Gazeta Mercantil" vor kurzem ironisch. Will sagen: er ist der 'Deutsche' in unseren Reihen....
Die inzwischen auf Export in die übrigen Länder Lateinamerikas und sogar nach Nahost angewiesenen Multis, vor allem die Automobilindustrie, forcieren die brasilianische Regierung angesichts akkumulierten und reinvestierten Kapitals zur Erlaubnis zu höherem Gewinntransfer in die BRD.

Zeigt sich die brasilianische Regierung zu Konzessionen in dieser Richtung bereit, kann sie sich wiederum der Unterstützung der BRD bei einem Schuldenmoratorium sicher sein. Schrieben deutsche Banker noch vor drei Jahren, als der brasilianische Energiesektor Kredite in Milliardenhöhe auf dem Eurodollarmarkt getätigt hatte, "es werde sich noch zeigen, ob Brasilien sich in derartigem Umfang auf dem Eurodollarmarkt bedienen könne", so verlautet jetzt aus der Umgebung der Dresdner Bank, die das Finanzierungskonsortium des Atomgeschäftes mit Brasilien anführt, daß die Höhe der brasilianischen Auslandsverschuldung kein Hindernis für weitere brasilianische Anleihen sei.

Gegen die vereinigte Macht der Unternehmer

Der vereinigten Macht der Arbeitgeber wollen die brasilianischen Metaller ein einheitliches Vorgehen in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen entgegensetzen. Helmut Schmidt wird auf ein Brasilien treffen, in dem die Arbeiterschaft beginnt, die Angst zu verlieren und sich zu organisieren.

Im Gefolge des deutschen Bundeskanzlers werden sich auch verschiedene Vertreter der DGB-Gewerkschaften befinden. Ihnen wird sicherlich die Gelegenheit geboten, mit dem neuen Arbeitsminister Murillo Macedo, zu reden. Macedo kommt im Unterschied zu seinem Amtsvorgaenger aus dem Bundesstaat Minas Gerais (dessen Politiker sich durch besondere Hartnäckigkeit auszeichnen sollen) und gilt als politischer Schnellaufsteiger. Seine politische Karriere begann er als Vorstandsvorsitzender der Bank des Bundesstaates São Paulo. Brasilianische Gewerkschafter sehen von daher Macedo nicht als ihren Vertreter innerhalb der Figueiredo-Regierung an.

Die neue brasilianische Regierung, deren Mitglieder sich selbst gerne als 'Sozialdemokraten' ausgeben, wird mit Euphorie den Sozialdemokraten Schmidt empfangen. Für sie bedeutet der Besuch eine wichtige internationale Anerkennung und Billigung sechs weiterer Jahre Militaerdiktatur. Die deutsche Delegation bekraeftigt Vertrauen in den 'idealen Partner' (Walter Scheel) und damit gleichzeitig ihre Wirtschaftspraesenz in diesem groessten Land Lateinamerikas. Waehrend die Sozialistische Internationale Leonel Brizola, Ex-Gouverneur des Bundesstaates Rio Grande do Sul und von den Militaers als einer ihrer gefaehrlichsten Gegner angesehen, ein offenes Ohr schenkt, bespricht der Sozialdemokrat Helmut Schmidt mit dem ehemaligen Geheimdienstchef Figueiredo die mit der demokratischen Oeffnung fuer die deutschen Unternehmen verbundenen neuen Probleme. Ob noch Zeit fuer eine Diskussion ueber mehr politische, gewerkschaftliche und Menschenrechte uebrigbleibt, ist abzuwarten.

EINHEIT STEHT AUF DER TAGESORDNUNG

Wenn Helmut Schmidt Brasilien besucht, werden 35 Metallgewerkschaften des Bundesstaates von Sao Paulo, die ungefaehr eine halbe Million Arbeitnehmer repraesentieren, gerade mit den Arbeitgebern über den neuen Tarifvertrag verhandeln. Unter diesen Gewerkschaften befindet sich auch die Metallarbeiterorganisation von Sao Bernardo mit 38.000 Mitgliedern (von 120.000 Metallarbeitern), die die Arbeitnehmer der grossen Auto-Multis, einschliesslich Volkswagen und Mercedes Benz, organisiert.

Diese Gewerkschaft hatte in der Vergangenheit versucht, einen eigenen Weg zu gehen, und war deshalb von links wie von rechts scharf angegriffen worden. Vermuteten die einen hinter ihrer Aktion die lange Hand der deutschen Sozialdemokratie, so andere den CIA zusammen mit den Multis. Dritte wiederum kritisierten die Organisation und ihre Fuehrung als spalterisch und arbeiteraristokratisch. Da die Gewerkschaft schon Anfang der 70er Jahre unabhaengige und direkte Tarifverhandlungen mit den Unternehmen gefordert hatte, warf man ihr vor, den Stil der US-Gewerkschaften zu imitieren.

Ohne Zweifel kommt der Metallgewerkschaft von São Bernardo aufgrund der Tatsache, dass sie die Arbeitnehmer eines entscheidenden Sektors der brasilianischen Wirtschaft repraesentiert, eine Sonderstellung zu. Sie verfuegt ausserdem ueber eine überdurchschnittlich aktive und kaempferische Fuehrung. Ihr Vorsitzender Luis Inacio da Silva gilt als einer der faehigsten Arbeiterfuehrer im Augenblick.

Ausgehend von der hohen Gewinnspanne und Produktivitaet der Multis hatte die Gewerkschaft frueher separate Verhandlungen, unabhaengig von den uebrigen Metallgewerkschaften des Bundesstaates,gefordert. Bei den diesjaehrigen Tarifauseinandersetzungen jedoch glaubt man an die Macht der Einheit. Unter den 35 Organisationen des Bundesstaates von Sao Paulo ist die Gewerkschaft von Sao Bernardo mit Abstand die groesste und bedeutendste, da die Schwesterorganisation der Stadt Sao Paulo (60.000 Mitglieder) zusammen mit zwei weiteren Gewerkschaften ihre Tarifverhandlungen im November jeden Jahres fuehren.

Eine Annaeherung zwischen dem Vorsitzenden der Metallarbeiterfoederation von Sao Paulo, Argeu Egidio dos Santos, und Lula hatte sich schon auf dem IX.Kongress der Metaller des Bundesstaates Sao Paulo (22.1.-26.1.1979) abgezeichnet. Hatte Lula in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen, Argeu der Untaetigkeit und Kollaboration mit der Regierung vorzuwerfen, so bemühte man sich auf dem Kongress, moegliche Differenzen zu ueberspielen. Fuer viele ueberraschend wurde so auch in einer Resolution der Wille zur Gruendung einer "Partei der Arbeitnehmer" bekundet. Die demokratische Oeffnung, so heisst es in der Resolution, bedeute für die Arbeitnehmer keineswegs das Ende der Ausbeutung. Im Gegenteil versuchten die Arbeitgeber mit neuen Formen die Arbeitnehmer weiterhin unter Kontrolle zu halten. Die grosse Mehrheit der Kongressteilnehmer erkannte, dass die Lösung der Probleme der Arbeiter heute politisch in Angriff genommen werden muss. Die Vorstellungen der Metallgewerkschafter ueber die Programmatik der neuen Partei duerften jedoch stark auseinandergehen: tendieren Gewerkschaftsfuehrer wie Argeu und Joaquim (Gewerkschaft von Sao Paulo) zu einer populistisch-rechtssozialdemokratischen Position, so sieht Lula eine Arbeiterpartei mit sozialistischem Vorzeichen im Kommen.

Von daher war die schnelle Zustimmung zur Arbeiterpartei fuer viele eine Ueberraschung, zumal die Initiative von Benedito Marcilio, Vorsitzender der Metaller von Santo André und frischgewaehlter Abgeordneter, ausgegangen war. Marcilio wird von der trotzkistischen "Sozialistischen Konvergenz" unterstuetzt.

Die neue Partei ein 'Januskopf der Diktatur' (vgl. LN 68) ? Oder Ausdruck einer konkreten gewerkschaftspolitischen Situation, in der es darum geht, gegen die vereinigten Arbeitgeber die Einheit der Gewerkschaften zu setzen ? Die Arbeitgeber werden in die diesjaehrigen Tarifauseinandersetzungen vorbereitet gehen, und versuchen, Streiks schon im Ansatz zu bekaempfen.

Nationale Kampagne

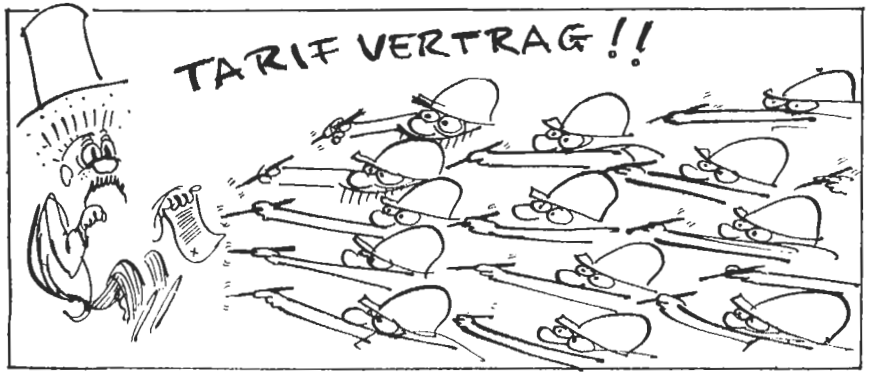
Eine der wichtigsten unternehmerischen Waffen gegen die Gewerkschaften besteht in der systematischen Entlassung aktiver Kollegen. Wie berichtet, machte vor allem VW do Brasil von dieser Waffe nur allzu haeufig Gebrauch. Gegen die unternehmerische Willkuer haben die Metaller nun eine nationale Kampagne fuer die Garantie der Arbeitsplaetze aktiver Gewerkschafter beschlossen. Mittels dieser Kampagne will man schliesslich die Anerkennung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsraeten durchsetzen.

Die auf dem Kongress erreichte Einheit der Metallgewerkschaften schliesst interne Auseinandersetzungen zwischen den fortschrittlichen und konservativen Gewerkschaftsfuehrern selbstverstaendlich nicht aus. Es ist jedoch anzuerkennen, dass heute ein gewisser Konsens hinsichtlich folgender Grundziele besteht:

- Tarifverhandlungen ohne Einmischung des Arbeitsministeriums;
- Gewerkschaftsfreiheit,d.h. Unabhaengigkeit vom Staat;
- Anerkennung eines uneingeschraenkten Streikrechts;
- Anerkennung gewerkschaftlicher Vertrauensleute und Betriebsraete;
- Modifizierung des innergewerkschaftlichen Wahlverfahrens;
- Aufrechterhaltung der Gewerkschaftseinheit.

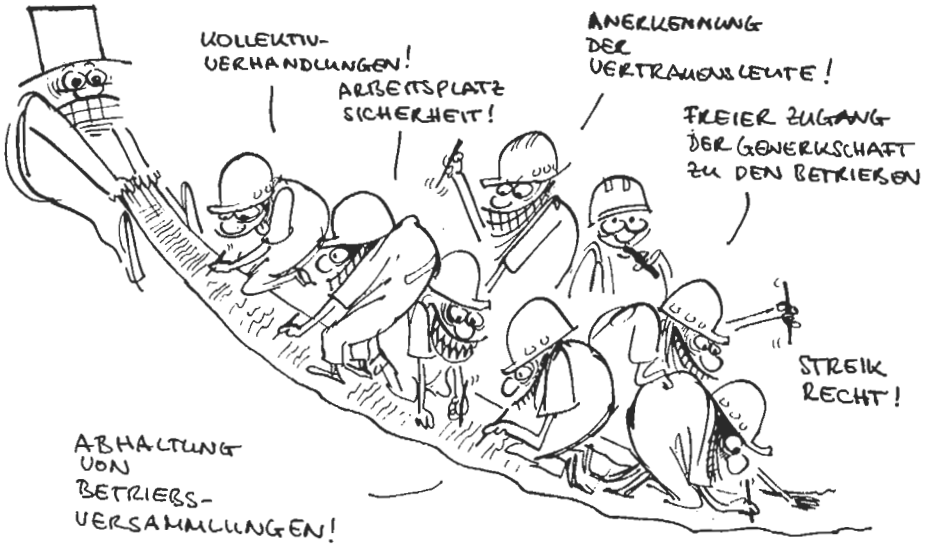
Für die Aprilverhandlungen fordert man konkret eine der Inflation entsprechende Lohnanpassung plus die 1973 offiziell wegmanipulierten 34,1% und ausserdem die Vereinheitlichung der Laufzeiten der Tarifvertraege im gesamten Bundesstaat von Sao Paulo, einschliesslich der Gewerkschaften von Sao Paulo, Osasco und Guarulhos. Die Ablauffrist des nun abzuschliessenden Vertrages waere somit Ende Oktober. Würde dies durchgehen, so wuerde die Verhandlungsmacht der Metaller erheblich gestaerkt: anstelle einer halben Million Metaller würde eine Million bessere Tarifbedingungen fordern.

Die Unternehmer aber sind sich noch uneins, ob sie die im April stattfindenden Lohnanpassungen von den im letzten Jahr abgeschlossenen Tarifen abziehen - was einem Vertragsbruch gleichkaeme - oder ob sie die Tarifvertraege einhalten sollen. Viele sind auch verunsichert, da sie nun nicht mehr zwangslaeufig mit der Unterstützung des staatlichen Repressionsapparates rechnen koennen.



LETZTE MELDUNG

Wie einer Radionachricht entnehmbar, sind am 13.Maerz 200.000 Metaller des Bundesstaates Sao Paulo in Ausstand getreten. Offensichtlich versuchen die Kollegen schon vor den eigentlichen Verhandlungen im April die Unternehmer vor allzu großer Unnachgiebigkeit zu warnen. Der Zeitpunkt der Streiks ist nicht unguenstig gewaehlt: Figueiredo ist kaum 14 Tage im Amt und es fehlen noch 21 Tage bis Helmut Schmidt kommt.



Die „relative" Amnestie von Figueiredo

General Figueiredo hat am 15. März das Präsidentenamt in Brasilien übernommen. Er ist nun, seitdem er von seinem Vorgänger, General Geisel, zum 'Kronprinzen' des Regimes asuerkoren wurde, kein unbeschriebenes Blatt mehr. Die brasilianischen Medien jedenfalls haben keine Gelegenheit ausgelassen, die schillernde Geheimdienstfigur zu konkreten Auskünften über seine inzwischen auf sechs Jahre verlängerte Amtszeit herauszufordern. Mit kernigen, im 'Brutalo-Stil' spontan formulierten Bekenntnissen, wie etwa:" Ich bin für die Entspannung, und wer dagegen ist, den laß ich einsperren, den zerreiß ich in der Luft", ließ der 'Gorilla von der Torto-Farm' (so General Golbery über Figueiredo) wenig Hoffnungen auf wirkliche Demokratisierungsabsichten aufkommen. Aber es reicht nicht aus, das zur Karikatur heruntergekommene öffentliche Image des Geheimdienstchefs einer Beurteilung seiner Politik zugrundezulegen; dies wäre außerdem eine unzulässige Personalisierung.

Zwei wesentliche Leitlinien der Administration Figueiredos lassen die Fortführung der Politik der Politik von General Geisel erkennen: eine im wesentlichen das ausländische Monopolkapital begünstigende Wirtschaftspolitik (s. LN 68), mit Betonung auf der Öffnung des Agrarsektors für die transnationalen KOnzerne, und die Weiterführung der Geisel'schen Taktik der 'langsamen, stufenweisen und sicheren Entspannung'.

Dazu gehört im innenpolitischen Bereich die Berücksichtigung der unumgänglichen Forderungen der sozialen und politischen Massenbewegungen, wie z.B. die Forderung nach der Generalamnestie. Charakteristisch für das Geisel-Regime waren in den letzten zwei Jahren jedoch jene unzähligen Versuche, die Forderungen des oppositionellen Blocks stets abzuwehren. Auf jeden Vorstoß der außerparlamentarischen und der parlamentarischen Opposition reagierte das Regime seinerseits mit Aufweichungs- und Verwässerungsmanövern.

So zeigte sich das Geisel-Regime einerseits zu Teil-Konzessionen an die demokratische Opposition bereit, andererseits führte es durch die Hintertür extrem disziplinierende politische Elemente ein, wie die jüngste 'Verfassungsreform' zeigt, die am 1. Januar 1979 in Kraft getreten ist.

Zwar kann der Präsident nun nicht mehr von sich aus den Kongreß auflösen, Bürgerrechte entziehen, Abgeordnete entlassen oder Privateigentum beschlagnahmen. Auch wurde die Todesstrafe und die Verbannung abgeschafft, und die Verhängung des Ausnahmezustandes hängt nun von der Zustimmung des Kongresses ab. Aber: es wurden weitreichende Notstandsvollmachten für den künftigen Präsidenten (Figueiredo) eingeführt und bestimmte Gesetze, wie etwa das Streikrecht, noch schärferen Bestimmungen unterworfen (indem etwa der Bereich der Betriebe 'von nationalem Sicherheitsinteresse' inzwischen auf den Bankensektor, auf die Erdölwirtschaft usw. ausgedehnt wurde. Dort herrscht also Streikverbot!!!).

Dies ist also z.T. die repressive und antidemokratische Grundlage, auf der Figueiredo seine Administration aufbaut.

Aufgrund der Tatsache, daß die Forderung nach demokratischen Rechten und, als Grundvoraussetzung für eine Generalamnestie, heute in Brasilien von einer Massenbewegung getragen werden, hat das Regime noch vor Figueiredos Amtsantrittdie 'Flucht nach vorn' durch ein eigenes 'Amnestie'-Projekt angetreten: Den größten Anklang findet bisher der Vorschlag des Senators Dinarte Mariz (der kürzlich eine brasilianische Delegation anführte, die in Rom mit Abgeordneten des Europa-Parlaments über Fragen des Nord-Süd-Dialogs und des 'Terrorismus' diskutierte ...). diejenigen von einer Amnestie auszuschließen, die 'blutiger Verbrechen', d.h. des bewaffneten Widerstands beschuldigt werden. Auch möchte der Senator, dessen Vorschläge in einem Dokument der Regierung unterbreitet wurden und das in Kürze verabschiedet werden soll, die Wiedereingliederung von politisch Verfolgten in ihre öffentlichen Ämter(z.B. Lehrer, Militärs, Studenten) von der Zustimmung durch das zuständige Ministerium abhängig machen.

Damit sind der Diskriminierung und der politischen Weiterverfolgung Tür und Tor geöffnet:so wird anstelle der Annullierung des Dekrets 477, das Studenten und Hochschullehrern politische Betätigung untersagt und das Grundlage für zahlreiche politische Prozesse gewesen ist, denjenigen 'vergeben', die das Regime für 'akzeptabel' hält und die Mehrheit weiterverfolgt.

In fünfzehn Jahren Militärdiktatur gerieten 500 000 Menschen in die Hände der brasilianischen Sicherheitsorgane, 36 Personen gelten als 'vermißt', 157 wurden getötet. Das Regime entzog 4 877 politische Mandate, 128 Personen wurden des Landes verwiesen und 10 000 mußten das Land aus politischen Gründen verlassen. Gegenwärtig gibt es ca. 200 politische Gefangene in brasilianischen Gefängnissen.

Vor fünf Jahren begann die außerparlamentarische Opposition mit ihrem Kampf für die Generalamnestie in São Paulo mit der Gründung eines 'Komitees für die Verteidigung der politischen Gefangenen', das vom Bistum der katholischen Kirche, geleitet von Lardinal Evaristo Arns, betreut wurde.

Heute verfügt die Kampagne, die sich zu einer nationalen Bewegung ausgeweitet hat, über ein nationales Sekretariat (CBA). Regionale Komitees existieren bereits in fast allen relevanten brasilianischen Städten.

Ende November 1978 wurde in São Paulo der erste Generalkongreß für die Amnestie erfolgreich abgehalten (s. Resolutionen auf den nachfolgenden Seiten). Die brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) hat sich vor einem Jahr ebenfalls für eine unbeschränkte d.h. eine Generalamnestie ausgesprochen (s. Wortlaut des Manifestes der Bischöfe) und ist heute eine der wichtigsten Stützen der Kampagne. Auch die geduldete Oppositionspartei hat zwar die Forderung nach einer'Amnestie' auf ihre Fahne geschrieben, ihre Führung scheint jedoch geneigt zu sein, einer halbherzigen 'Amnestie' der Diktatur zuzustimmen (Generalsekretär Thales Ramalho: 'Auch eine partielle Amnestie ist doch schon etwas'...).

Einzelne Verbannte, die nach Brasilien zurückgekehrt sind, befinden sich wieder in Haft, andere sind kürzlich in Abwesenheit zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt worden. In diesem Zusammenhang verkommt die Absicht des Regimes, eine 'Amnestie'

zu erlassen, zur blanken Farce. Der Kampf geht also in Brasilien und im Exil weiter. In diesem Zusammenhang hat das 'Komitee für die Generalamnestie in Brasilien 'aus West-Berlin die Initiative eines OFFENEN BRIEFES AN FIGUEIREDO ergriffen,der seit Ende Februar im Bereich kirchlicher,gewerkschaftlicher, kultureller und studentischer Organisationen sowie Bürgerinitiativen im Umlauf ist.

Der Brief wird anläßlich des Schmidt-Besuches in Brasilien (2. bis 6. April) der westdeutschen und der brasilianischen Presse übergeben.

Des weiteren haben die westeuropäischen Komitees für die Generalamnestie in Brasilien in Zusammenarbeit mit dem nationalen Sekretariat des ' Comitê Brasileiro pela Anistia ', in Rio de Janeiro einen internationalen KONGRESS FÜR DIE AMNESTIE IN BRASILIEN für den Monat Juni in Rom angekündigt, zu dessen Vorbereitung auch die westdeutschen Arbeitskreise und Komitees, sowie Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben aufgerufen sind.

Golbery diz que Figueiredo dará o "bombom" da anistia *)

Golbery sagt: Figueiredo wird das 'Bonbon' der Amnestie austeilen

Offener Brief an General Figueiredo

Exmo. Sr. Presidente da

Republica Federativa do Brasil

General João Baptista Figueiredo

Palacio do Planalto

Brasilia D.F. BRASILIEN

Exzellenz,

mit Interesse verfolgen wir die von Ihrem Amtsvorgänger, General Ernesto Geisel, bereits 1974 verkündete Politik der 'Entspannung', die erst neuerdings einigen Aspekten der Menschenrechte in Ihrem Land mehr Geltung verschaffte.

Auch die von Ihrem Vorgänger eingeleiteten 'institutionellen Reformen', die am 1. Januar 1979 in Kraft getreten sind, begrüßen wir, doch stellen wir mit Befremden fest, daß wesentliche Inhalte der alten Ausnahmegesetzgebung in Form der neuen 'Schutzparagraphen' ('salvaguardas') fortgeschrieben werden, was der Ausübung elementarer demokratischer Grundrechte, wie z.B. dem Streikrecht, dem Versammlungsrecht und der freien Meinungsäußerung der Presse enge Grenzen setzt.

Mit Freude nahmen wir zur Kenntnis, daß im November 1978 der 'Nationale Kongress für die Amnestie' ohne nennenswerte Zwischenfälle stattfinden durfte, dessen breite und repräsentative Öffentlichkeit – bis in die brasilianische Arbeiterschaft hinein – von uns noch einmal als Beweis für die Legitimität der Forderung der brasilianischen Nation nach demokratischen Grundrechten gewertet wurde.

Doch müssen wir mit Bestürzung feststellen, daß Polizeiwillkür gegen politisch Andersdenkende und in der demokratischen Opposition aktive Bürger Ihres Landes nach wie vor auf der Tagesordnung steht: Abgeordnete und Anhänger der demokratischen Opposition wurden in Rio de Janeiro während der Wahlkampagne im Herbst 1978 von der Polizei brutal zusammengeschlagen. Der ehemalige Polizeichef von São Paulo und gegenwärtige Kongreßabgeordnete, Erasmo Dias, drohte, er werde die Amnestierung ehemaliger Widerstandskämpfer 'mit dem Maschinengewehr verhindern'.

Noch immer löst die Erinnerung an den Tod des Journalisten Wladimir Herzog, des Metallarbeiters Manuel Fiel Filho und des Studenten Alexandre Vannuchi Leme Betroffenheit aus.

Außerdem beunruhigt uns die Tatsache, daß viele der selbst im Ausland namentlich bekannten Folterer nach unseren Informationen weiterhin im Dienst bestimmter Polizeikommandos sind und trotz vielfältiger und einschlägiger Beweise weder angeklagt noch verurteilt werden.

Wir meinen auch, daß tausende brasilianischer Staatsbürger, von denen ein Teil in unserem Land politisches Asyl erhalten hat, nach wie vor in eine unsichere Zukunft blicken. Dies gilt besonders für die mangelhaften Rechtsgarantien, angesichts ihrer Absicht, in ihre Heimat zurückzukehren.

Nicht weniger besorgniserregend ist es für uns, daß trotz Aufhebung der Vorzensur in der Presse, in den übrigen Medien (Radio, Fernsehen, Theater, Musik und Literatur) die Vorzensur weiterhin praktiziert wird und daß immer noch 'Beschlagnahmungen' mißliebiger Publikationen ohne rechtliche Grundlage stattfinden. Diese treffen, soweit wir dies beurteilen konnten, insbesondere Publikationen, die seit Jahren rückhaltlos für die Wiederherstellung demokratischer Zustände kämpfen.

Als unabhängige Persönlichkeiten des politischen, kulturellen, religiösen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland nehmen die in Ihrem Land eingeleitete nationale Kampagne für eine Generalamnestie zum Anlaß, Sie zu ersuchen, die von Ihrem Vorgänger begonnenen Reformvorhaben konsequent fortzusetzen und nach Übernahme Ihrer Amtsgeschäfte unverzüglich :

- eine Generalamnestie im Sinne des Beschlusses der außerordentlichen Vollversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) vom 26.4.78/Itaici und des Kongresses für die Amnestie vom November 1978 in São Paulo zu erlassen,
- den tausenden exilierten brasilianischen Staatsbürgern durch eine Amnestie die Rückkehr in ihre Heimat durch die Ausstellung von Identitäts- und Reisedokumenten sowie die Anerkennung der brasilianischen Staatsangehörigkeit der im Ausland geborenen Kinder brasilianischer Eltern zu ermöglichen;
- die Ausnahmegesetzgebung ersatzlos aufzuheben, die seit 1964 in zunehmendem Maße juristische Grundlage zahlloser Menschenrechtsverletzungen ist, vor allem gilt dies für die neu eingeführten 'Schutzparagraphen' und das neue 'Gesetz für die nationale Sicherheit'.

In der Hoffnung, daß diese unsere Bitte, getragen vom Gedanken einer weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte, Ihre Aufmerksamkeit und die Beachtung der maßgebenden Stellen Ihrer Regierung findet, verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung

BESCHLUSS DER BRASILIANISCHEN BISCHOFSKONFERENZ (CNBB) FÜR EINE GENERALAMNESTIE (VERABSCHIEDET IN ITAICI - 25.4.1978)

(Wortlaut)

Wir, die brasilianischen Bischöfe, sind zum Zwecke der Vorbereitung der Dritten General-Konferenz des lateinamerikanischen Episkopats - die im kommenden Monat Oktober in Puebla (Mexiko) stattfinden wird - zu einer außerordentlichen Vollversammlung zusammengetroffen.

Wir appellieren an die verantwortlichen Behörden unseres Landes, damit im ernsthaften Bemühen zur Wiedererlangung des Rechtsstaates und der nationalen Versöhnung eine A m n e s t i e für all' diejenigen erlassen wird, die in die Mitleidenschaft sozialer und politischer Unruhen gezogen wurden, die seinerzeit solch' ein Ausmaß hatten, daß Erstere nicht als die Einzigen, dafür Verantwortlichen bezeichnet werden können (siehe Päpstliche Bulle der Erklärung des universellen Jubiläums des Heiligen Jahres von 1975 vom 28.5.1974 - Papst Paul VI.).

Mit diesem christlichen Appell treten wir aber nicht für die Straffreiheit derjenigen ein, die zweifelsohne gewöhnliche Verbrechen begangen haben.

Wir hoffen, daß die mit den Normen der Gerechtigkeit zu erlassene Maßnahme sich nicht ausschließlich auf die in Haft Befindlichen und die zur Ausübung ihrer Grundrechte hierzulande Behinderten erstrecke, sondern auch auf die im Exil Befindlichen, auf die Verbannten und auf diejenigen, die im Ausland ihre Inanspruchnahme unserer konsularischen Dienste erschwert sehen.

Diese Geste macht es einleuchtenderweise erforderlich, daß der Willkür, der Ungerechtigkeit und der Mißachtung des Rechts ein Ende gesetzt wird und daß Revision in jenen Fällen eingelegt wird, die unter Ausnahmerecht verurteilt wurden; denn alle ersehnen eine stabile Rechtsordnung. Darin soll der Einzelne, sollen die Familien und Institutionen zu ihrem Recht kommen, d.h. konkrete Aussichten und wirkungsvoller Rechtsschutz zu ihrer Verteidigung und um zu gewährleisten, daß dieses Recht in Anspruch genommen werden kann, sowie wir es unter Absatz 17 unseres Dokuments "Christliche Anforderungen an eine Politische Ordnung" umschrieben haben.

Wir hoffen, daß diejenigen, die mit dieser Geste bedacht werden, sich zur Mitarbeit an der Integration aller Kräfte im Dienste des Allgemeinwohls und zur Wiederherstellung der nationalen Einheit bereitfinden.

Nationalkongreß für die Amnestie

November 1978, Sao Paolo

Zusammenfassung der Beschlüsse des Nationalkongresses für die Amnestie

1. Herausgabe eines Dossiers mit allen im Kongreß vorgetragenen Beschuldigungen
2. Ablehnung jeglicher Änderungen in dem geltenden "Gesetz für die nationale Sicherheit", in Anbetracht, daß es widerrufen werden muß, sowie auch aller übrigen Dekrete und Ausnahmegesetze. Übernahme des Wortlautes des Beschlusses der Anwaltskommission und der These der CBA(Brasilianisches Komitee für die Amnestie) von Rio de Janeiro
3. Übernahme des Beschlusses über die Verbannten, unter Zugrundelegung des Berichtes der Kommission der Verbannten und Ausgewiesenen
4. Einrichtung einer nationalen Kampagne, um eine Aufklärung über die Lage der Toten und Vermißten, unter Zugrundelegung des Berichtes und Briefes der Kommission der Toten und Vermißten sowie auch des von der Kommission vorbereiteten Dossiers, herbeizuführen
5. Verwirkluchung von Unternehmungen für die Amnestie, bestehend aus einer Reihe nationaler, regionaler und sektorieller Veranstaltungen. Unter den nationalen Aktivitäten heben wir hervor:
   + Mobilisierung gegen das Reformprojekt der LSN (Gesetz für die nationale Sicherheit), einschließlich Fahrt nach Brasilia, wenn dort darüber abgestimmt wird;
   + Verwirklichung diverser religiöser, ökumenischer und öffentlicher Akte für die Amnestie während der Weihnachtszeit;
   + den 1o. Dezember, Jahrestag der "Welterklärung der Menschenrechte", gedenken;
   + Mobilisierung um die nächsten politischen Prozesse;
   + Mobilmachung einer Solidaritätskampagne zur Situation der im Exil lebenden Brasilianer Flavia Schiling und Flavio Kutzi, in Uruguay bzw. Argentinien verhaftet;
   + Mobilisierung um die Lage der politischen Gefangenen, unter welchen wir hervorheben: die Lage der Ärztin Selma Bandeira, in Recife verhaftet, der eine angemessene ärztliche Behandlung verweigert wird, obwohl sie sich in einem prekären Gesundheitszustand befindet; Forderung nach Entlassung von Norma Sa' Pereira, die noch in Haft sitzt, obwohl sie ihre Freiheitsstrafe abgesessen hat; Verlegung der politischen Gefangenen von Linhares (Juiz de Fora) nach Belo Horizonte;
   + die Bemühungen von Candido Pinto, die Verantwortlichen für ein Attentat zu identifizieren, bei welchem er im Jahre 1969 in Recife gelähmt wurde, unterstützen;

+ die Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die alle in unserem Land begangenen Angriffe auf die Menschenrechte untersucht, sowie auch die angehende Kampagne zur Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die alle terroristischen Anschläge untersucht, unterstützen;
+ für die Bildung eines parlamentarischen Blocks für die Amnestie, gemäß dem Vorschlag der Kommission der Parlamentsmitglieder, eintreten;
+ Abschluß aller Unternehmungen mit einer Nationalwoche für die Amnestie, wobei der 18. April als Nationaltag des Kampfes für die Amnestie erklärt wird.

6. Bedingungen für die Einrichtung von sektoriellen und populären Kernen für die Amnestie anreizen und schaffen
7. Kollektives Anzeigen aller Gewalttaten und Verfolgungen und Solidariseirung mit den Betroffenen
8. Ausführung einer Erhebung und Ausarbeitung eines Dossiers aller Betroffenen
9. Ehrung aller Toten, Opfer der Repression des Regimes
10. Anfertigung einer nationalen Zeitung für die Amnestie
11. Einrichtung bei den Kirchen von Arbeiten für die Amnestie
12. Allen politischen Gefangenen und deren Familienangehörigen Beistand leisten
13. Der Kampf für die Amnestie durch sektorielle Arbeiten und Ausarbeitung bzw. Verbreitung von Medien in volkstümlicher Sprache populär gestalten, unter Hervorhebung der Fälle von Betroffenen in jedem Bereich oder Gebiet
14. Schaffung eines nationalen Organs, das die Bewegungen für die Amnestie koordiniert
15. Alle übrigen Beschlüsse, die von den Kommissionen des Kongresses, unten aufgelistet, gebilligt wurden; werden in den Annalen des Kongresses verlauten

- Gesundheit
- Frauen
- Anwälte
- Farbige
- Freiberufliche
- Studenten
- Professoren
- Kirche
- Journalisten
- Arbeiter
- Künstler
- Parlamentarier
- Gefangene
- Tote und Vermißte
- Politisch Entrechtete
- Universität
- Verbannte

Wie haben uns entschlossen, den Regierungswechsel in Brasilien zum Anlaß zu nehmen, für die völlige Wiederherstellung der demokratischen Rechte in Brasilien einzutreten, die durch die Ausnahmegesetzgebung von 1964 gekappt worden sind. Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins, einem Staat, der mit Brasilien diplomatische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen vom Ausmaß des hier und dort stark bezweifelten 'Atomgeschäftes' pflegt, beunruhigen uns Repressionen gegen politisch Andersdenkende, und darum treten wir für die Grundrechte der Menschen auch im Partnerstaat Brasilien ein.
Wir haben uns deshalb entschlossen, den im folgenden abgedruckten Offenen Brief an den im März 1979 die Mach übernehmenden Präsidenten der Föderativen Republik Brasilien, General João Baptista Figueiredo, als Erstunterzeichner mitzuverantworten.

Gez.
Ingeborg Drewitz (Vizepräsidentin des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland)
Heinrich Albertz (Pfarrer, Bürgermeister Westberlins a.D.)
Eckart Spoo (Bundesvorsitzender der Deutschen Journalistenunion in der IG Druck und Papier)
Roland Vogt (Jurist, Geschäftsführendes Mitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz/BBU)
Helmut Gollwitzer (Professor für Evangelische Theologie)

ARGENTINIEN

Widerstand gegen Reallohnabbau

Die ständige Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiter in Argentinien soll durch die neuen Lohnleitlinien des Regimes weiter verschärft werden. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften durch Resolutionen, Streiks und durch die Ausrufung des "Alarmzustandes" durch die "Gruppe der 25".

Inflation und Reallohnverfall

Im letzten Jahr stiegen die Lebenshaltungskosten insgesamt um 169,8%; die Inflationsrate für Dezember lag bei 9,1%. Von diesen Preissteigerungen waren insbesondere die Grundbedarfsgüter betroffen. Damit verringerte sich das Realeinkommen seit dem Militärputsch 1976 um 72%. Welche Auswirkungen dieser Reallohnverfall bei der Politik der "wahren Preise" des Wirtschaftsministers Martínez de Hoz hat, die das Ziel verfolgt, die Preise der allgemeinen Konsumgüter auf "internationales Niveau" zu bringen, zeigt folgende Aufstellung:

Mindestlohn	Durchschnittspreis für Miete eines Zimmers	1 Hose	1 kg. Kaffee
93 000 Pesos = ca. 166 DM	ca. 600 DM	ca. 200 DM	ca. 160 DM

Diese Verschlechterung des Lebensstandards wird durch das neue "Lohnsystem", das von der Diktatur dekretiert wurde, fortgesetzt und weiter verschärft. Dieses Lohnsystem sieht vor, daß die Grundlöhne monatlich um 4% angehoben werden als "Ausgleich" für die Inflation. Da aber nicht zu erwarten ist, daß die Inflation drastisch sinkt - auch wenn Martínez de Hoz das dauernd ankündigt -, liegt die Anpassungsrate der Löhne, die für die ersten acht Monate dieses Jahres gilt, um ungefähr die Hälfte niedriger als die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Warum zwei Busse zusammenstießen

Im Januar passierte auf der Straße von Buenos Aires zu dem Badeort Mar del Plata ein schwerer Unfall, als zwei Omnibusse zusammenstießen, weil einer der beiden Fahrer auf die falsche Fahrbahn gekommen war. Es gab 33 Tote und eine große Zahl Verletzten. In einer Erklärung von Arbeitskollegen zu diesem Unfall hieß es, daß dieser auf die Übermüdung des Chauffeurs zurückzuführen sei. Die Busfahrer sind gezwungen, bis zu 500 Stunden im Monat zu fahren - das sind 16 1/2 Stunden am Tag -, um mit ihrem Lohn auszukommen. Wie die Gewerkschaft der Busfahrer erklärte, verbringen die Fahrer oft mehrere Tage im Bus, wo sie dann auch stundenweise schlafen. Der Chauffeur, der den Unfall verursacht hatte, war 48 Stunden unterwegs gewesen, während derer er nur drei Stunden geschlafen hatte.

Forderungen, Drohungen, Streiks

Als Reaktion darauf forderten viele Gewerschaften in den letzten Monaten eine Lohnerhöhung, die weit über die von dem Regime dekretierten Daten hinausgeht. Die wichtigsten Arbeitskonflikte waren:

- Die Beschäftigten auf den Schiffen, die Sand befördern, forderten eine Lohnerhöhung um 20% und traten am 28. Dezember letzten Jahres in einen Streik, der den Transport von Sand fast vollkommen lahmlegte, und in der Bauwirtschaft zu erheblichen Schwierigkeiten führte. Am 20. Januar wurde der Streik erfolgreich beendet.
- Die Gewerkschaften der Transportarbeiter und der Handelsangestellten griffen in Resolutionen scharf das neue Lohnsystem an und forderten Lohnerhöhungen. Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter verlangte eine Lohnerhöhung um 100%, um wenigstens auf das Existenzminimum zu kommen.
- Eine Anhebung der Mindestlöhne auf 180 000 Pesos (ca. 324 DM) forderten die Staatsangestellten, während die Textilarbeiter von der Regierung verlangten, die Mindestlöhne auf 200 000 Pesos anzuheben (ca. 358 DM).

Eine Zusammenfassung der verschiedenen Aktivitäten der Einzelgewerkschaften versuchte die "Gruppe der 25", in der sich vorwiegend oppositionelle Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Am 24. Januar rief diese Gruppe den "Alarmzustand" (estado de alerta) für die gesamte "Arbeiterbewegung auf nationaler Ebene" au . Dieser Alarmzustand bedeutet, daß die Gewerkschaftsgremien praktisch permanent tagen, um jederzeit einen Streik ausrufen zu können. Die

Streikversammlung

Ausrufung des Alarmzustandes ist ein Warnzeichen, daß die Gewerkschaften bereit sind, in den Streik zu treten, wenn ihren Forderungen nicht bald nachgegeben wird. In dem Kommuniqué, mit dem dieser Schritt begründet wurde, verwies die "Gruppe der 25" auf die sich immer weiter öffnende Schere zwischen den tatsächlichen Lebenshaltungskosten und den ausgezahlten Löhnen. Die Wirtschaftspolitik von Martínez de Hoz wurde scharf angegriffen, weil sie die Verschlechterung der Situation der Arbeiter planmäßig vorantreibe. Auch das neue Lohnsystem wurde abgelehnt, weil die Anpassungsrate bei weitem nicht ausreichend sei, um die Reallöhne wenigstens auf dem bestehenden niederen Niveau zu halten.

Der Interventor der CGT - das ist der Staatskommissar, der die Geschäfte der Gewerkschaft führt - drohte zwar in einem Treffen Sanktionen gegen die beteiligten Gewerkschaften an, doch nahm das Arbeitsministerium vorläufig eine abwartende Haltung ein. Dies dürfte u.a. damit zusammenhängen, daß die Posten des Arbeitsministers und des Interventors gerade neu besetzt wurden, und der neue Minister General Llamil Reston (Nachfolger von Liendo), sowie der neue Interventor der CGT, Oberst Rolando Valentín, ihre Ämter zur Zeit der Ausrufung des "Alarmzustandes" noch nicht angetreten hatten.

Die gewerkschaftlichen Aktivitäten sind praktisch alle illegal, da das Streikrecht durch das Dekret Nr. 21 261 aufgehoben ist und das "Dokument zur Reorganisation der Nation" in Punkt 7 jegliche gewerkschaftliche Aktivität für Arbeiter, Angestellte und Freischaffende untersagt, sowie alle Versuche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbietet. Die immer wieder aufflammenden Streiks (vgl. auch LN Nr. 63, 65 und 66) und die Ausrufung des"Alarmzustandes" durch die"Gruppe der 25" zeigen aber, daß sich die argentinischen Gewerkschaften einen gewissen Spielraum erkämpft haben, in dem sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen können, ohne daß das Militär sofort eingreift.

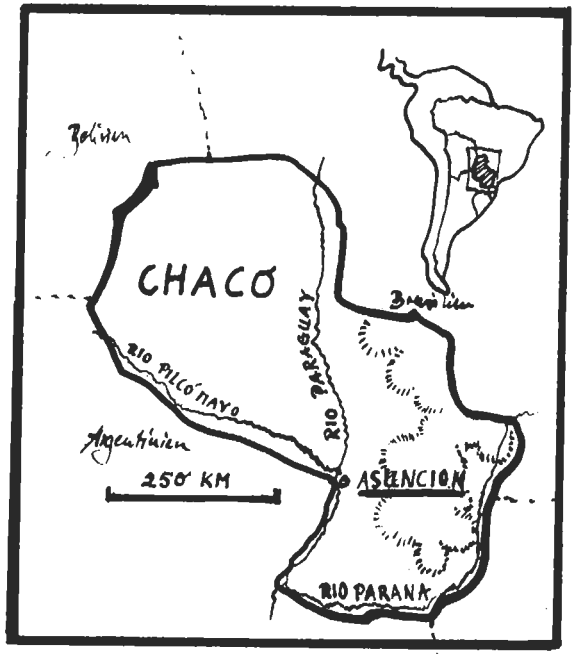
FIRESTONE-Niederlassung besetzt

Am 2. November 1978 entließ die argentinische Niederlassung des Reifenmultis FIRESTONE einen Arbeiter, weil er die Produktionsnormen nicht erfüllt hatte. Daraufhin trat die Belegschaft in einen 72-stündigen Streik, um gegen die Entlassung und gegen die Erhöhung der Produktionsnormen seitens der Betriebsleitung zu protestieren. Daraufhin entließ FIRESTONE 100 am Streik beteiligte Arbeiter. Während die Gewerkschaft noch mit dem Arbeitsministerium -das sich als Vermittler eingeschaltet hatte und schließlich dem Multi in der Frage der Festsetzung von Produktivitätsnormen recht gab -verhandelte, beschlossen die Arbeiter des FIRESTONE-Betriebes in LLavallol, den Betrieb über das Jahresende zu besetzen. Trotz der Drohung der Regierung, das Sicherheitsgesetz in Anwendung zu bringen, was eine Verhaftung der Streikenden bedeutet hätte, hielten die Arbeiter den Betrieb bis zum ersten Januar besetzt. Dann nahmen sie die Arbeit wieder auf, nachdem die Betriebsleitung Zugeständnisse gemacht hatte: 51 der Entlassenen wurden sofort eingestellt, über die anderen soll noch verhandelt werden. Außerdem laufen Verhandlungen mit den Behörden, um die Freilassung von 17 Arbeitern zu erwirken, die im Laufe der Auseinandersetzung verhaftet worden waren.

PARAGUAY

Schon lange ist nicht mehr in den Lateinamerika-Nachrichten über Paraguay berichtet worden. Obwohl es genug Anlässe und Gründe gibt, ausführliche Berichte über Paraguay zu schreiben, reicht das Kraftreservoir nicht aus eine regelmäßige Berichterstattung und Analysen zu sichern.
Dennoch soll versucht werden mit dem vorhandenen Potential eine mehr oder weniger stetige Darstellung der allgemeinen Situation in Paraguay zu geben.

Zur Geschichte



Zunächst ein kurzer Überblick über das Land.
Das flache Binnenland, das fast doppelt so groß ist wie die BRD grenzt an Brasilien, Argentinien und Bolivien. Man könnte Paraguays Vergangenheit mit der der Länder vergleichen, die ähnlich unter den ersten imperialistischen Kreuz- und Raubzügen gelitten haben wie Chile, Peru, Bolivien, Mexico usw.
"Europa brauchte Gold und Silber."(vgl. E.Galeano, die offenen Adern lateinamerikas) Unter dem bescheidenen Deckmäntelchen der Christianisierung zogen die 'conquistadores' plündernd durch Lateinamerika. So auch in den strategisch wichtigen La-Plata Raum. Nicht lange dauerte es, genau im Jahre 1537, da die heutige Hauptstadt Paraguays, Asunción, gegründet wurde.
Die in diesem Raum lebenden Guaraní-Indianer kollaborierten mit den Spaniern, um gegen verfeindete Stämme vorzugehen. Bald aber wurden sie ihrerseits von den Spaniern unterworfen.
Es folgte ein lang schwelender Unabhängigkeitskampf, der sich bis Anfang des 18.Jahrhunderts hinzog. Die britische Einmischung im Bündnis mit der aufkommenden, einheimischen Handelsbourgeoisie und wenigen Großgrundbesitzern verschärfte die Situation. Die Machtergreifung und Diktatur des Campesinoführers José R. de Francia(1814-1840), seine nationalistisch orientierte, "eiserne" Politik ließ einen Staat entstehen, der im gesellschaftlichen Wohlhaben, wirtschaftlichen Reichtum und Autarkie dem heutigen Staat weitaus überlegen war. Die Enteignungen, Verhaftungen und Verbannungen Francias dienten dem

Entstehen einer eigenen Wirtschaft, einer Entwicklung "Oase der Ruhe" inmitten der bürgerkriegsführenden Nachbarländer.
"Paraguay hatte eine feste und stabile Währung und war vermögend genug, um riesige öffentliche Investitionen vornehmen zu können, ohne das Auslandkapital heranzuziehen... Achtundvierzig Prozent des paraguayischen Staatsgebietes war öffentliches Eigentum " (E. Galeano). Gerade aber dieser Staatskapitalismus, Protektionismus und nationale Fortschritt Paraguays übte eine Faszination unter den ausgebeuteten Campesinos der Nachbarländer aus. Die britische Handelsbourgeoisie wurde zunehmend unruhiger. Sie trug wesentlich dazu bei, daß Paraguay in einem sechsjährigen Zweifrontenkrieg mit Brasilien und Argentienien nicht nur besetzt, sondern vernichtet wurde. Fünfsechstel der Gesamtbevölkerung wurden ermordet. "Alle drei beteiligten Länder erlitten einen finanziellen Zusammenbruch, die ihre Abhängigkeit Englands gegenüber verstärkte." (E.Galeano).
Einen aus Ölinteressen geprägter Krieg(1932-1935) der Ölfirmen 'Standard Oil' und 'Royal Dutch' um Förderungsrechte im Norden Paraguays, im Chaco, brachte das Land einmal mehr um die Nutzung eigener Rohstoffe.
Ein folgender Bürgerkrieg zwischen einer Koalition von Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber reaktionären Kräften endete 1954 in ein rechtsautortäres Regime. General Alfredo Stroessner verbindet einerseits mit seinem Namen die Hegemonie ausländischen, heute amerikanischen, Interessen, anderseits die Vergangenheit mit der Gegenwart. Denn seit 25 Jahren, - manche mögen es sicherlich als ein diesjähriges Jubiläum feiern - herrscht der deutschstämmige, in Brasilien ausgebildete General über das Land.

General Alfredo Stroessner

Zur Wirtschaft

Nur einige Notizen zur wirtschaftlichen Lage Paraguays: mehr als zweidrittel der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Die rigide Bodenbesitzstruktur verhindert aber die Ausnutzung bestehender Ressourcen (2,6% aller Landbesitzer besitzen 75% der wirtschaftlichen Nutzfläche). Die von 1957 -1969 durchgeführte Agrarreform hat an der Besitzstruktur nichts geändert. Soweit Campesinos Land zugeteilt wurde, war es in der Mehrzahl abgelegen und unproduktiv.
Die wichtigsten Ausfuhrgüter sind heute Baumwolle, Ölsaaten, Rindfleisch, Öle. Sinkende Exporte und steigende Importe kennzeichnen die wirtschaftliche Lage. Auch auf diesen Sektor wird noch näher einzugehen sein. Zu vergessen ist auch nicht, daß ca. 40% des paraguayischen Handelsvolumen aus Schmuggelgschäften(elektrische Geräte, Autos, Tabak, Alkohol, Rauschgift) besteht. Paraguay dient dabei einerseits als größter Umschlagplatz für Luxusgüter und Drogen zwischen dem Orient und den USA, anderseits dadurch als Grundlage persönlicher Bereicherung hoher Militärs.
Weiter soll nur kurz angedeutet werden, daß die Schlüsselposition der ökonomischen und politischen Macht in einer kleinen Gruppe von ungefähr 150 Familien liegt. Eine zweite, größere Gruppe bilden die lokalen Großgrundbesitzer. Eine entsprechende Parteienstruktur läßt sich, soweit sie eben unter der Stroessner-Diktatur zugelassen ist, ungefähr daran ablesen. Auch dazu genaue Angaben später.
Seit 1968 stellte sich die katholische Kirche nicht mehr direkt hinter die Diktatur Stroessners, die verantwortlich dafür ist, daß aus materiellen und politischen Gründen etwa ein Drittel der Bevölkerung, ca. eine Million Menschen, ausgewandert und geflüchtet sind. Diese Auswanderungswelle füllte und füllt die brasilianischen und argentinischen Slums weiter auf. Parteien und Gewerkschaften bleibt wenig Spielraum. Die Notstandsgesetze vom 10.8.1970 sind die Grundlage brutaler Verhaftungswellen, die die verarmte Landbevölkerung in Angst und Schrecken versetzte. Diese Gesetze der 'Verteidigung des öffentlichen Friedens und der Freiheit der Person' wurden die legale Grundlage der bewußten Zerstörung einer beginnenden Organisierung der Landbevölkerung in den 'Ligas Agrarias', - ein Versuch der Bevölkerung mit Teilen der katholischen Kirche zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis. (L N Nr. 67 berichtet in einem Aufsatz von Osvaldo Lovey auf S.52-55 aus Argentinien dazu). Auch dazu näheres später.
Ein aktueller Brief aus diesem sozialem Zusammenhang heraus verdeutlicht eine Entwicklungsphase, die den Bezug zur Gegenwart und den Zusammenhalt von Kirch Staat und Menschen herstellen könnte. Dieser Brief ist an die kürzlich beendete lateinamerikanische Bischofskonferenz in Puebla(Mexiko) gerichtet. Vertretern der über 100 000 christlichen Basisgemeinschaften (u.a.) wurden nicht einmal der Beobachterstatus eingeräumt!(vgl. L N 67)

> "Innerhalb unseres religiösen Lebens glaubten wir früher, daß alle unsere persönlichen und gemeinschaftlichen, familiären und sozialen Leiden göttliche Prüfungen seien, die wir zu erdulden ... aufzuopfern hätten... Aber unsere Handlungen wurden gegen uns ausgelegt; es wurde uns vorgeworfen, wir seien Protestanten, Kommunisten, wir wären gegen die Regierung. Es gab denn auch Verfolgungen, Drohungen, Festnahmen und Folterungen. Selbst unsere Gemeinschaftsläden wurden vernichtet... Unsere Leiden und Verfolgungen wurden von der Kirche getröstet, Gott war nicht die Ursache unserer unglücklichen Situation, sondern die Menschen selber... Die Begeisterung und der Antrieb, den die Bischöfe uns zu vermitteln verstanden,

stand die umfassende und sich aller Mittel bedienende Repression gegenüber... Wir sind zerstreut, verlassen und von Angst erfüllt... Wir wissen ganz genau woher die Unterdrückung und Verfolgung kommt, und warum sie ausgeübt wird... wir beobachten, daß einige Wenige immer reicher werden, während wir Arme immerzahlreicher und in der Misere enden werden... Die Kirche selber muß Beispiel sein und tiefgreifende Veränderungen durchführen, die innerhalb der Institution notwendig sind, um die von Christus begonnene Mission zu erfüllen... Wir verabschieden uns mit der großen Hoffnung, daß unsere Überlegungen und Vorschläge ankommen und von Ihnen berücksichtigt werden..."

(vgl. L N, S.11'12) Die Ziele der Ligas Agrarias waren und sind, soweit sie noch manifestiert werden können, eine neue christliche Gesellschaft, die sich von unterdrückenden Strukturen zu befreien versucht. Es gibt kein fertiges Konzept, sondern die grundsätzliche Erkenntnis, daß die Ursache des Elends der Campesinos als die Ausbeutung und Entfremdung seiner selbst erkannt wurde. So richtet sich die Bewegung gegen wirtschaftliche, politische und religiös-kulturelle Ausbeutung und fordert Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Gerechtigkeit für alle. Diese sloganähnlichen Worte wurden in Erziehungskursen, Gemeinschaftsarbeit, Solidarität und religiösem Pazifismus versucht Ausdruck zu verleihen. Sogar die dezentralisierte Form der Organisation war der äußerlich immer existierenden Gefahr der gewaltsamen Unterdrückung angepaßt. Dennoch wurde die jahrelange, mühevolle Aufbauarbeit mit Hilfe der katholischen Priester und den Helfern durch die staatlichen Terrorakte weitesgehend zerstört. Ein fester Organisationszusammenhang scheint heute nicht mehr zu bestehen. Herr Krier von der deutschen Botschaft in Asunción kommentiert dazu lakonisch:"Die paraguayische Regierung hingegen hatte sich einen konsequenten Antikommunismus zur Richtlinie gemacht...Die von einigen paraguayischen Bischöfen geförderten sogenannten Ligas Agrarias(Bauernbünde), in denen ausländische Instruktoren der Landbevölkerung eine marxistische Klassenkampf-Ideologie einzutrichtern versuchten, wurden daher von der Polizei aufgelöst, ihre beträchtlichen, vom Ausland hereingebrachten Geldmittel beschlagnahmt."(vgl.Mai's Weltführer, Paraguay) Die Zustimmung Kriers zu dieser Art von Politik läßt sich unschwer ablesen.

Die allgemeine Situation der Indios in Paraguay unterscheidet sich kaum von anderen benachbarten Stämmen in und außerhalb des Landes. (vgl. Pogrom 28/49) Sie werden verdrängt, verfolgt und in Reservate gepfercht und zum Teil von Kopfjägern ermordet (vgl. L N 37).

Die Situation in den Reservaten führt für einen Großteil der Gefangenen zum psychischen und physischen Tod. Es mangelt vor allem an der Hygieneund Ärzten. Ja im Gegenteil; nachdem im September 1977 in der 'Time' bekannt wurde, daß sich der ehemalige SS-Arzt im KZ Ausschwitz-Birkenau, Dr. Josef Mengele in Paraguay aufhält, um in abgelegenden Gegenden Indios einfangen, z.T. töten ließ, für genetische Experimente wie im damaligen faschistischen Deutschland bereit hielt, so läßt sich in etwa abschätzen, wie die herrschenden Militärs zum Indioproblem stehen. Da mögen die beschönigenden, ja heuchlerischen Worte des deutschen Botschafters Krier noch so bemüht sein, ein günstigeres international gerichtetes Bild von Paraguay zu bauen und darauf verweisen, daß offenbar "unzufriedene Indianer..."politisch Front gegen die verantwortungsvolle Regierung Stroessners machen. Die folgenden Lebenserfahrungen eines 'Aché-Indianers'mögen stellvertretend den kurzen Überblick über die paraguayische Indianerpolitik abschließen:

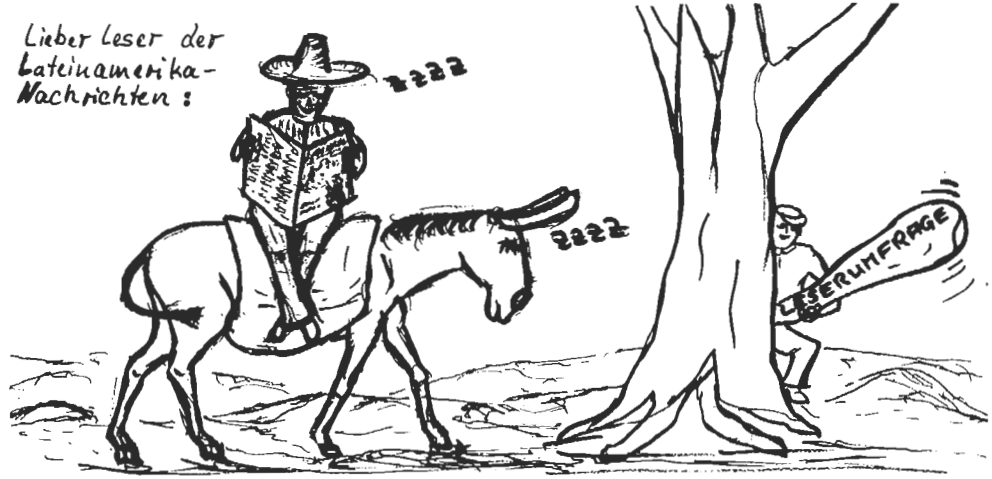
"Früher lebte ich im Wald, nackt, mit meinen Eltern und anderen Aches zusammen...in der Zone des Alto Parana - ... Wir lebten gut,

im Wald gab es viel zu essen. Wir aßen von allem, aßen alle Sorten Früchte, die uns unser 'Freund Wald' bot, selbst junge Blätter und Palmschößlinge, aber auch Fleisch, sehr viel Fleisch sogar... Im

Wald hatten wir keine Angst, denn er ist unser Freund, er schenkt uns viele Dinge; er verkauft nichts... Außerhalb des Waldes hatten wir Angst, denn wir wußten aus Erfahrung, daß es Menschen gibt, die uns nicht mögen, die unsere Eltern töten und unsere Geschwister stehlen - ja, stehl en. Warum und weshalb? Wir wissen es nicht; wir laufen weg vor ihnen... Ich errinnere mich gut. Wir gingen mit einigen anderen Aches durch den Wald; wir laufen geschwind, ich wurde schnell müde und mein Vater trug mich auf seinen Schultern. In dem Moment der Tragödie klammerte ich mich an seinem Hals fest, er wurde von einem Schuß getroffen, doch er rannte mit mir davon. Bei dieser Gelegenheit wurden viele Aches getötet... Dann nach langem Wandern durch den Wald kamen wir zu dem Haus des Herrn Gonzalez in Punto Cuarto. Dieser Herr sagte uns, daß bald der 'Apâwachu' käme - dies bedeutet großer Vater, gemeint war der Priester P. Nicolás - der dann auch eintraf. Der Priester betete, zelebrierte eine Messe und anschließend stiegen wir in seinen Lastwagen, um zu einem Ort der Paloma heißt zu fahren, hier trafen wir uns mit anderen Aches. Später lebten wir in Manduvî, wo wir auch jetzt sind. Auch nachdem wir in den Wald zurückgekehrt sind, schweben wir in der Gefahr wie Tier ausgenutzt zu werden.

Ich hatte einen Freund in meinem Alter. Wir waren unzertrennlich als wir im Wald lebten. Er hieß Julio Wachúgi. Er kam mit mir hierher, aber er ging dann mit dem Herrn Benitez nach Yvyrarovana und von dort nahm man ihn mit nach 'Paraguay'(gleichbedeutend mit Asunción, i.w.S. eine 'grüne Hölle', die niemand kennt und aus der niemand zurückkehrt). Wie hoch der Preis für ihn war, weiß ich nicht, meistens sind die Versprechen Lüge, denn ich habe ihn nie mehr gesehen. Und nicht nur Julio, sondern auch viele andere Aches wurden nach Paraguay gebracht. Auch bei anderen Gelegenheiten wollten mich die Zivilisierten mitnehmen. Ich und zwei andere Aches gingen zum Fischen am Fluß bei Punto Cuarto. Dort trafen wir ein Auto mit einer Frau und einem Jungen. Sie riefen uns. Zuerst kam mein Freund Felipe Jakúgi zum Wagen. Sie hoben ihn in das Auto hinein. Ich konnte mich verstecken, weil ich wegrannte. Ihn haben sie nach Paraguay mitgenommen und bis heute habe ich keine Nachricht von ihm...
(aus "Sendero",23.9.-7.10.1977)

LESERUMFRAGE



die Redaktion der Lateinamerika Nachrichten diskutiert immer wieder einmal die Frage, ob die gegenwärtige Form und der Inhalt der L N noch den Interessen und Bedürfnissen der Leser (und der Schreiber) entspricht.
Die Chile-Nachrichten sind 1973 in einer Situation entstanden, in der es vor allem darauf ankam, die wachsende Solidaritätsbewegung mit Chile durch eine aktuelle Berichterstattung mit Information zu versorgen.
Die Situation in Lateinamerika und der BRD hat sich verändert. Chile ist nicht unwichtig geworden, aber das Interesse an den Entwicklungen in anderen Ländern Lateinamerikas ist gestiegen. Die spontane Solidaritätsbewegung in der BRD ist in die Breite gegangen, Peru-Komitees, Argentinien - Solidaritätsgruppen haben sich gebildet. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, bemühen wir uns,zunehmend mehr Länder in der Berichterstattung zu berücksichtigen und führen seit einiger Zeit die Chile-Nachrichten unter dem Namen Lateinamerika Nachrichten weiter.
Die Auflagenhöhe der Zeitschrift ist in den letzten Jahren konstant geblieben; knapp 3ooo Exemplare werden von jeder Nummer hergestellt und vertrieben. Abbestellungen und Neuabos halten sich in etwa die Waage.
Wer aber unsere neuen Leser sind,können wir nicht sagen. Aus welchem Interesse kaufen sie die L N? Werden sie aus dem Bedürfnis nach aktueller Information heraus gleich gelesen oder erstmal als Dokumentensammlung in den Bücherschrank gestellt? Wenn sie gelesen werden, werden sie von vorn bis hinten durchgelesen oder nur auf bestimmte Themen hin abgesucht? Wollen die Leser ihren eigenen Informationsstand verbessern oder werden die L N auch als Diskussionsgrundlagen in Solidaritäts-, Gewerkschafts-, Parteigruppen oder im Bildungsbereich verwandt?
Wir stellen diese Fragen nicht aus statistischer Neugierde, der Verfasser von Artikeln muß sich in etwa den Leser vorstellen können, an den er sich richtet. Kann er Vorkenntnisse über Dritte-Welt-Probleme, über Lateinamerika oder sogar über ein spezielles Land voraussetzen oder sollen in jeder Nummer Grundinformationen kurz wiederholt werden?
Um der Klärung all dieser Fragen näher zu kommen, wollen wir eine LESERUMFRAGE durchführen, die hoffentlich rege Beteiligung findet.

.ESERUMFRAGE: raustrennen — ausfüllen — zurücksenden -

I. Zur Person des Lesers

1. Beruf
   ( ) Schüler ( ) Lehrling ( ) Student
   ( ) Lehrer ( ) Pfarrer ( ) Journalist
   ( ) sonst. Akademiker .....
   ( ) Arbeiter ( ) Angestellter ( ) Hausfrau
   ( ) sonst. Beruf .....

2. Alter
   ( ) 15-20 Jahre ( ) 20-25 Jahre ( ) 25-30 Jahre
   ( ) 30-40 Jahre ( ) 40-60 Jahre ( ) 60 u. älter

3. Ich bin ( ) Sympathisant
   ( ) Mitglied folgender Partei/Gruppe

CDU/CSU	FDP	SPD	Juso	DKP	Soz.Büro	Spontis	KB	KPD	KBW
( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )

4. Ich arbeite mit in einer der folgenden Gruppen
   ( ) Dritte Welt ( ) Schule/Hochschule
   ( ) Gewerkschaft ( ) Betrieb
   ( ) AKW/Umweltverschmutzung ( ) Kirche
   ( ) Frauen ( ) Sozialarbeit
   ( ) BI anderer Art

5. Welche der folgenden entwicklungspolitischen Zeitschriften lesen Sie?
   ( ) Dritte Welt Magazin ( ) Ila-Info
   ( ) Blätter des Iz3W ( ) sonstige .....

II. Zur Benutzung der LN

1. Ich lese die LN ( ) regelmäßig
   ( ) selten
   ( ) nie

2. Seit wann lesen Sie die LN?
   .....

3. Werden die LN von ( ) einer oder ( ) mehreren Personen mitgelesen?

- LESERUMFRAGE: raustrennen — ausfüllen — zurücksende

4. Welche Länderartikel lesen Sie regelmäßig?
   ( ) Argentinien ( ) Bolivien
   ( ) Brasilien ( ) Chile
   ( ) Kolumbien ( ) Mexiko
   ( ) Mittelamerika ( ) Nicaragua
   ( ) Peru ( ) Uruguay
   ( ) sonstige .....

5. Wozu benutzen Sie die Informationen aus den LN?
   ( ) Persönliche Information
   ( ) zur Mitarbeit in einer 3. Welt Gruppe
   ( ) Schul/Hochschulunterricht
   ( ) für ausserschulische Gruppen
   ( ) als Quelle für eigene Artikel
   ( ) wissenschaftliche Arbeit
   ( ) politische Agitation

III. Zur Beurteilung der LN

1. Nennen Sie einen oder mehrere Artikel aus den letzten LN, der (die) ihnen
   a) gut gefallen hat (evtl. Begründung)

   b) schlecht gefallen hat (evtl. Begündung)

2. Längere Analysen sollten
   ( ) in der Form von Sondernummern behandelt werden
   ( ) als Fortsetzungen in der normalen Nummer erscheinen.

3. Die LN sollten folgende Teile

	erweitern	kürzen	gleich halten
- aktuelle Länderinformation	( )	( )	( )
- Analysen bestimmter Probleme	( )	( )	( )
- Nachrichten über Solidaritätsaktionen	( )	( )	( )
- Stellungnahmen politischer Gruppen	( )	( )	( )
- Verhältnis BRD - LA	( )	( )	( )
- Multis in LA	( )	( )	( )
- Kirche in LA	( )	( )	( )

4. Über welche Länder sollte ausführlicher (überhaupt erst) berichtet werden?

.....

5. Gibt es in den LN Artikel, die Ihnen schlecht oder gar nicht verständlich sind?

( ) ja Welche? .....

Warum? ( ) setzen zu großes Grundwissen voraus
( ) zu hoher Abstraktionsgrad
( ) zu viele Fremdwörter
( ) zu komplizierter Satzbau
( ) unklare Argumentation
( ) schlechte Gliederung

( ) nein

6. Gibt es etwas, was Ihnen an den LN rein äußerlich nicht gefällt (Drucktechnik, Lay Out, Einband, Titelblatt, Photos, usw.)?

( ) ja Was? .....

( ) nein

Die Leserumfrage wird ausgewertet.

CHILE

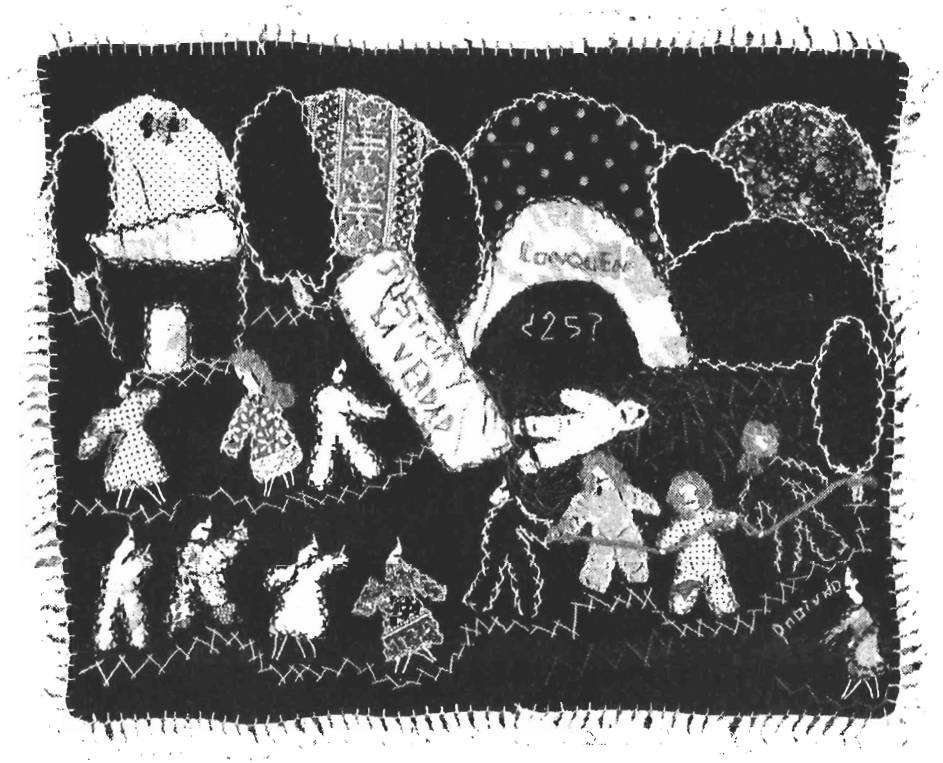
Neue Enthüllungen im Fall Lonquen

Chile hat seinen zweiten "Fall Letelier", nämlich den "Fall Lonquén". Denn ähnlich wie bei den Untersuchungen zum Mord an Orlando Letelier sind auch bei den Nachforschungen zu den Leichenfunden in einer alten Kalkmine unweit von Lonquén, ca. 4o km südwestlich von Santiago, eine Fülle von Entdeckungen gemacht worden. Aber obwohl erneut bewiesen werden konnte, daß Präsident Pinochet und seine Administration auch vor Fälschungen und Lügen nicht zurückschrecken, um Vorwürfe der UNO scheinbar zu entkräften, ist dennoch nicht zu erwarten, daß die Enthüllungen für Regierung oder Militärs Konsequenzen haben werden.

Der Fall

Durch die Beichte eines inzwischen geflüchteten Agenten der ehemaligen Geheimpolizei DINA (heute CNI) erfuhr der Auxiliarbischof Enrique Alvear von einem Massengrab in der stillgelegten Kalkmine von Lonquén. Eine Kommission, bestehend aus dem Auxiliarbischof, den Journalisten Abraham Santibañez und Jorge Martinez, sowie dem Exdekan der Rechtsfakultät der Universität von Chile Maximo Pacheco, machte sich auf den Weg nach Lonquén, um die Aussagen des Agenten zu untersuchen. Dort bestätigte sich der furchbare Verdacht. In einem der beiden Kalköfen fanden sie die Leichen von 27 Personen, in dem anderen einzelne Knochenteile, die nicht mehr rekonstruierbar waren. Fast alle Leichen wiesen Einschußstellen in der Schädeldecke auf, in den Mündern fanden sich Reste von Knebeln und bei vielen waren die Hände mit Telefondraht gefesselt. In der Wand neben den Öfen wurden ebenfalls zahlreiche Einschußstellen entdeckt.

Erst jetzt, nachdem die Vertuschung wegen der Anwesenheit unabhängiger Zeugen nicht mehr möglich war, wurden die Behörden der Militärdiktatur benachrichtigt. Der Justizbeamte Adolfo Bañados wurde zum Untersuchungsrichter im Fall Lonquén ernannt, der daraufhin erklärte, die Untersuchung bis zur letzten Konsequenz durchführen zu wollen. Gleich mit dem Fund wurde die Vermutung laut, daß es sich bei den Leichen um einen kleinen Teil der auf 15oo bis auf 25oo bezifferten Verschwundenen handelt, deren überlebende Angehörige schon seit Jahren, z.B. durch Hungerstreiks, um die Klärung des Schicksals ihrer Verwandten kämpfen. Doch wie sollte man das, nach so langer Zeit, und an fast völlig verwesten Leichnamen, beweisen?



Die Texte dieses Bildes lauten:
Oben: Lonquen - Wieviele Tote? (Davor eine Leiche.) Daneben: Gerechtigkeit und Wahrheit
Rechts unten: Verboten (Recht auf Versammlung)

Die Identifikation

Die Katholische Kirche veröffentlichte einige Zeit nach dem Fund eine Zusammenstellung von physischen Charakteristika der Toten sowie eine Beschreibung der Kleidungsstücke, die gefunden wurden. In diesen Listen entdeckte die junge Olga Adriana Maureira Muñoz die exakte Beschreibung der Kleidungsstücke, die ihr Vater am 7. Oktober 1973 bei seiner Verhaftung getragen hatte.
Dem Untersuchungsrichter Bañados ließ sie andere Kleider aus dem Besitz ihres verschwundenen Vaters zukommen, die den Gefundenen wie ein Haar dem anderen gleichen. Aber dies waren nicht die einzigen Beweise : auch an Hand des Gebisses war eine Identifikation möglich. Auf diese Weise konnten inzwischen vierzehn Personen identifiziert werden, die alle am gleichen Tag verhaftet wurden.
Dies sind: Sergio Adrián Maureira Lillo und seine vier Söhne Sergio Miguel, José Manuel, Segundo Armando und Rodolfo Antonio, sowie Enrique, Omar und Ramón Astudillo, Nelson, Oscar und Carlos Hernández Flores, Manuel Jesús Navarro Martinez, Guillermo Bustamente Sotelo und Miguel Angel Brant Bustamente.

Geschichte der Familie Maureira

In der Nacht des 7. Oktobers 1973 klopften 5 Carabineros des Bezirks 'Isla de Maipo' an die Tür des Hauses der Landarbeiterfamilie Maureira, die als Anhänger der Movimiento de Acción Popular, einer kleinen Partei innerhalb der UP, beziehungsweise des MAPU-OC, in ihrem Dorf bekannt waren. Unter den Polizisten befanden sich Manuel Muñoz, Héctor Vargas und ein Carabinero namens Pablo, die der Familie allesamt bekannt waren. Zunächst nahmen sie den Familienvater Sergio Adrian unter der Begründung mit, er müsse eine Erklärung abgeben. Eine viertel Stunde später kehrten sie ohne ihn zurück und verhafteten unter Gewaltanwendung seine vier Söhne. Noch in derselben Nacht wurden von demselben Polizeitrupp noch neun weitere Personen verhaftet, und zwar genau die Personen, die jetzt als Mordopfer von Lonquén identifiziert worden sind.

Armando Maureira Muñoz Sergio Miguel Manuel Maureira Muñoz Rodolfo Antonio

Was in dieser Nacht mit den Gefangenen tatsächlich geschah, läßt sich exakt noch nicht aussagen. Aber auf Grund einer Notiz, die von dem Leutnant Castro unterzeichnet worden war, läßt sich der mögliche Hergang der Ereignisse rekonstruieren. Diese Notiz nämlich, mit Datum vom 8. Oktober 1973, enthält neben den Namen der Verhafteten auch die Einweisung in das Gefangenenlager, das sich im Nationalstadion befand. Darüber hinaus beinhaltete das Dokument auch die Empfehlung,

die Gefangenen von "Spezialpersonal" verhören zu lassen, da sie mutmaßliche Extremisten seien, die sich augenblicklich zur Reorganisation sammeln würden. Folgende Gründe sprechen dafür, daß die Vierzehn nicht lange im Nationalstadion festgehalten wurden:

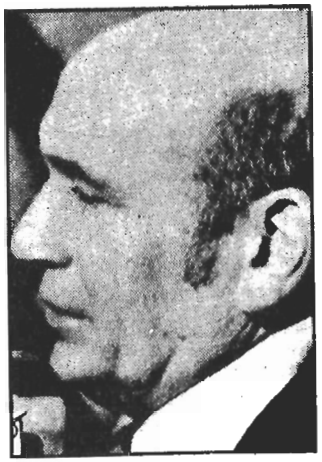
-In keiner der Gefängnislisten tauchen die Namen der 14 Verhafteten auf

- Es ist bekannt, daß die Gefangenen des Lagers mit kleinen Zetteln, auf denen sie Namen und andere persönliche Daten vermerkten, mit Hilfe von Rot-Kreuz-Angehörigen ihren Verwandten ihren Verhaftungsort mitteilten, um nicht zu "verschwinden". Von den besagten 14 Gefangenen ist jedoch niemals eine solche Notiz nach außen gedrungen.

Legt man diese Fakten zu Grunde, ergibt sich etwa folgendes Bild: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wurden die 14 Personen unter Umgehung der üblichen Registration für relativ kurze Zeit in das Nationalstadion eingeliefert und dort unter Folterungen (Spezialpersonal) verhört. Wie lange diese Verhöre gedauert haben, können heute nur die Folterer selbst sagen. Dann sind sie in die Mine von Lonquen gebracht worden, wo sie, gefesselt und geknebelt, an der Wand neben den Kalköfen erschossen worden sind. Anschließend hat man ihre Leichen in den stillgelegten Kalkofen geworfen.

Wie die Tochter, bzw. Schwester, der Toten, Corina Maureira auf einer Pressekonferenz in West-Berlin bekannt gab, hörten nach der Verhaftung ihrer Angehörigen die Schikanen der Carabinieros und des Patrón nicht auf. So berichtete sie unter anderem, daß ihr Haus mit Stacheldraht eingezäunt, das Wasser abgegraben, und Vieh abgestochen worden sei. Schließlich habe man sie sogar von ihrem Grund vertrieben.

Ein Skandal enttarnt den anderen


Sergio Diez vor der UNO

Im November 1975 intervenierte die chilenische Regierung wegen der andauernden Verurteilungen wegen der Verletzung der Menschenrechte vor der UNO und schickte den Ex-Abgeordneten Sergio Diez nach Genf, um vor der Menschenrechtskommission das Problem der Verschwundenen zu "klären". Dabei benutzte er Listen, deren Fälschung durch den Fund in Lonquén heute bewiesen ist. Auf einer der Listen waren 64 Personen aufgeführt, die bei der UNO-Kommission als 'Verschwundene' geführt werden, von denen Diez jedoch behauptete, sie seien offiziell für tot erklärt worden und in das Gerichtsmedizinische Institut eingeliefert worden, könnten also gar nicht verschwunden sein. Auf dieser Liste befanden sich unter anderen auch die Namen von José Manuel Maureira, angeblich eingeliefert am 11. Okt. 1973 um 2o Uhr 3o und von Rodolfo Antonio und Segundo Armando Maureira, beide am 15. Oktober 1973 um 13 Uhr, bzw. 1o Uhr eingeliefert. Eben diese Drei fanden sich jetzt aber in Lonquén wieder. Eine weitere Liste umfaßte Personen, die ebenfalls als Verschwundene gelten,

nach Ansicht der Regierung aber nie existierten und auch in keinem behördlichen Register geführt wurden. Nr. 74 auf dieser Liste war Sergio Adrian Maureira, der Vater von José Manuel, Rodolfo Antonio und Segundo Armando.

Die Strategie der Regierung

Staatspräsident General Pinochet und seine Militärregierung ließen sich von den Enthüllungen im Fall Lonquen nicht aus dem Gleichgewicht bringen.
In aller Ruhe ließen sie zugleich zu Anfang verlauten, die Regierung schließe nicht die Möglichkeit aus, daß es in dem unvermeidlichen Befreiungskampf der Militärs durchaus Tote gegeben haben könnte, die man nicht mehr rechtzeitig habe identifizieren können, jedoch seien dies alles Mitglieder von bewaffneten Banden gewesen, die einen Bürgerkrieg haben entfesseln wollen.
Diese Version wird aber allein dadurch unglaubwürdig, daß die Opfer von Lonquen gek nebelt und gefesselt erschossen wurden.

Auch sonst ist die Reaktion der Regierung nicht gerade defensiv!
Der ehemalige Pressesprecher Pinochets, Federico Willoughby bezeichnete den Fall Lonquén als ein "schmutziges Manöver", dazu bestimmt, die Urteilskraft der Gerichte mittels Propaganda, gefälschten Listen von Verschwundenen und Veröffentlichungen zu beleidigen. Und der ehemalige Chef der faschistischen Schlägertruppe Patria y Libertad, Pablo Rodríguez beschuldigte den Untersuchungsrichter Bañados des politischen Sensationalismus und der unerlaubten Weitergabe von Informationen an Journalisten, womit er "Chile einen schlechten Dienst" erweisen würde.

Die Strafe folgt nicht auf den Fuß

In der Tat gehen die Kompetenzen des Untersuchungsrichters Bañados nicht über die faktenmäßige Aufdeckung des Falls Lonquén hinaus. Eine Strafverfolgung der mutmaßlichen Täter fällt weder in sein Ressort, noch ist sie von anderer Seite zu erwarten, und zwar aus folgenden Gründen:

- Alle Verbrechen, die während des Belagerungszustands begangen wurden (Sept. '73 - März '78) fallen unter Militärsgerichtsbarkeit
- Das Amnestiegesetz vom April 1978 enthebt jeden Urheber, Helfer oder Helfershelfer von Straftaten, die in der Zeit vom 11.9.1973 - 1o.3.1978 begangen wurden, der Strafverfolgung, auch, wenn bis zum Zeitpunkt der Verkündung des Gesetzes noch keine Anklage oder Verurteilung erfolgt war.

Diese Klausel dient ganz eindeutig dazu, daß vor allem die Verbrechen aus den Reihen der Militärs und der Geheimdienste weder verfolgt noch bestraft werden können. Das einzige Recht, das den Angehörigen der Verschwundenen nach Feststellung der Verantwortlichkeit bleiben wird, ist das Recht auf finanzielle Entschädigung.

Und zum Problem der Verantwortlichkeit der Verbrechen in Lonquén fragt die chilenische Wochenzeitschrift HOY völlig zu recht:
"Wer ist letzlich verantwortlich? Über den Carabinieros von Isla de Maipo steht ihr Hauptmann. Über dem Hauptmann seine Vorgesetzten. Über den Vorgesetzten das Oberkommando. Über dem Oberkommando die Regierung."

Gewerkschaften: einhellig, nicht einheitlich

Die Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Regierung um die neue Arbeitsgesetzgebung dauert an. Arbeitsminister Pinera hat rasch seine taktisch bedingte Dialogbereitschaft aus den Tagen der Boykottdrohung-s.LN 67,38-zurückgenommen.Die Haltung der Gewerkschaften:einhellig, aber nicht einheitlich.

Während die Gewerkschafter der UNTRACH(kollaborationswillig)und der christdemokratischen "Zehn" glaubten, mit ihren Vorschlägen auf Gesetzesvorhaben Einfluß nehmen zukönnen, sahen sie sich ein weiteres Mal getäuscht:das Gesetz über die Rentenanpassung wurde unverändert so erlassen, wie es wochenlang unterschrieben - nämlich solange der Boykott drohte - auf dem Minister-Schreibtisch gelegen hatte. Der juntatreue Gewerkschaftsführer Medina,Mitglied in Pinochets Beratungsorgan Staatsrat, stellt öffentlich fest, daß sein Rat nicht gefragt ist. UNTRACH-Gewerkschafter fordern seinen Austritt aus dem Staatsrat, der Verband rückt wieder deutlicher von der Regierung ab.
Freilich, die Front, die die vier großen Gewerkschaftsverbände gegen die Regierungspolitik bilden, ist (noch) keine gemeinsame Front, nach dem Willen der "Zehn" soll sich daran auch nichts ändern(vgl. LN 68,65).
UNTRACH-Führer und Vertreter der seit Oktober verbotenen, aber im Moment nicht direkt verfolgten Nationalen Gewerkschaftskoordination(CNS)und der Einheitsfront der Arbeiter (FUT) trafen sich dagegen in der zweiten Märzwoche, um eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten. Inhaltlich dürften die "Zehn" allerdings kaum zu anderen Forderungen kommen.
Die Themen, um die es geht, lassen aus gewerkschaftlicher Sicht auch nur eine Position zu. Die Texte der Plattform liegen uns noch nicht vor, aus den bisherigen Stellungnahmen ergeben sich aber folgende inhaltlich übereinstimmende Forderungen:Aufhebung der Dekrete, die nach wie vor gewerkschaftliche Freiheiten einschränken,Forderung nach überbetrieblichen - und nicht, wie es die Regierung plant, auf Betriebsebene - Lohnverhandlungen.Ablehnung der Aussperrung.
Gleichzeitig laufen Vorbereitungen, wie im vergangenen Jahr eine 1.-Mai -Demonstration auf offener Straße durchzuführen. Daß sie dieses Jahr von der Regierung genehmigt werden könnte, ist nicht anzunehmen. Angesichts der Anwesenheit internationaler Beobachter(Gewerkschafter und Journalisten) war die polizeiliche Repression relativ gering - nur Prügel und vorübergehende Festnahmen.Der Grad von einheitlicher Organisation, der für diesen 1.Mai erreicht wird, wird das Signal für die Entwicklung der folgenden Monate setzen.
Denn die zentralen Fragen - Streik und Lohnverhandlungen, die bis Ende Juni gesetzlich geregelt werden sollen,- verlangen eine geschlossene Reaktion der chilenischen Gewerkschafter.
Was immer der Buchstabe des Gesetzes dann aber sagen mag - solange die Regierung mit dem fabelhaften Begriff der Staatssicherheit operiert, hat sie den Knüppel der Repression gesetzlich verankert. Wie sie ihn anzuwenden gewillt ist, dafür zeugen die Vorgänge in der Kupfermine Chuquicamata in den letzten Wochen. Der Fall läßt übrigens deutlich erkennen, warum einerseits auch eine Diktatur wie die in Chile Gewerkschaften nicht einfach und überhaupt verbietet, andererseits kurzen Prozeß macht, wenn die ernannten Gewerkschafter nicht so funktionieren, wie sich das in Regierungsaugen geziemt.

Dem Kupferbergbau kommt für Chiles Wirtschaft strategische Bedeutung zu, weil daraus noch immer der allergrößte Teil der Deviseneinnahmen stammt. Deshalb reagierte die Regierung drastisch, als sich dort im August letzten Jahres Anzeichen von Empörung der Arbeiter - ausgedrückt in Form eines Kantinenboykotts - zeigten(LN 63,31).Verhaftungen von Gewerkschaftern,Verschärfung des im ganzen Land allgemeinen Ausnahmezustands(eben jetzt, März 79, zum neunten Mal um weitere sechs Monate verlängert) für die entsprechende Zone.

Anfang Februar gab es neuerdings Schwierigkeiten in einer Abteilung in Zusammenhang mit der Schichteinteilung und verminderten Produktionszuschlägen. Der Abteilungschef diskutierte mit den Arbeitern in der Mittagspause. Arbeiter riefen vier Gewerkschaftsvertreter hinzu. Als der Chef zu reden aufhörte, ließen diese sich von den Arbeitern informieren.Die Unternehmungsleitung sah darin unerlaubte gewerkschaftliche Tätigkeit in der Arbeitszeit, sie reagierte - mit fristloser Entlassung, und zwar, da sich der Gerichtsweg als nicht schnell genug erwies, mit Berufung auf ein Junta- Gesetz, das die fristlose Entlassung erlaubt, wenn durch" illegales teilweises oder vollständiges Unterbrechen oder Einstellen der Arbeit"die Staatssicherheit(!!!)gefährdet wird. Diese Begründung ist deshalb wichtig, weil - neben anderen - genau diese Einschränkung gelten soll für das für Juni angekündigte Streikgesetz.
Da dieses Gesetz die Aussperrung legalisieren wird, ist zu befürchten, daß einzig die Unternehmerseite dieser Medaille von praktischer Bedeutung sein wird.
Von den vier gefeuerten Gewerkschaftern ist übrigens nur einer einmal von seinen Kollegen gewählt worden - im Jahre 72. Die andern drei wurden von der Junta eingesetzt. Nützlich sind die Gewerkschafter in den Augen der Diktatur, solange sie bereit sind, Konflikte abzuwiegeln, beginnen sie aber nur ansatzweise ,tatsächlich die Interessen der Kollegen zu vertreten(hier:sich zu informieren!), werden sie gefeuert.
Aber es sind die objektiven Umstände, die auch solche Vertrauensleute der Diktatur in Opposition zu ihrer Politik drängen. Und die objektive Situation läßt sich an folgenden Zahlen ablesen:Während der Weltmarktpreis für das (englische) Pfund Kupfer bei 80 Cent liegt, beträgt der Lohnanteil dafür in den USA 21 Cent. In Chuquicamata ist er inzwischen auf 7 Cent gedrückt worden. Verglichen mit den Zeiten der UP ist die Kaufkraft der Kupferarbeiter auf unter die Hälfte gesunken. Wenn ab Juli wieder kollektive Lohnverhandlungen möglich sind, ist eigentlich nicht vorstellbar, wie der kollaborationswillige nationale Gewerkschaftsführer der Kupferarbeiter diesen Dampfkessel für die Diktatur wird unter Kontrolle halten können. Daß er gegenüber der Regierung auf Kollisionskurs geht, ist ihm allerdings auch nicht zuzutrauen.

Feiern zum Jahrestag der CUT

Unter den Feiern, die zum 26.Jahrestag der CUT (Zentraler Gewerkschaftsverband bis zum Putsch)stattfanden, werden zwei in Berichten besonders hervorgehoben:eine fand am 11.2. im Gefängnis(!)statt, wobei auch der erste Präsident der CUT sprach, der achtzigjährige Clotario Blest, der die Gefangenen besuchte.Eine zweite Veranstaltung, in kirchlichen Räumen abgehalten, wurde vor allem von Gewerkschaftern der Einheitsfront und der Nationalen Koordinationsgruppe getragen.Auch hier nahm Blest teil und rief dazu auf, den 1.Mai mit einer Versammlung unter freiem Himmel zu begehen- mit oder ohne Regierungserlaubnis.

Rezension

Der Verlag Klaus Dieter Vervuert hat endlich eine wichtige Lücke in den Veröffentlichungen über Chile gefüllt. Die Anthologie über Violetta Parra (Lieder aus Chile - Zweisprachige Anthologie - Ausgewählt, übersetzt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Engelbert, Frankfurt / M. 1978) ist ein wichtiger Beitrag zur Kenntnis der großen lateinamerikanischen und chilenischen Volkssängerin.
Als bedeutende Teilnehmerin an den Kämpfen ihres Volkes ist Violetta Parra eine, wenn nicht die wichtigste Vertreterin der neueren chilenischen und lateinamerikanischen Folklore. Gerade deshalb ist die Kenntnis ihres künstlerischen Schaffens unersetzlich für das Verständnis der Geschichte Chiles.
Trotz Ungenauigkeiten in der Darstellung von Phasen der chilenischen Entwicklung ist das Buch Engelberts ohne Zweifel eine sehr gelungene Wiedergabe der Texte Violetta Parras. Die schwierige Aufgabe, die spanischen bzw. chilenischen Ausdrücke in die deutsche Sprache zu übersetzen, ist teils sogar meisterhaft gelöst worden.
Den gut ausgewählten Liedern wird eine interessante Einleitung über die chilenische Geschichte vorangestellt, die die sozialpolitische Bedeutung Violetta Parras erklärt, wie auch die Entwicklung ihres eigenen Lebensweges.
Die Hilfe, die Engelbert seitens Isabel und Angel Parras, den Kindern Violettas, zuteil wurde, bereichert zusätzlich die Einleitung und die Anmerkungen zum Buche.

Israel hat der chilenischen Regierung Waffen jeder gewünschten Art und Militärhilfe angeboten. Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister General Mordecha Zippori erklärte anläßlich eines Besuchs Ende Januar, Chile könne jedwedes Rüstungsmaterial erhalten "in dem Umfang, den es wünscht" ("Le Monde", 25.1.79). Die israelische Rüstungsindustrie, die größte eines Landes der Dritten Welt, ist auf Exportaufträge angewiesen. Sie hat seit einiger Zeit Absatzschwierigkeiten. 4/79 epd

Nach Recherchen des "Stern" (23.1.79) sind Panzerabwehrraketen des Typs "Mamba" nach Chile geliefert worden, von der Münchener Firma Messerschmidt Bölkow Blohm (MBB) entwickelt und gebaut. Nach Darstellung von MBB wird die "Mamba" seit 1974 nur noch in Italien in Lizenz gefertigt. MBB liefere lediglich Einzelteile, deren Export genehmigt worden sei. Bundesdeutsche gesetzliche Vorschriften zur Kontrolle des Kriegswaffenexports seien daher nicht verletzt worden. Aus den bekannten "Jane's"- Handbüchern geht die Tatsache einer Lizenzproduktion in Italien nicht hervor. Danach wird die Waffe ausschließlich von MBB hergestellt. 4/79 epd

"Zeit" 9.3.79

Chinesen nach Chile?

Peking ist seinen Freunden ein guter Freund, überall in der Welt. So hat die Volksrepublik — noch vor der „Strafaktion" gegen Vietnam — Chile militärische Hilfe für den „Fall eines sowjetischen oder kubanischen Angriffs" zugesichert.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE

Pschk. Berlin-West E. Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

BOLIVIEN

Bilanz der Regierung Padilla

Bei den Offizieren der Padilla-Regierung handelt es sich größtenteils um Männer zwischen 40 und 50, die während der Regierungszeit des MNR (Nationalrevolutionäre Bewegung) in die Militärakademie aufgenommen wurden. Sie sind seither nationalistisch geprägt und lehnten die Ausverkaufspolitik der Militärregierungen Barrientos (1964-69) und Banzer (1971-78) ab. Hiermit stellen sie einen fortschrittlichen Sektor innerhalb der Streitkräfte dar. So sind z.B. die Minister Rolando Saravia der UDP und Gary Prado dem MNRH zuzuordnen. Diese verhältnismäßig jungen Offiziere wurden teilweise unter der Banzer-Regierung nicht weiter befördert und so in ihrem persönlichen Ehrgeiz frustriert. Diese Faktoren führten zu einem ersten fehlgeschlagenen Putschversuch 1975, zu einem zweiten am 30. Okt. 78 und schließlich zu dem erfolgreichen Putsch am 23. Nov. 78.
Im folgenden sollen noch einmal kurz die Probleme dargestellt werden, denen sich die Regierung Padilla seit ihrer Machtübernahme gegenüber sah, und ihre jeweiligen Reaktionen darauf, um eine Einschätzung der zukünftigen Ereignisse zu erleichtern.
Die erste Maßnahme dieser Regierung war die Festsetzung des Wahltermins auf Juli 79. Bereits kurz darauf, Anfang Dezember, folgte ein Putschversuch von Teilen des Unternehmertums im Raum Cochabamba, der allerdings frühzeitig entdeckt und vereitelt wurde. Auch erhoben die verschiedenen Parteien ihre Stimme und forderten in einer gemeinsamen Resolution bestimmte demokratische Maßnahmen, um saubere Wahlen zu garantieren. Die beiden wichtigsten Punkte dieser Resolution, die Abschaffung des Militär-Bauern-Paktes und der Rückzug des Militärs aus den Minengebieten wurden allerdings von der Regierung rundweg abgelehnt. Ein weiteres Problem war die Klageerhebung gegen Banzer und seine plötzliche Abberufung von seinem Botschafterposten in Buenos Aires. Schließlich eine Welle von (nach 8 Jahren Inflation und Kaufkraftverlust nur allzu berechtigten) Lohnforderungen, denen die Regierung teilweise stattgab, und die wachsende Dringlichkeit der wirtschaftlichen Probleme. Ein bereits aus-

Padilla (l.): Werden die anderen "Kameraden" stillhalten?

gearbeiteter Vorschlag des IWF zur Lösung der Wirtschaftskrise wurde von der Padilla-Regierung abgelehnt. Dieser Vorschlag sah hauptsächlich Preiserhöhungen für Öl (somit auch Benzin und Transport), Kaffee und Zigaretten, Steuererhöhungen, Einschränkungen der Staatsausgaben und der Kreditaufnahme vor. Alles Maßnahmen, die auf dem Rücken der breiten Massen ausgetragen würden und starke Proteste mit sich brächten. Die gen. Maßnahmen wurden auf die Zeit nach den Wahlen zurückgestellt, obwohl P.E. die Regierung inständig bat, dieses Wirtschaftspaket doch gleich zu verabschieden.

Duell der Ex-Präsidenten

Sonst steht Bolivien wieder ganz im Zeichen der für Juli diesen Jahres angesetzten Wahlen. Hier haben sich in letzter Zeit entscheidende Dinge getan, was die Herauskristallisierung wichtiger Wahlbündnisse angeht.

Innere Konflikte der UDP

Wie schon in den LN Nr. 68 berichtet wurde, ist Luis Adolfo Siles Salinas mit seiner Gruppe OID (Linksdemokratische Offensive) aus der UDP ausgeschlossen worden. Hierbei hat nicht einmal sein Vizepräsidentschaftskandidat Aponte Burela mit der kleinen sozialistischen Partei die UDP verlassen. Somit wären Salinas' Aspirationen auf die Präsidentschaftskandidatur zunächst gescheitert. Sein Ausscheiden bedeutet für die UDP weniger einen Verlust an Stimmen, als an Legitimation, denn der liberal-konservative Menschenrechtler Salinas machte das Bündnis UDP für die USA und Teile der einheimischen Bourgeoisie eher akzeptabel. Ob Siles Salinas für die OID kandidieren wird, ist zweifelhaft, seine Aussichten wären jedenfalls gering.
Über den Streitpunkt der Präsidentschaftskandidatur hat auch die Revolutionäre Bauernbewegung Tupaj Katari (MRTK) ihren Austritt aus der UDP erklärt, was sicherlich den Verlust eines Teils der Bauernstimmen im Department La Paz bedeutet. Jedoch scheint sich der MRTK zu spalten, denn Teile dieser Bauernbewegung wollen die UDP weiterhin unterstützen. Hier dürften auch innere Probleme eine Rolle spielen, denn der MRTK hat sich vor kurzem schon über der Frage des Verbleibens in

Salinas: mißlungene Palastrevolte gegen seinen Bruder Siles Zuazo

dem "Nationalen Bauernkommittee" (welches eine Erneuerung des Militär-Bauern-Pakts unter Vorherrschaft der reaktionären Bauernschaft darstellt) zerstritten.
Der verbliebene Rest der UDP ist sich über die Kandidatur Siles Zuazo - Jaime Paz Zamora zumindest vordergründig einig, und in der Basis, besonders auf dem Land, ist diese Kandidatur sehr populär. Jedoch gibt es sogar innerhalb des MNRI, der Partei Siles Zuazos, eine Oppositionsgruppe gegen diese Kandidaten, wobei sich diese Fraktion für eine Wiedervereinigung des MNR einzusetzen scheint.

Paz Estenssoro: alt aber brauchbar

Ein weiterer wichtiger Faktor bei den Wahlvorbereitungen ist der Versuch der Bourgeoisie, ein eigenes starkes Wahlbündnis aufzubauen. Hierbei verläßt sie sich diesmal nicht auf einen offiziellen Kandidaten, sondern greift auf den "altbewährten" Paz Estenssoro zurück.
P.E. war schon dreimal gewählter Präsident (1952-56, 60-64, 64) und kam zunächst durch eine von der Kleinbourgeoisie im Bündnis mit den Arbeitern und Bauern getragene Revolution an die Macht. Nach anfänglichen nationalistischen Schritten, änderte sich nach einigen Jahren der Kurs seiner Regierung und sie wurde zu einem treuen Diener des US-Imperialismus (siehe hierzu auch LN Nr.60). Paz' bisherige Karriere gipfelte dann in seiner Beteiligung an der Regierung Banzers (71-74 in der "Nationalistischen Volksfront") und seinem anschließenden Exil in Peru und den USA, wo er ein Stipendium der Ford Foundation erhielt.

Victor Paz:
Der unersättliche

P.E. wird also kandidieren für seine Partei, den MNRH. Diese hat bereits ein Wahlbündnis mit den Christdemokraten (die mit Luis Ossio den Vizepräsidentschaftskandidaten stellen), und dem PRA (Authentische Revolutionäre Partei) von Walter Guervara Arce (rechte Abspaltung des MNR, siehe LN Nr. 60) geschlossen. Anscheinend unterstützt auch der PCB/ML (maoistische Gruppe, die vorher die tragende Kraft im Linksbündnis FRI war) P.E., was ganz auf der außenpolitischen Linie Chinas läge. Die Motivationen für eine mögliche Unterstützung des Arbeiterführers Juan Lechin Oquendo für dieses Bündnis bleiben rätselhaft.
Wen repräsentiert nun dieses Bündnis und wie sind seine Chancen einzuschätzen?
P.E.'s Kandidatur wird mehr oder weniger eindeutig von den USA unterstützt, was für ihn einen wichtigen Vorteil darstellt. Auch ein Teil der "Institutionalisten" in den Streitkräften baut wieder auf P.E., ebenso der Teil der Unternehmerschaft, der während der Regierungszeit des MNR entstand. Der Mittlere Bergbau läßt sich durch Luis Ossio direkt repräsentieren (L.O. war 8 Jahre lang Präsident der Bergbaukammer und ist selbst Minenbesitzer).

Positiv könnte sich ebenfalls die internationale Unterstützung der Christdemokraten (DC) durch ihre Bruderparteien auswirken (so erhält sie z.B. Gelder aus der BRD und Venezuela, und der Präsident der Internationalen Vereinigung der Christdemokraten, Mariano Rumor, reiste vor kurzem nach Bolivien). Auch wenn man sich die Wahlergebnisse des vergangenen Jahres ansieht, hat das Bündnis gute Chancen. P.E. erhielt 11 % der Stimmen und die DC 10 %. Bedenkt man noch, daß diese Parteien durch den Wahlbetrug damals an Stimmen verloren haben, und daß ihnen dieses Mal, falls nicht noch ein weiterer Kandidat aufgestellt wird, auch noch die Stimmen der Rechten zugute kommen würden, hat P.E. gute Aussichten, seine 4. Präsidentschaft anzutreten.

Wird Banzer der Weg geebnet?

Ex-Präsident Banzer hat vor kurzem die Führung der neu gegründeten "Nationalrevolutionären Bewegung" übernommen, und für Anfang März seine Rückkehr nach Bolivien angekündigt. Dies könnte ein Zeichen dafür sein, daß er erneut die Absicht hat, zu kandidieren. Das hatte er ja bereits bei den letzten Wahlen beabsichtigt, war jedoch am Widerstand innerhalb der Streitkräfte gescheitert.
Sollte er sich aufstellen lassen, kann er mit der sicheren Unterstützung des reaktionären Teils der Streitkräfte, Teilen des Unternehmertums (insbes. der Bauunternehmer) und der Agrarbourgeoisie im Raum Santa Cruz rechnen. Das sind größtenteils Leute, die während der Regierungszeit Banzers ungeheure Profite gemacht haben, und es sich von daher finanziell leisten könnten, einen eigenen Kandidaten aufzubauen. Dieser Teil der Bourgeoisie ist nicht einmal bereit, P.E. als Kandidaten zu akzeptieren (geschweige denn Siles Zuazo), er bedeutet für sie ein zu großes Risiko.
Gegen eine Kandidatur Banzers spricht seine Diskreditierung während seiner 7-jährigen Regierungszeit, die das Land in die wirtschaftliche Misere stürzte, und der schmähliche Verlust der letzten Wahlen durch den offiziellen Kandidaten Pereda. Sollte aus diesen Gründen eine Kandidatur Banzers nicht für richtig gehalten werden, könnte dieser Teil der Bourgeoisie von vornherein die Alternative aufbauen: zunächst freie Wahlen abhalten, um danach durch einen Putsch des reaktionären Teils der Streitkräfte unter Banzer "die Ordnung wiederherzustellen".
Wenn Banzer jedoch kandidiert, so bedeutet dies sicher einen Vorteil für die UDP, da in diesem Fall die Stimmen der Bourgeoisie auf 2 Wahlbündnisse aufgespalten wären.

Wer immer jedoch die Wahlen gewinnen wird, nach seinem Amtsantritt wird er vor der Aufgabe stehen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes auf die eine oder andere Art anzugehen. Dies könnte eine demokratisch gewählte Regierung von vornherein in Mißkredit bringen. Daher wird vermutet, daß die notwendigen Maßnahmen, die auf Kosten der Arbeiter und Bauern gehen werden, in den Wochen zwichen Wahl und Regierungsantritt (6. August) durchgeführt werden könnten.

PERU

Gewerkschaftsbewegung und Militärrecht — Der Fall Cromotex

In Peru nimmt die Verletzung der grundlegenden Menschenrechte durch den Polizei- und Militärapparat immer brutalere Formen an. Vor dem Hintergrund des Ausnahmezustandes macht die Besetzung der stillgelegten Textilfabrik CROMOTEX in Lima durch die Fabrikarbeiter und deren blutige Erstürmung durch die Guardia Civil die Verschärfung der Repression deutlich: 5 Tote, zahlreiche Verletzte, ca. 60 Gefangene....

Mit dem folgenden Bericht appellierter Genossen aus Lima an amnesty international und alle demokratischen Kräfte in der BRD, sich für die Freilassung der Verhafteten einzusetzen. Diesen droht unter Umständen die Todesstrafe, da sie nach Militärrecht verurteilt werden.

Die Polizeiaktion vom 4.2. gegen die Arbeiter von Cromotex

Die Textilfirma CROMOTEX im Industriegürtel von Lima beschäftigt ca.250 Arbeiter und 70 Angestellte. Angesichts einer von der Unternehmensleitung seit Anfang 1978 eingeleiteten Kampagne zur Verängstigung und Einschüchterung der Arbeiterschaft verschärfte sich der Arbeitskonflikt um diesen Betrieb. So wurden den Arbeitern die vertraglich abgesicherten Sozialleistungen verweigert und die Kündigungen angedroht. Aus "geschäftlichen Gründen" wurden 80 Arbeiter Mitte des Jahres entlassen.
Alle Bemühungen der Gewerkschaft um die Erhaltung der Arbeitsplätze blieben erfolglos. Im November stellte das Management die Produktion ganz ein und macht dafür mangelnde Rohstoffe verantwortlich. Bereits seit Oktober erhielten die Arbeiter nur noch 50 % ihres Lohnes ausgezahlt. Angesichts der Krisensituation in Peru, der galloppierenden Inflation und der damit unaufhaltsamen Verteuerung der Lebenshaltungskosten bedeutet die Reduzierung des Lohnes und die Produktionseinstellung den Verlust der Existenzgrundlage.
Der Gewerkschaft gelingt es, die eigentlichen Hintergründe der Fabrikschließung aufzudecken. Der Kapitaleigner von CROMOTEX besitzt noch weitere Textilbetriebe und beabsichtigt, die in Krise geratene Firma CROMOTEX " wegzurationalisieren ", das gesamte Personal zu entlassen und die produktiven Maschinen in die gewinnbringenden Betriebe zu integrieren. Diese Maßnahme verstößt eindeutig gegen das Kündigungsschutzgesetz.
Um den Erfolg dieser " Gesundschrumpfung " zu garantieren, hat sich das Management seit Mitte 1978 der Rechtsberatung des bekannten Rechtsanwaltes BEDOYA versichert. BEDOYA ist nicht nur der Pateiführer der reaktionären PPC,+) sondern verfügt auch über exzellente Beziehungen zum Militär und zu den Justizbehörden. (Mitte Februar befand sich Bedoya übrigens auf Einladung der CDU in der BRD, um sich dort angesichts der 1980 bevorstehenden Parlamentswahlen in Peru der ideologischen und materiellen Unterstützung zu versichern).
Um den Verlust der Arbeitsplätze und damit ihrer ohnehin pekären Existenzgrundlage zu verhindern, beschlossen die Arbeiter von Cromotex auf einer Gewerkschaftsvollversammlung Anfang Dezember , die endgültige Stillegung der Fabrik und den Abtransport des Maschinenparks zu verhindern.

+) PPC - Partido Popular Cristiana - ca. 26 % der Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung

Die Fabrik wurde am 28. Dezember besetzt, Wach- und Streikposten errichtet. Die umliegende Bevölkerung bekundete ihre Solidarität durch gemeinsame Kochaktionen. Die Gewerkschaften der übrigen Industriebetriebe und die Kampfkomitees dieser Zone unterstützten den Kampf der Arbeiter durch Publizierung der Ereignisse und durch Solidaritätsaufrufe.

Aber anstatt der von der Gewerkschaft geforderten Verhandlung mit der Betriebsleitung zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung präsentiert die Arbeitgeberseite unglaubliche Erpressungsmanöver. Angeheuerte Schläger bedrohen die Familien der Cromotex- Arbeiter mit der Ermordung ihrer Kinder, ein 11-jähriges Kind wird zur Einnahme von DDT gezwungen und den Arbeitern in der Fabrik gezeigt, um sie zum Verlassen des Gebäudes zu zwingen. Das Kind mußte in notärztliche Behandlung.

Die Betriebsleitung eröffnet auf Anraten ihres Anwalts Bedoya ein Gerichtsverfahren gegen die Gewerkschaftsführer wegen Hausfriedensbruch, Verletzung des Privateigentums und Zerstörung des Maschinenparks.
Doch als der Richter unter massivem Polizeischutz die Fabrik besichtigt, muß er feststellen, daß die Einrichtung der Fabrik keinen Schaden genommen hat und die Arbeiter ihren Willen zu einer friedlichen Beilegung des Arbeitskonfliktes bekunden. Die Unternehmensleitung sieht sich gezwungen, die Wiederaufnahme der Produktion zuzusichern und die Verhandlungen im Arbeitsministerium zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in Zukunft nicht mehr zu boykottieren. Die an der friedlichen Besetzung der Fabrik beteiligten Arbeiter von Cromotex warteten auf die vom Richter angeordnete Wiederaufnahme der Verhandlungen.
Die Betriebsführung jedoch ließ über ihren Anwalt Bedoya ihre Beziehungen zur Justiz spielen und fand schließlich einen Richter, der entgegen den Anordnungen des ersten - Anordnung zur Verhandlung - einen Haftbefehl gegen alle an der Besetzung beteiligten Arbeiter ausstellte und die Räumung der Fabrik verordnete.
Am 4. Febr. morgens begann die wohl brutalste Polizeiaktion der vergangenen Jahre in Lima. 15 Panzer mit ca. 500 bis 1000 Polizisten einer Sondertruppe (Guardia de Asalto) stürmten die Fabrik und eröffneten das Feuer gegen die sich nur mit Stöcken verteidigenden Arbeiter. Zwei Arbeiter werden sofort von Schüssen getötet, zwei weitere sind inzwischen an ihren Verletzungen gestorben. In dem verzweifelten Versuch der Selbstverteidigung kommt auch ein kommandierender Polizist ums Leben, als er von einer zum Sturm auf die Fabrik eingesetzten Spezialleiter stürzt. Diese Tatsache benutzt die Militärregierung nun als Vorwand, um die Brutalität zu vertuschen und sie den Arbeitern von Cromotex anzulasten. Die ca. 60 verhafteten Arbeiter, von denen 15 verwundet sind, werden unverzüglich vor das Militärgericht gestellt. Damit kann ihnen die Todesstrafe drohen.

Mißhandlungen und brutale Verhöre im Militärgefängnis Patao sowie menschenunwürdige Behandlung der besuchenden Familienangehörigen können auch von den demokratischen Anwälten, die solidarisch die Verteidigung der Cromotex-Arbeiter übernommen haben, nicht verhindert werden.

Die von allen demokratischen und linken Kräften, einschließlich Kirchenkreisen, in Peru eingeleitete Solidaritätskampagne erfordert unsere breite Unterstützung auch in Europa. Wir fordern auf zu solidarischen Grußbotschaften an das "Comite de los familiares de los Trabajadores de Cromotex" sowie zu konkreten Hilfsaktionen für die in ihrer Existenz bedrohten Angehörigen. Die Hoffnung aller demokratischen Kräfte hier in Peru, die für die Freilassung der verhafteten Arbeiter kämpfen, auf solidarische Aktionen des Auslandes ist groß auch in Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland und den anstehenden Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Peru. Diese Hoffnung wird eine breitere Öffentlichkeit schaffen und den Druck auf die Militärdiktatur verstärken, die angedrohte Todesstrafe nicht zu verhängen. Presseerklärungen und Unterschriftensammlungen, die die ständig wachsende Willkür des peruanischen Repressionsapparates und die Verletzung der grundlegenden Menschenrechte brandmarken, sind wichtige Waffen gegen ausufernde Brutalität und unkontrollierte Gewalt der Militärdiktatur in Peru.
Alle solidarischen Grußbotschaften bitte richten an:

Dr. Alfonso Barrantes Lingan
Giron Lampa 1137 / 103
Lima 1 - Peru

saludos clasistas de los limenos, Lima 20. 2. 79

Militärgerichtsverfahren — Klassenkampf auf peruanisch

Inzwischen hat sich die Bedrohung der Gefangenen weiter zugespitzt. Das inzwischen angelaufene militärrechtliche Untersuchungsverfahren beleuchtet die (Un-)Rechtssituation der Gefangenen.

Am 20.2.79 "identifizierten" zwei Beamte der PIP (Vertreter der Policía Civil) einen der Arbeiter, Hilario Manacho Ríos, während einer Gegenüberstellung unabhängig voneinander als den "Mörder" des Polizisten, der während der Auseinandersetzung um die Fabrik am 4.2. ums Leben gekommen war. Die inoffiziell bekannt gewordenen Begleitumstände machen allerdings klar, daß diese "Identifikation" zweifelhaft ist:

Einen Tag vorher statteten diese zwei Beamten den Gefangenen einen Besuch ab und vergewisserten sich der Kleidung der einzelnen Arbeiter. Damit waren sie am nächsten Tag bei der Gegenüberstellung in der Lage, einen Arbeiter als den "Polizistenmörder" zu identifizieren.

Aber nicht nur diese zweifelhafte "Identifikation" ist ein Beweis dafür, daß hier andere Interessen als die der Verdächtigten verfolgt werden. Das Zusammenspiel zwischen Militär, Justiz und Industriellen wird offensichtlich erstens durch die Tatsache, daß wohl der Fall des umgekommenen Polizisten, nicht aber der Tod der 4 Arbeiter untersucht wird, zweitens aber vor allem dadurch, wie dieser Fall behandelt wird. Ursprünglich ging es um eine rein arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung. Das arbeitsrechtliche Problem wurde zu einem zivilrechtlichen Fall durch die Besetzung der Fabrik durch die Arbeiter am 28.12.1978, der aber ebensowenig untersucht wurde. Erst durch die richterlich angeordnete Polizeiaktion traten militärrechtliche Bestimmungen in Kraft, d.h. die verhafteten Arbeiter werden von Militärgerichten abgeurteilt werden. Eines der Gesetze, das DL 19910, Art.1, ermöglicht die Verurteilung eines "Polizistenmörders" zum Tod innerhalb von 48 Stunden.

Das Verfahren wird vor dem 2. Polizei-Gerichtshof der Guardia-Civil eröffnet werden: Opfer, Ankläger sowie auch zuständiger Richter gehören derselben staatlichen Institution " Guardia Civil" an.

"Dieser Prozeß wird nicht gerecht sein", stellte der Rechtsanwalt Dr. Jorge A. Cartagena fest, Vorsitzender der "Asociación de Abogados Democráticos del Perú", die die Verteidigung der Gefangenen solidarisch und unentgeltlich übernommen hat. Weiterhin eröffnete er, daß sie als Verteidiger trotz mehrfacher Bemühungen bis heute nicht mit ihren Mandanten direkt und frei kommunizieren durften. Die Inhaftierten befinden sich bezeichnenderweise auch nicht in einem Untersuchungsgefängnis,sondern in einem "Centro de Reclusión", d.h. einem Zuchthaus der Guardia Civil.

Die Tatsache, daß Gewerkschafter und um ihre existenziellen Rechte kämpfende Arbeiter erstmals von Militärgerichten mit der Todesstrafe bedroht werden, scheint von längerer Hand vorbereitet worden zu sein. Die geltenden militärrechtlichen Gesetze und Bestimmungen wurden im Herbst 1978 noch einmal wesentlich verschärft mit dem offensichtlichen Ziel, den polizeilichen Behörden und dem Militär mehr freie Hand gegen die zunehmende Mobilisierung der Bevölkerung zu lassen und der zunehmenden Repression den rechtlichen Deckmantel umzuhängen.

Nach den im Herbst 78 erlassenen neuen Militärgesetzen sind immer dann Militärgerichte unter Ausschaltung der zivilen Gerichtsbarkeit zuständig, wenn in irgendeiner Art und Weise Polizei oder Militär direkt betröffen sind. Das gilt nicht etwa nur für schwere Auseinandersetzungen wie im Fall Cromotex, sondern einer dieser Paragraphen stellt sogar Beleidigungen gegen die "Institutionen", d.h. Polizei oder Militär, unter Strafe nach dem Militärrecht.

In einer Ansprache (Ende November) kurz nach dem Erlaß der neuen Militärgesetze bekannte Regierungschef General Bermudes, daß es darum gehe, die "Institutionen" zu verteidigen, was dem Militär quasi einen Freibrief in der politischen Auseinandersetzung ausstellt und ihm zusätzlich die juristische Kontrolle verschafft.

Im Fall Cromotex wird manifest, was Bermudes gemeint haben kann, wenn er in der gleichen Rede sagt, daß diese Verteidigung der Armee die Garantie sei, den "wirtschaftlichen Wiederaufbau zufriedenstellend ... zu garantieren" - zugunsten des Kapitals mit dem bewaffneten Einsatz von Polizei und Militär gegen peruanische Arbeiter und Gewerkschafter.

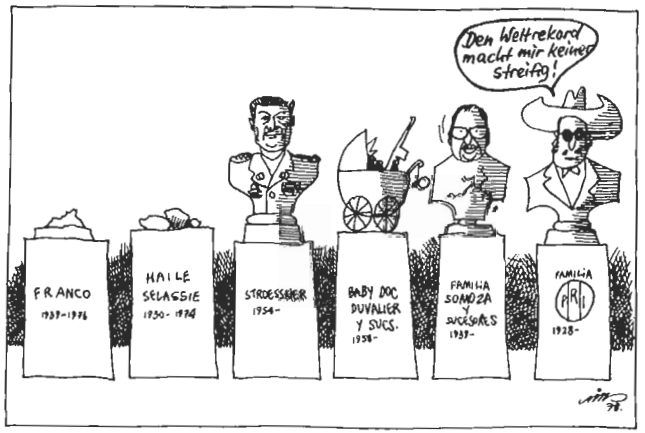
MEXIKO

50 Jahre PRI – die etablierte Revolution

Die Regierungspartei Mexikos, PRI (Partido Revolucionario Institucional), konnte am 5. März auf eine 50-jährige Tradition nicht nur als Partei, sondern auch als Regierungspartei zurückblicken. In letzter Zeit sieht sie sich jedoch zunehmenden Schwierigkeiten gegenüber. Weder der Versuch, sich per Deklaration zur 'Partei der Arbeiter' zu machen, noch die verstärkt nationalistische Außenpolitik können darüber hinwegtäuschen, daß es ihr immer schwerer fällt, ihre Politik des 'pan y garrote' (Zuckerbrot und Peitsche) zu legitimieren.

Am 5. März 1929 entstand die PNR (Partido Nacional Revolucionario) als Arm der mexikanischen Revolution. Der Nachfolger der PNR war die PRM (Partido Revolucionario Mexicano) unter Präsident Cárdenas, die wiederum am 20. Januar 1946 durch die PRI ersetzt wurde. Somit leitet sich die PRI direkt aus der vielbeschworenen mexikanischen Revolution ab.

Ist aber schon die im neuen Namen intendierte Institutionalisierung der Revolution ein Widerspruch, so ist es die Praxis der PRI erst recht. Diese Praxis widerspricht der revolutionären Tradition insofern, als die PRI besonders in den letzten 20 Jahren von einer Partei der beherrschten Klassen zu einer Partei der herrschenden Klassen wurde. Diese Entwicklung erklärt sich nicht nur aus dem inneren Verfall der PRI durch Korruption, Vetternwirtschaft und Bürokratismus, sondern auch aus einer gewissen Eigendynamik des sich entwickelnden abhängigen Kapitalismus in Mexiko. An dieser Stelle handelt es sich aber hauptsächlich um die politischen Folgen eines 50-jährigen unangefochtenen Machtbesitzes.



Zu der nachrevolutionären Tradition Mexikos gehört, daß die Politik der Regierung solange akzeptiert wird, wie die revolutionäre Symbolik aufrechterhalten und bestimmte politische und soziale Reformen durchgeführt werden. Als Verrat an den 'revolutionären Zielen' galt u.a. das Massaker von Tlatelolco 1968, das zu populistischen Zügen im politischen Konzept der nachfolgenden Regierung Echeverria führte. Ebenso wird auch die gegenwärtige Repression im Lande durch die Reaktionen z.B. der sich ausweitenden Amnestiebewegung zu einem Problem, dessen Lösung die PRI nicht weiter vor sich herschieben kann. Außerdem sind nach wie vor Bereiche wie Wohnung, Gesundheit, Transport, Infrastruktur etc. in einem unerträglichen Zustand, ganz abgesehen von der immensen Arbeitslosigkeit, die ebenfalls langfristig einen Konfliktherd darstellt. Demgegenüber fehlt es den eingeleiteten Reformen wie der Agrarreform und der Wahlrechtsreform an praktischer Glaubwürdigkeit.
Für die Interessenvertretung der von all dem betroffenen Teile der Bevölkerung ist jedoch in der PRI kein Platz, da entsprechende Partizipationsmöglichkeiten und innerparteiliche Demokratie nicht existieren. Außer dem korporativistisch organisierten Gewerkschaftsbereich bleibt die Einflußnahme auf die Politik der PRI dem privaten Sektor und einer privilegierten Schicht von Technokraten und Bürokraten vorbehalten. Auch der Parteitag 1978 zeigte keinerlei Anzeichen der propagierten 'transparenten Demokratie', die schon ohnehin ständig durch offensichtlich undemokratische Praktiken widerlegt wird.

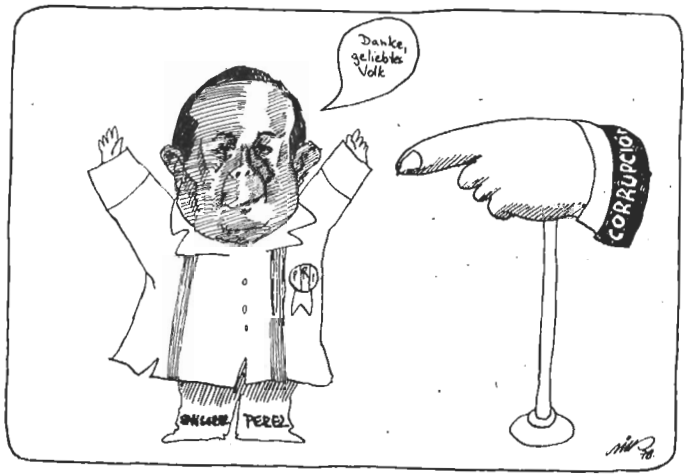
Die 'Stars' des Parteitags, der Parteivorsitzende Sansórez Pérez und der berühmt-berüchtigte Gwerkschaftsboß Fidel Velásquez verdeutlichen exemplarisch die vorherrschende Linie der PRI. Sansorez Perez, der als demagogischer Propagandist der PRI als 'Partei der Arbeiter' auftrat, ist selbst Großgrundbesitzer und Sympathisant des einflußreichen 'Grupo Monterrey'(vgl. LN 50). Fidel Velásquez machte dazu deutlich, welchen Preis er für die Propagierung der PRI als Arbeiterpartei verlangt: 50 Deputiertenposten für die CTM (Confederación de Trabajadores Mexicanos) und 100 für den Congreso de Trabajo (CT), die beiden größten Dachverbände der Gewerkschaften, die Fidel Velásquez inzwischen in einer Art Personalunion leitet. Durch seine Macht hat Velasquez die Gewerkschaften zu einem der wichtigsten Stützpfeiler der PRI gemacht. Während einige Präsidenten vergeblich versuchten, sein Machtstreben zu begrenzen, hat es ihm seine bisherige Allianz mit Sansórez Pérez ermöglicht, Gewerkschaftsführer aus seiner Gefolgschaft in Gouverneursposten und andere Schlüsselpositionen zu manövrieren. Gleichzeitig ließen sich genug Beispiele anführen, in denen er gegen 'Dissidenten', d.h. unabhängige Gewerkschaftsbewegungen aufgrund seiner guten Verbindung zur PRI mit Polizeigewalt vorgehen konnte. Die Konfrontation mit der wachsenden unabhängigen Gewerkschaftsbwegung bleibt ihm dennoch auch weiterhin nicht erspart.

Daß Präsident Lopez Portillo nun seinen Freund Sansórez Pérez Anfang Februar zum Rücktritt aufforderte und auf einen Managerposten im Öffentlichen Dienst abschob, wird Velásquez wenig treffen. Es kommt aber sicherlich dem Gegenspieler des 'schwarzen Engels', dem eher reformfreudigen Innenminister Jesus Reyes Heroles sehr zustatten. Von den Flügelkämpfen in der PRI dringt ansonsten wenig nach außen, wohl auch deshalb weil beide Flügel zum traditionellen Bild der PRI gehören, hie pan, hie garrote.

Sansórez Pérez war einer der meistgehaßten und mächtigsten Männer

in der Führungsclique der PRI. Der wichtigste Anlaß für seinen 'Sturz' waren sicherlich die skandalösen Manipulationen bei den Municipalwahlen, in denen der Parteivorsitzende seine Hand im Spiel hatte. Derartige Manipulationen gehören aber unabhängig von seiner Person zum allgemeinen Profil der PRI, deren korrupter Regierungsstil deutlich macht, daß sie keinerlei Abstriche an ihrer Machtbasis duldet.

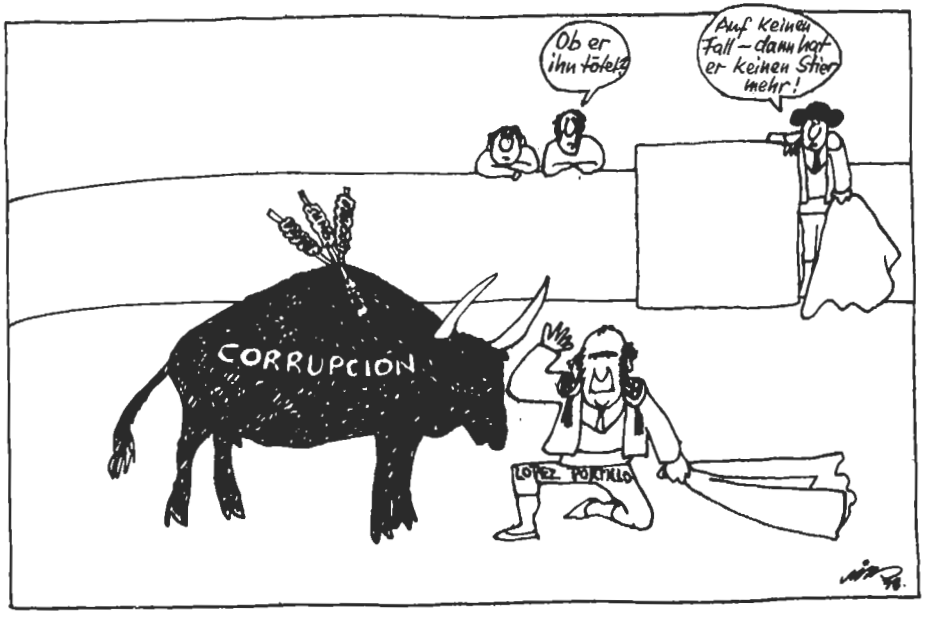
Eine Eskalation unerwarteten Ausmaßes stellten in diesem Rahmen die Vorgänge in der kleinen Stadt Cocotitlán nahe Mexiko im November 1978 dar. Dort wurde die Mehrzahl der Stimmen bei der Wahl für ungültig erklärt, um den Regierungskandidaten durchzusetzen. Der Widerstand der Bevölkerung wurde in einem brutalen Polizeieinsatz erstickt, bei dem ein Mann erschossen, mehrere Personen schwer mißhandelt und 300 Personen verhaftet wurden. Sansórez Pérez versuchte in typischer Manier, den Protest einer Delegation aus Cocotitlán mit dem Angebot von 6 Posten zu beschwichtigen. Ähnliches wie für die Manipulation von Wahlen gilt auch für die korrupte Besetzung hoher Ämter wie z.B. der neu zu wählenden Gouverneursposten.



Im Vergleich zu diesen Praktiken erscheint die Außenpolitik der PRI weitaus eher den Interessen der Mehrheit zu entsprechen, zumindest soweit sie der verbreiteten Furcht der Mexikaner vor einer allzu großen Abhängigkeit von dem 'großen Nachbarn im Norden' Rechnung trägt. Es gehört zu der multilateralen Strategie der Regierung, daß sie den französischen Präsidenten Giscard d'Estaing weitaus aufgeschlossener empfing als Präsident Carter. Giscard war auch deutlich bemüht, sich von seinem amerikanischen Kollegen zu unterscheiden, indem er Frankreich und Mexiko sowohl hinsichtlich des kulturellen Erbes als auch hinsichtlich der Bemühung um nationale Souveränität auf eine Ebene stellte. Zu den Gemeinsamkeiten gehört ebenfalls die multilaterale Strategie. Der Besuch endete mit zukunftsträchtigen Abkommen über die Lieferung von Erdöl an Frankreich und die Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Nicht zufällig bleibt jedoch die Anreicherung des mexikanischen Urans - für seine beiden ersten Kraftwerke in Laguna Verde (Staat Veracruz) benötigt Mexiko 1300 Tonnen angereicherten Urans - trotz der französischen Lieferungen primär den USA überlassen.

Überhaupt können die Bemühungen der PRI um Multilateralismus und die selbstbewußte Haltung der Regierung im Ölgeschäft mit den USA nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Abhängigkeit Mexikos von diesem Nachbarn ungeheuer groß bleibt. Schon der vorige Präsident Echeverria als Repräsentant einer Dritte-Welt-orientierten und um Unabhängigkeit bemühten außenpolitischen Linie konnte den zunehmenden Einfluß der USA auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Mexikos nicht verhindern. Auch eine genauere Untersuchung des Wirtschaftsplans der gegenwärtigen Regierung zeigt, daß die außenpolitischen Willenskundgebungen, die sich wesentlich auf den Energiebereich konzentrieren, wenig mit den wirtschaftlichen Zielen, die letztlich doch eine Begünstigung ausländischen und vor allem US-amerikanischen Kapitals bedeuten, übereinstimmen. Die Außenpolitik wird in diesem Fall zu einem Ventil, die innenpolitischen Spannungen aufgrund von Repression und wirtschaftlicher Ausbeutung der Mehrheit durch eine Verbesserung des außenpolitischen Images auszugleichen.



KOLUMBIEN

Kolumbien ist auf dem Weg zur Festschreibung einer autoritären Herrschaftsform, die man im Augenblick noch "eingeschränkte Demokratie" (democracia restringida) nennt. Die sich täglich verstärkende Repression läßt jedoch über das Ziel dieser Entwicklung keinen Zweifel. Die Ausweitung der Übergriffe von Militär und Polizei erzeugt aber auch Ansätze einer Protestbewegung, soweit das angesichts der scheinbar übermächtigen Bedrohung möglich ist. Zum Verständnis dieses Prozesses gehört auch das Verständnis der eingeschränkten Rolle der Gewerkschaften als Sprachrohr des Widerstands und der elementaren Forderungen der arbeitenden Bevölkerung. Einer der augenblicklich sehr hart verfolgten Teile der Bevölkerung, die organisierten Bauern und Landarbeiter indianischer Abstammung im Valle del Cauca, verlor viele seiner Vertreter durch Mordaktionen der Militärs. Man wirf ihnen Zusammenarbeit mit der Guerrilla-Gruppe M-19 vor, um unter diesem Vorwand ihre Organisation CRIC zerschlagen zu können. Wir rufen zur internationalen Solidarität mit dem CRIC auf!

Zur Lage der Gewerkschaften, Teil II

Die kolumbianische Arbeiterklasse

Die Entwicklung des abhängigen Kapitalismus führt zwangsläufig zu einer starken Differenzierung unter den Lohnabhängigen. Eine Minderheit ist in den Betrieben der monopolisierten oft vom Auslandskapital abhängigen Großindustrie beschäftigt, ihre Lebensbedingungen sind ohne Zweifel besser als die der Arbeiter und Arbeiterinnen in Kleinbetrieben und in der handwerklichen Produktion. Bei einem Überangebot von Arbeitskraft können sich die modernen Großbetriebe oft den Luxus leisten, überqualifizierte Arbeitskräfte einzustellen: So ist z.B. das bachillerato, also eine abgeschlossene Sekundarschule, in den Betrieben der modernen Textilindustrie de facto Einstellungsvoraussetzung selbst für ungelernte Arbeiter.
Die Kategorien der offiziellen Statistik sind allerdings wenig geeignet, etwas über die tatsächliche Differenzierung der Arbeiterklasse auszusagen. Dies gilt z.B. für die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten. Ein Arbeiter in einem Großbetrieb verkauft seine Arbeitskraft meist zu besseren Bedingungen als z. B. die Verkäuferin in einem Warenhaus oder der Bankangestellte. Unter der Kategorie "Selbständige" verbergen sich Teile jener unterbeschäftigten Kleinhändler aller Art, die zusammen mit den Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeitern die am meisten verelendete Mehrheit der Bevölkerung der Großstädte ausmachen.
Zur Diskreditierung der Streikkämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter benutzen bürgerliche Politiker oft den Trick, sie als eine privilegierte Minderheit hinzustellen, die auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung ihre Vorzugsstellung ausbauen möchte. In Wirklichkeit kann von einer "Arbeiteraristokratie" in diesem Sinne in Kolumbien nicht die Rede sein: Trotz relativer Besserstellung erhalten auch die Arbeiter der Großindustrie im allgemeinen Hungerlöhne,

die durch die inflationäre Entwicklung der 70er Jahre noch reduziert worden sind. Nach offiziellen Angaben verringerte sich der durchschnittliche Reallohn von 1971 bis 1977 um 23%, der wirkliche Einkommensschwund dürfte mit Sicherheit höher liegen. So sind bei aller inneren Differenzierung der Arbeiterklasse alle ihre Teile von einer Wirtschaftspolitik betroffen, die eine wachsende Verelendung der Masse der Bevölkerung mit sich bringt. Deshalb ist es kein Zufall, daß wichtige Organisationen jener relativ besser gestellten Schichten der Arbeiterklasse (so der Erdölarbeiter von Barrancabermeja oder der Arbeiter des dem Nestlé Konzern zugehörigen Unternehmen CICOLAC im Valle) die Streikkämpfe ihrer noch schlechter gestellten Klassengenossen materiell unterstützt haben (Beispiel: Der Streik der Zuckerrohrarbeiter von Rio Paila 1975).

Die gewerkschaftliche Organisation

Nach einer Untersuchung von 1974 sind nur 17% der Lohnabhängigen in Kolumbien gewerkschaftlich organisiert.(1) Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in vier Sektoren weit über dem Durchschnitt, nämlich zwischen 40 und 50%: 1. verarbeitende Industrie, 2. Elektrizität, Gas und Wasser, 3. Transport und Kommunikationsmittel, 4. Banken und Versicherungen. Besonders niedrig (unter 10%) ist die Gewerkschaftszugehörigkeit in der Landwirtschaft, im Bauwesen und im Handel, auch der Bergbau weist mit 21% einen vergleichsweise geringen Organisationsgrad aus.
Es ist bezeichnend, daß für drei der vier Wirtschaftssektoren, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad besonders hoch ist, das Streikrecht gesetzlich nicht existiert. Nimmt man hinzu, daß die Regierung auch Streiks in der verarbeitenden Industrie untersagen kann, wenn sie dem öffentlichen Interesse widersprechen, so wird die Aussage eines eher systemkonformen Metallarbeiter-Funktionärs verständlich: "Es gibt kein Streikrecht in Kolumbien."(2) Wo der Streik legal möglich ist, verhindert ein äußerst kompliziertes Verfahren, daß er das Unternehmen wirtschaftlich treffen und deshalb zu Zugeständnissen nötigen kann. Von der Einreichung eines "pliego de peticiones" (Zusammenstellung der Forderungen der Arbeiter) bis zur gesetzlich zulässigen Erklärung des Streiks vergehen mindestens 80 Tage, ein Zeitraum, in dem der Betrieb durch Anlage von Vorräten, Umdispositionen etc. die möglichen Folgen auf ein Minimum reduzieren kann.
Die Kampfkraft der Gewerkschaften wird durch ihre organisatorische Zersplitterung weiter geschwächt. Von den fast 4.000 Einzelgewerkschaften, die im Jahre 1974 registriert wurden, waren fast die Hälfte "sindicatos de base", also Gewerkschaften auf Betriebsebene, weitere 40% "sindicatos gremiales" (berufsständische Gewerkschaften, die auch selbständige Kleinproduzenten erfassen können und im Bereich von Handwerk und Kleinbetrieb dominieren), und nur 10% Industriegewerkschaften. Das geltende Arbeitsrecht begünstigt die Betriebsgewerkschaften: Tarifverhandlungen spielen sich de facto fast immer auf Unternehmensebene ab, weil das Gesetz übergreifende Tarifverhandlungen nicht vorsieht und die Unternehmer branchenspezifische Zusammenschlüsse nicht als Tarifpartner akzeptieren. So fungieren auch die Industriegewerkschaften in der Praxis von Arbeitskämpfen wie Betriebsgewerkschaften: Die Möglichkeit, einen ganzen Industriezweig durch einen Streik zu treffen, ist nur dann gegeben, wenn sich unzählige Einzelgewerkschaften ad hoc koordinieren und den Unternehmern gleichlautende Forderungen vorlegen. Obwohl es wenige Beispiele dafür gibt (Zementindustrie), ist diese Koordination doch so aufwendig, daß sie bis jetzt die Ausnahme darstellt. Die Industriegewerkschaft als wirksamste Form gewerkschaftlicher Interessenvertretung hat sich in Kolumbien noch nicht durchgesetzt.

Gewerkschaftszentralen und politische Tendenzen

Die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung ist durch die Koexistenz verschiedener Gewerkschaftszentralen gekennzeichnet. Daneben gibt es unabhängige Gewerkschaften, die keiner Zentrale auf nationaler Ebene angehören. Neben den traditionell mit den beiden großen Parteien verbundenen Zentralen UTC und CTC existiert die von der KP kontrollierte CSTC und eine linkskatholische CGT. In den unabhängigen Gewerkschaften, z.B. der Lehrergewerkschaft FECODE und der Gewerkschaft der Erdölarbeiter USO kämpfen verschiedene politische Gruppen der Linken um Einfluß.

Die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaftszentralen und ihre Beteiligung an den Streiks geht aus folgender Tabelle hervor:

Prozentuale Verteilung der Gewerkschaftszentralen und der von ihnen durchgeführten Streiks

Zentrale	Gewerkschaften (1974)	Streiks 1969 und 1971 - 1976
UTC	40	16
CTC	25	6
CSTC	20-25	30
CGT und andere	10-15	48 (3)

Hier wird deutlich, daß die meisten Streiks der siebziger Jahre von kommunistisch orientierten oder unabhängigen Gewerkschaften getragen wurden. Die Dynamik der Streikbewegung in Kolumbien, die 1975 ihren letzten Höhepunkt erreichte, wird vor allem von den Beschäftigten des Dienstleistungssektors bestimmt: Lehrer, Bankangestellte und Angestellte der Versorgungs- und Transportbetriebe durchbrechen mit Streiks im nationalen Maßstab immer wieder die bürgerliche Legalität.

Unbestreitbar ist auch die Zunahme der KP-orientierten, links-sozialistischen und unabhängigen Gewerkschaften auf Kosten der "gelben" Gewerkschaftszentralen. Obwohl UTC und CTC 1974 noch 60% der gewerkschaftlich Organisierten vertraten, reduziert sich ihr Anteil in den am meisten industrialisierten Departamentos (Antioquia, Atlántico, Bogotá, Valle) auf 40%. Dies weist darauf hin, daß die traditionellen Gewerkschaftszentralen eher in rückständigen Bereichen der Industrie und der Landwirtschaft ihren Rückhalt haben. CSTC und unabhängige Gewerkschaften gewinnen in der modernen Großindustrie ständig an Boden.

Die Regierung von López Michelsen (1974 - 1978) wollte diesen neuen Realitäten im Sinne einer Institutionalisierung der Gewerkschaftsbewegung Rechnung tragen, als sie zu Beginn ihrer Amtszeit überrschend erst die CSTC, dann auch die CGT staatlich anerkannte. Der Versuch, diese Zentralen in eine Art "konzertierter Aktion" einzubeziehen, scheiterte allerdings schnell. Die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Massen unter einem Präsidenten, der anfangs mit seinen Reformversprechen noch Glauben gefunden hatte, führte zu einer Radikalisierung der Arbeitskämpfe, die 1975/76 auch Bereiche erfassten, in denen Streiks lange Zeit undenkbar schienen. Beispielhaft sind die Streiks der Zuckerarbeiter von Rio Paila und der Arbeiterinnen der Textilfabrik Vanitex in Bogotá, die eine Welle nationaler Solidarität auslösten. Die Lage der Mehrheit der Bevölkerung verschlechterte sich so dramatisch, daß sich auch die "gelben Gewerkschaftszentralen" an einer nationalen Protestbewegung beteiligen mußten, die im "paro cívico" vom 14. September 1977 (Vergl. LN 50, 52 1977 u. LN 56/1978) gipfelte. Die Mobilisierung der organisierten Arbeiterschaft durch ihre Zentralen war allerdings kläglich: Die partiellen Erfolge des Streiks waren nicht dem Umstand zuzuschreiben, daß die Gewerkschaften die Fabriken stillgelegt hätten, sondern der Mobilisierung der Bevölkerung der Elendsviertel vor allem in Bogotá, wo die wirtschaftlichen Aktivitäten durch Lahmlegung des Transportwesens zum Stillstand gebracht wurden. Damit war und ist das Problem der Verbindung der Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf Betriebsebene mit denen der Bewohner der Elendsviertel auch für die kolumbianische Linke neu gestellt.
Formell existiert seit dem Generalstreik von 1977 ein Koordinationszentrum der vier anerkannten Gewerkschaftszentralen UTC, CTC, CSTC und CGT: der nationale Gewerkschaftsrat (Consejo Nacional Sindical, CNS). Die Hoffnungen, daß daraus eine Einheitsgewerkschaft entstehen könnte, haben sich jedoch nicht erfüllt. Vom CNS sind kaum neue Aktionen ausgegangen. UTC und CTC traten in separate Verhandlun-

gen mit der Regierung über die Höhe des Minimallohns ein, die nicht einmal bedeutende Erfolge brachten. (Vgl. LN 68/79)

Präsident Turbay verfolgte wie sein Vorgänger eine Doppelstrategie gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung: Einerseits der Versuch ihrer institutionellen Einbindung durch gewisse Zugeständnisse (so wurde ein Dekret erlassen, das den von Kolumbien mit unterzeichneten Grundsätzen des Internationalen Arbeitsamts über freie gewerkschaftliche Betätigung in einzelnen Punkten entgegenkommt), andererseits verschärfte Repression gegen unabhängige, an Klasseninteressen orientierte Arbeiterorganisationen. Das berüchtigte Sicherheitsstatut schränkt auch die Möglichkeiten von Mobilisierungen und Protestaktionen der Arbeiterschaft grundlegend ein. (Vgl. LN 65-68/79) Dies ist um so schwerwiegender, als erfolgversprechende gewerkschaftliche Aktivitäten in Kolumbien eigentlich nur "außerhalb der Legalität" denkbar sind. Dennoch wurde das Statut von den Führungen der UTC und CTC (bei heftigen inneren Auseinandersetzungen) teilweise akzeptiert. Das CNS als immer noch bestehende Koordinationszentrale verzichtete auf eine Kampagne gegen das Sicherheitsstatut.

Die Aktionseinheit der kolumbianischen Arbeiterbewegung oder gar die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale ist nicht von einem bürokratischen Spitzengremium zu erwarten, das zudem die starken unabhängigen Gewerkschaften ausschließt. Allerdings sind auch die anderen denkbaren Wege zur Gewerkschaftseinheit problematisch. Die CSTC unterliegt eindeutig der Kontrolle einer Kommunistischen Partei, deren politischer Führungsanspruch von anderen linken Kräften nicht akzeptiert wird. Die übrigen unabhängigen Gewerkschaften haben sich auf verschiedenen Treffen nicht zu einer gemeinsamen Linie durchringen können: Die stärkste von ihnen, die Lehrergewerkschaft FECODE, wird selbst von inneren Gruppenkämpfen geschwächt.
Das letzte Gewerkschaftstreffen in Barrancabermeja, das auf Initiative der Erdölarbeiter am 2. Februar dieses Jahres zustande kam, reflektiert die aktuelle Situation der kolumbianischen Gewerkschaftsbewegung, die dem Abbau elementarer demokratischer Rechte durch die gegenwärtige Regierung Widerstand entgegensetzen will. Neben einer großen Zahl von Delegierten unabhängiger Gewerkschaften nahm von den eingeladenen Zentralen nur die CSTC an dem Treffen teil. Einige regionale Föderationen, die der UTC oder CTC angehören, brachten in ihren Beiträgen

jedoch die verbreitete Opposition gegen die regierungsfreundliche Politik der zentralen Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck. Über die Frage, ob man die UTC und CTC überhaupt noch zu einer Einheitsfront gegen das Sicherheitsstatut aufrufen sollte, gab es Meinungsverschiedenheiten. Immerhin wurde ein gewerkschaftliches Koordinationskomitee geschaffen, das dem Kampf gegen das Sicherheitsstatut neuen Auftrieb geben soll.

Aufschwung der Lohnkämpfe

Trotz der von der Regierung festgesetzten Höchstgrenze für Lohnerhöhungen von 18% und einer'Bereitschaft' der Unternehmer, maximal um 20% zu erhöhen, haben mindestens 20 Gewerkschaften von nationaler Bedeutung im Februar weitergehende Forderungen angemeldet.
Ein Arbeitskonflikt ist abzusehen bei der staatlichen 'Empresa Colombiana de Petróleos' (ECOPETROL), wo die Erdölarbeitergewerkschaft USO, die 8000 Arbeiter vertritt, unter anderem auch die Wiedereinstellung von 217 entlassenen Kollegen fordert. Auch die 7500 Arbeiter des Stahlwerks Paz del Río drohen mit Streik, was eine Lahmlegung des größten Teils der kolumbianischen Metallindustrie zur Folge haben könnte. Die Mobilisierung erstreckt sich außerdem auf die Arbeiter und Angestellten des gesamten staatlichen Krankenhausnetzes und der Sozialversicherungen (ca.40.000 gewerkschaftlich Organisierte), die Unternehmen Indupalma und Metalúrgica de Boyacá (3.500 Arbeiter). Die 500 Arbeiter von Safe Colombiana befinden sich bereits im Streik, ebenfalls die 600 Arbeiter der Schuhfabrik La Corona. Nachdem nun auch ein Konflikt der Regierung mit der 150.000 Mitglieder zählenden kolumbianischen Lehrergewerkschaft FECODE, die 18% Lohnerhöhung als zu niedrig ablehnt, droht, stellt sich die Frage, wie sich die Herrschenden diesem wachsenden Druck gegenüber verhalten werden.

Die Arbeiter der Schuhfabrik "La Corona", -seit einem Monat im Streik!

Anmerkungen
(1) Jaime Tenjo, Aspectos cuantitativos del movimiento sindical colombiano, in: Cuadernos Colombianos, Nr. 5, 1975, S. 4
(2) Marco A. Córdoba A., Elementos del Sindicalismo, Bogotá 1977 (3.Aufl.) S.24
(3) Hernando Gomez Buendía, La Encrucijada Laboral, in: Coyuntura Económica, Vol. VII No.3, Nov. 1977, S. 65

Die Verfolgung der Indios

In Kolumbien gibt es heute noch eine halbe Million Indios, von denen 150.000, die zu den Volksgruppen der Paez, Coconuco, Guambiano und Yanacona gehören, im Departement Cauca beheimatet sind. Die Indios leben in traditionellen Gemeinschaften innerhalb der resguardos (Schutzzonen), denen selbstgewählte cabildos (Dorfräte) vorstehen. Die resguardos umfassen das gemeinschaftlich verwaltete und von den cabildos zur individuellen Bearbeitung verteilte Land.

Der kolumbianische Staat hat in einem Gesetz aus dem Jahre 1890 die resguardos festgelegt und die Selbstverwaltungsorgane der Indios anerkannt. Die Großgrundbesitzer der umliegenden haciendas verfolgten jedoch auch danach die Tendenz, in die resguardos einzubrechen und sich mit Hilfe der ihnen wohlgesonnenen Behörden Rechtstitel über das Land anzueignen. Der Oberste Gerichtshof Kolumbiens hat 1963 den Indios die Unverjährbarkeit ihrer Landrechte bestätigt und "die Illegalität der Landnahmen sowie die absolute Nichtigkeit der Landkäufe von seiten der Großgrundbesitzer" festgestellt.

Seit 1973 versuchen die Indios der Cauca-Region in verstärktem Umfang, sich der Arbeit auf den Latifundien zu entziehen und ihr Land zurückzugewinnen. Sie haben sich zu diesem Zweck im 'Consejo Regional Indígena del Cauca'(CRIC)zusammengeschlossen*)

Die Großgrundbesitzer reagierten darauf, unterstützt von lokalen Behörden, mit der systematischen Verfolgung der Indios: Niederbrennen von Hütten, Vernichtung der Pflanzungen und Mord. Sie schickten ihre bezahlten Mordbanden, die sog. pájaros, aus, um vorzugsweise Mitglider der cabildos umzubringen. Von 1974 bis heute sind nach Angaben der Zeitschrift YAVI (Bogotá, no.2, Febr.1979) 30 Indios im Gebiet des Cauca-Tals ermordet worden. Obwohl die Täter in den meisten Fällen identifiziert werden konnten, ist bisher keiner von ihnen zur Rechenschaft gezogen worden.

Die letzten Opfer waren Avelino Ul, ehemaliger Vorsitzender des cabildo von San Francisco, der im November 1978 im Norden des Departements Cauca erschossen wurde. Am 4.Februar 1979 wurde Benjamin Dindicué, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des CRIC, im resguardo Tierradentro (Huila) von 5 Unbekannten ermordet. Es wird berichtet, daß er zuvor von den Großgrundbesitzern Morddrohungen erhalten habe.

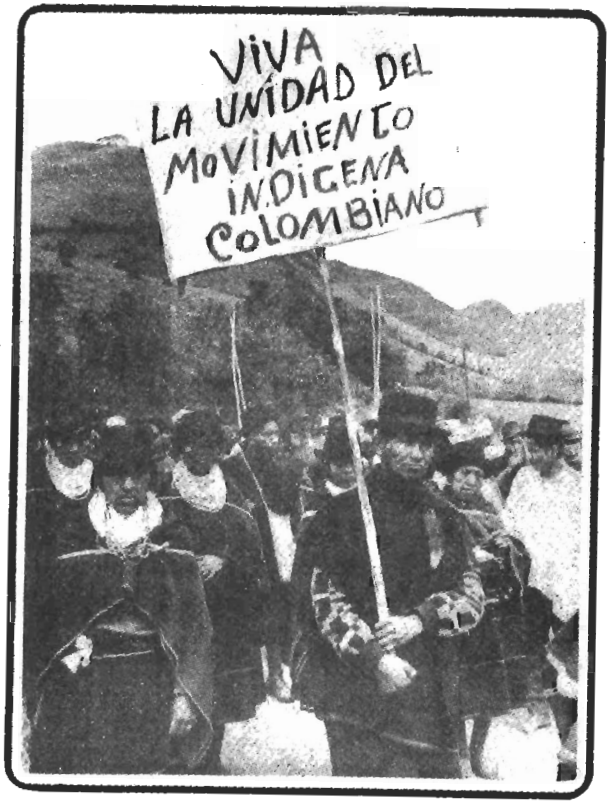
Die Streitkräfte, die sich noch bis vor kurzem aus diesen Auseinandersetzungen herausgehalten hatten, haben seit Beginn dieses Jahres ihre neutrale Position aufgegeben. Dies steht

*) Auf Einladung der'Gesellschaft für bedrohte Völker'(Hamburg) hat im Mai letzten Jahres ein Vertreter des CRIC zusammen mit einer panindianischen Delegation die Bundesrepublik bereist. Wir haben damals ein Interview mit ihm veröffentlicht, das über Ziele und Aktivitäten dieser Organisation Auskunft gibt (LN 60). Über den CRIC und die anderen Assoziationen der Indios in Kolumbien, die gemeinsam die Zeitung 'Unidad Indígena' herausgeben, berichtet die Zeitschrift POGROM n.53 (1978).

sicherlich in Zusammenhang mit der offiziellen Politik der allmählichen Übertragung von Teilen der politischen und richterlichen Gewalt auf das Militär, wie sie vor allem in dem Gesetzesdekret vom 6.September 1978, dem sog. Sicherheitsstatut, und der Inkraftsetzung von Artikel 28 der Verfassung sanktioniert wurde.

Am 31. Januar 1978 lösten Angehörige der Dritten Heeresbrigade die Indiogenossenschaft von Corinto auf und nahmen ihren Leiter, den Anthropologen Guillermo Amórtegui, fest. Am folgenden Tag wurden noch drei indianische Mitglieder der Genossenschaft verhaftet. Alle vier müssen seitdem als verschwunden gelten, weil die Dritte Brigade auf Anfrage eines Rechtsanwalts behauptete, sie nicht in ihrem Gewahrsam zu haben. Das Vorgehen selbst wurde mit der Suche nach Waffen begründet.

Am 9. Februar wurden zwei führende Mitglieder des CRIC, die Brüder Marcos und Edgar Avirama in Popayán auf offener Straße festgenommen und zur Garnison Inocencio Chinca gebracht, wo sie vermutlich gefoltert wurden. Das Büro der Organisation wurde am folgenden Tag verwüstet, zahlreiche Dokumente und Adressen beschlagnahmt. Das Vorgehen gegen den CRIC wurde mit dem Verdacht begründet, die Organisation habe finanzielle Unterstützung durch die Guerillabewegung M19 erhalten. Damit wird der Kampf gegen die Guerrilla ein weiteres Mal zum Anlaß genommen, gegen Organisationen vorzugehen, die sich mit friedlichen Mitteln für die Interessen der Bevölkerung einsetzen und ihre legitimen Rechte wahrnehmen wollen.



Appell der CRIC an die Öffentlichkeit

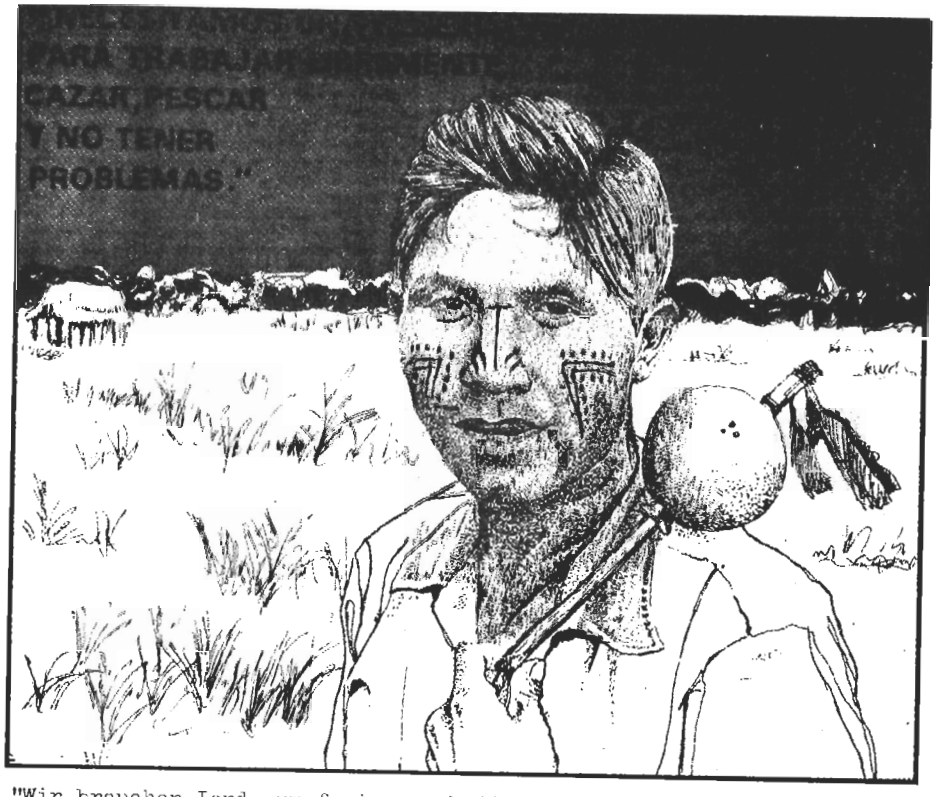
1. Die Regierung des Präsidenten Julio Cesar Turbay Ayala hat mit Hilfe von repressiven Maßnahmen, insbesondere des Sicherheitsstatuts und der Inkraftsetzung von Artikel 28 der Verfassung, der die Inhaftierung jedes kolumbianischen Bürgers bis zu 10 Tagen erlaubt, die elementarsten Menschenrechte und demokratischen Freiheiten mit Füßen getreten und so ein Klima des Terrors geschaffen, das allein den Ausbeutern des kolumbianischen Volkes zugute kommt.

2. Der CRIC ist von dieser Verfolgung besonders hart betroffen, wie die Ereignisse beweisen:
   - Am 4.Februar wurde gegen 10 Uhr abends das ehemalige Mitglied unseres Exekutivkomitees, Benjamin Dindicué, in seinem eigenen Haus ermordet. Für diesen Anschlag machen wir die Großgrundbesitzer von Tierradentro verantwortlich, die berufsmäßige Mörder mit Duldung der Behörden gegen uns einsetzen.
   - Am 9.Februar wurden der Vorsitzende unseres Exekutivkomitees, Marcos Anibal Avirama und sein Bruder Edgar Avirama auf offener Straße verhaftet. Sie befinden sich in der Garnison Inocencio Chincá, wo sie vermutlich gefoltert werden.
   - Das Haus des CRIC-Vorsitzenden wurde am darauffolgenden Tag, dem 10.Februar, verwüstet, wobei wichtige Dokumente der Organisation mitgenommen wurden.
   - Seit dem 31.Januar befindet sich der Leiter unserer Genossenschaft in Corinto, Guillermo Amórtegui, im Gewahrsam der 3.Brigade.
   - In verschiedenen Teilen des Departements Cauca sind führende Mitglieder unserer Organisation verschwunden.

In Anbetracht dieser Ereignisse richten wir einen EINDRINGLICHEN APPELL an alle demokratischen Organisationen, sich nicht durch das Regime einschüchtern zu lassen und jeden Übergriff anzuprangern, in der Form, wie sie es für richtig halten.

Consejo Regional Indígena del Cauca
CRIC
Popayán, 12 de Febrero de 1979

Wir möchten uns diesem Aufruf anschließen und bitten alle, die sich mit den betroffenen Mitgliedern des CRIC solidarisieren wollen, sich an die Redaktion der LA-Nachrichten zu wenden, damit wir ihnen weiteres Material sowie Entwürfe für Protestbriefe und -telegramme zuschicken können.

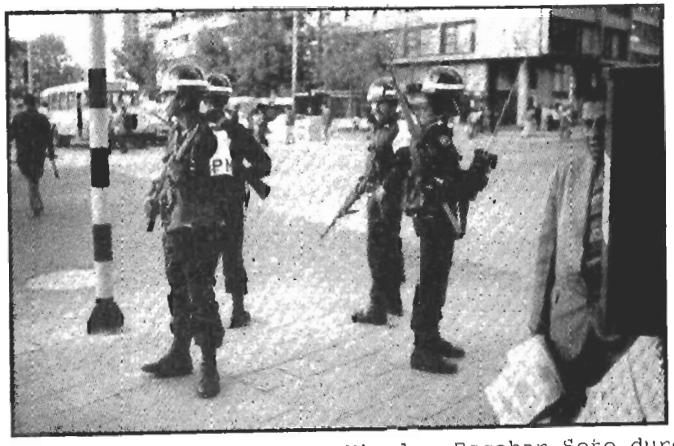


"Wir brauchen Land, um frei zu arbeiten, zu jagen, zu fischen und um keine Probleme zu haben."(Aus: 'Unidad Indígena')

Zur Praxis der Nationalen Sicherheit

Im Vordergrund stand das massive Vorgehen der Regierung Turbay unter Einsatz der militärischen Staatssicherheitsdienste gegen die militante Befreiungsbewegung M 19, ausgelöst durch den am 23. Dezember 78 dieser Gruppe zugeschriebenen Waffenraub aus der Kaserne Usaquen bei Bogota.

Am 14.3. wurde das vierte "Volksgefängnis", das der M 19 zugeschrieben wird, in einem Bogotaner Stadtteil entdeckt auf Grund von freiwilligen Hinweisen des Malers Efraino Rueda Gonzales, der angeblich Chef der 3. Kolonne der M 19 gewesen war, vor dem Kommandanten der Brigada de Institutos Militares, General Miguel Vega Uribe. Nach Aussagen des Militärs seien angeblich der Präsident der Gewerkschaft CTC, José Raquel Mercado, sowie der Ex-Botschafter und derzeitige Blumenexporteur Miguel German de Ribon in diesem "Volksgefängnis" festgehalten worden. Nach militärischer Darstellung seien damit alle vier Volksgefängnisse der M 19 entdeckt. Das erste wurde kurz nach dem Waffenraub in der Kaserne Usaquen am 3.1.79 in Bogotá entdeckt. Bei dieser Aktion wurde der



Geschäftsführer der Firma Texas, Nicolas Escobar Soto durch Militärkräfte getötet. Das zweite wurde am 24.1. in Bogota entdeckt. Das dritte in Cali.

Desweiteren wurden vom Militär verschiedene Waffenarsenale, ebenfalls der M 19 zugeschrieben, gefunden. So z.B. in Bogota. 8o Personen wurden in den Gebäuden des Bataillons Jaime Roock/Ibague am 14.2. festgenommen unter dem Vorwurf, sie gehörten der M 19 an. Der Priester Saturnino Sepulveda wurde am 14.2. nach 2o tägiger Haft vom Militärstrafrichter No. 1o6 auf freien Fuß gesetzt in Bogota, nachdem sich die Vorwürfe gegen ihn, der M 19 anzugehören, als gegenstandslos erwiesen. Gleiches geschah mit dem Ex-Parlamentarier Hernando Segura Perdomo sowie mit dem Duetschen Helmut von Loebell. Dafür wurden am 13.2. vier Mitglieder der PST (Partido Socialista de los Trabajadores) in den Verlagsräumen der Zeitschrift "El Socialista" in Bogota vom Militär festgenommen.

Ebenfalls festgenommen zum zweiten Male aufgrund der Aussagen des o.a. Malers Efraine Rueda Gonzalez wurde Gloria Meron Masmela, eine Cousine des Geschäftsführers von Produmedicos Rafael Arteaga, dem der Tunnelbau in die Kaserne Usaquen zugeschrieben wird. Der Journalist des "Bogotano"(linksliberal) Jaime Torres wurde freigelassen. Er war Ko-autor eines Buches über die M 19 Das Presseamt des Präsidenten veröffnetlichte eine von ihm unterschriebene Erklärung, derzufolge er angeblich von den Militärs gut behandelt sei.

Am 15.2. gestanden angeblich 12 festgenommene Männer und eine Frau, aktive Mitglieder der M 19 gewesen zu sein. Einer der Festgenommenen habe gestanden, den Gewerkschaftsführer der CTC José Raquel Mercado umgebracht zu haben. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß ein Militärstrafrichter, Dr. Alberto Torres Rodriguez, mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben wurde. Dies war die zweite wichtige Personalveränderung bei der Strafverfolgung "subversiver Kräfte" in der Militärgerichtsbarkeit nach der Versetzung des Auditor General de Guerra, Major Eduardo Quevedo. Ebenfalls freigelassen nach wenigen Tagen haft, wurde der Soziologe Orlando Fals Borda. Seine Ehefrau Maria Cristina Salazar hingegen blieb weiterhin in Haft. Ihr wird vorgeworfen der M 19 anzugehören und in dieser Eigenschaft das Haus im Namen von Carlos Duplat, der beschuldigt wird, ein Führer der

M 19 zu sein, angemietet zu haben, in dem die Waffen aus dem Raub in der Kaserne von Usaquen widergefunden wurden. Carlos Duplat bestreitet, daß Maria Cristina von dem Waffenarsenal gewußt habe.

Am 16.2. berichtete die Presse von einem Gespräch, daß Gabriel Garcia Marquez in seiner Eigenschaft als Präsident der lateinamerikanischen Gesellschaft für Menschenrechte und die Verteidigung politischer Gefangener HABEAS (siehe Artikel hierzu in dieser Nummer), am 15.1. mit dem Papst geführt hatte.

Ebenfalls am 16.2. berichtete die Presse von zahlreichen Solidaritätsbriefen insbesondere aus Frankreich, der Schweiz, Belgien, Dänemark und Großbritannien zugunsten der politischen Gefangenen in Kolumbien gerichtet u.a. an die Präsidenten der Republik, den Innenminister und den Verteidigungsminister.

Am 14.2. veröffentlichte die "Escuadron de Muerte", eine ultrarechte militante Gruppe, die angeblich von konserviativen Kreisen nach dem Vorbild Brasilien, Uruguay finanziert und gedeckt wird, eine Ankündigung, daß sie "Auge um Auge, Zahn um Zahn" gegen die linke Guerrilla, insbesondere gegen die M 19 kämpfen werde. Ihre Entstehung rechtfertigt sie mit der angeblichen Unfähigkeit des Staates und seines Militärs, mit den subversiven Gruppen fertig zu werden.

Der - selbsternannte - Führer der M 19, der Arzt Carlos Toledo Plata, Ex-Parlamentarier der Anapo socialista, bestreitet in einem geheimen Interview, daß die M 19 eine Untergrundorganisation sei. Sie sei vielmehr eine politisch-militärische Organisation. Er gibt viele Fehler im Vorgehen zu, kündet aber an, daß die künftigen Operationen wirkungsvoller sein werden.(El Tiempo vom 16.2.79)

Die militärischen Einsätze gegen die M 19 nehmen nicht ab. Am 16.2. wird bekannt gegeben, daß das Heer gegen Führer der CRIC (Consejo Indigena del Cauca) vorgegangen sei.(siehe Artikel in dieser Nummer).

Am 17.2. verkündet der Präsident Turbay Ayala- trotz vieler anders lautender Berichte, ja trotz des Berichtes über Folter, der von einer Senatskommission erstellt wurde - daß es keine Folterung bei Häftlingen gäbe. "Die These der Folterungen entspricht einer eingeschlagenen Strategie, das Land über die wirkliche Schwere der begangenen Delikte zu verwirren."

Dennoch nehmen die Protestbriefe aus Europa (u.a. Frankreich, Schweiz, Luxemburg, BRD, Dänemark, Spanien, Kanada, England, Norwegen, Belgien) nicht ab. Am 2o.2. gibt die Staatsaufsichtsbehörde bekannt, daß eine von ihr ausgewählte Kommission, aus Ärzten und Rechtsanwälten zusammengesetzt die angeblichen Folterungen des Häftlings Pedro A. Mollogón in Bogotá untersuchen werde. Ebenso werde ihr Beauftragter bei den Streitkräften den Vorwurf der Folterung untersuchen. Am 27.2. werden Proteste seitens der Vertreter verschiedener Universitäten Bogotas bekannt gegen die angewandten Sicherheitsstatuten und die Behinderung von Anwälten bei der Verteidigung ihrer verhafteten Klienten. Am 21.2. werden zahlreiche Häftlinge aus den Militärgefängnissen in zivile Gefängnisse Bogotas überführt.

Am 21.2. flüchtet sich die zehnköpfige Familie Vilafane in die panamensische Botschaft und bittet um politisches Asyl, Es handelt sich dabei um eine Arztfamilie, denen unter anderem vorgeworfen wird, daß unter ihren Patienten Mitglieder der M 19 seien.

Am 22.2. veröffentlicht der Verteidigungsminister Camacho Leyva einen hönischen Antwortbrief an einen nordamerikanischen Soziologen indem er den Vorwurf der Folter zurückweist und eine Einladung ausspricht, sich selber davon zu überzeugen, um eine ernstzunehmende Ansicht zu entwickeln.

Diese "Einladung" wird von Gabriel Garcia Marquez in der Zeitschrift ALTERNATIVA mit einem Gegenvorschlag beantwortet, diesen Besuch um Journalisten angesehener Zeitungen wie der New York Times, Le Monde und des Osservatore Romano zu ergänzen.(und LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ???)

Am 22.2. wird in der Presse bekanntgegeben, daß der Konteradmiral Miguel Cediel als Spezialrichter durch den Oberkommandierenden des Heeres, General Jaime Sarmiento Sarmiento benannt wurde, um für die Staatsaufsichtsbehörde die Vorwürfe der Folterung an Häftlingen, die im vergangenen Jahr festgenommen wurden zu überprüfen.

Am 26.2. werden weitere Festnahmen gegen 4 Männer und drei Frauen bekannt gegeben. Außerdem wurde bekannt, daß zahlreiche Häftlinge auf Gefängnisse des Landes außerhalb von Bogota verteilt wurden. So wurden u.a. in das Gefängnis von El Barne in Tunja ca. 1o Personen überführt. Die Verteidiger der Häftlinge protestieren gegen diese Maßnahme, die die Verteidigung erhablich behindere.

Zusammenfassung:
1. Identifizierung der angeblichen Mitgliedschaft bei der M 19 Gerichtsbarkeit, Überprüfung angeblicher Folterungen liegt in den Händen der Militärs, das faktisch jeder demokratischen Kontrolle entzogen ist und von der Regierung gedeckt werden.

2. Hinweise auf Folterungen und selbstproduzierte "Beweise" wurden in der kolumbianischen Zeitschrift Alternative abgedruckt.

3. Es ist anzunehmen, daß die Vorbereitung der anhaltenden Festnahmen vor der Präsidentschaft von Turbay liegen. Die Anzahl der insgesamt Festgenommenen ist nicht bekannt.

4. Die Aktion der M 19 geben den idealen Vorwand her, um gegen Indianer-, Bauern- und Arbeiterführer sowie gegen Intellektuelle und Künstler vorzugehen.

5. Keine ausländische Regierung hat bisher protestiert!!!

LETZTE MELDUNG:

Am 30./31. März wird im Capitolio Nacional in Bogotá eine öffentliche Veranstaltung zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien stattfinden. Diese Veranstaltung wird von wichtigen Organisationen des Landes (Gewerkschaften, Berufsverbänden, kirchlichen Vereinigungen usw.) sowie von zahlreichen Wissenschaftlern und Politikern unterstützt. Die Schirmherrschaft liegt bei der'Stiftung HABEAS für die Menschenrechte in Amerika', der bedeutende Schriftsteller, Gelehrte und Politiker aus ganz Lateinamerika angehören.

URUGUAY

Kleines Land mit Seeblick — zu verkaufen

Fünfeinhalb Jahre nach dem Putsch der Streitkräfte und des damaligen Präsidenten Bordaberry ist zwar in Uruguay eine gewisse politische und ökonomische Stabilisierung eingetreten, dennoch befürchtet die Regierung offensichtlich einen wachsenden Widerstand: Die Führung der Streitkräfte wurde einem bekannten Folterer übertragen. Nichts kennzeichnet die ökonomische und politische Lage so, wie die Umwandlung eines Fleischkühlhauses in ein Gefängnis für politische Gefangene.

Zur ökonomischen Lage

Die wirtschaftliche Krise Uruguays, die sich seit Jahren hinzieht, dauert an. Die "Erholungserscheinungen", die eindeutig zu einer politischen und ökonomischen Stabilisierung der Militärregierung beigetragen haben, wirken zwar fort, aber für die Masse der Bürger wirken sie sich nur negativ aus.

- Der Reallohn der abhängig Beschäftigten betrug im vergangenen Jahr nur noch ca. 68 % des Reallohnes von 1968; andere Zahlen sprechen von 6o %, bezogen auf 1971.
- Die Inflationsrate steigt wieder: Sie wird für 1978 vermutlich bei ca. 45 % liegen; vorgesehen in den Planungen der Regierung waren 3o %.
- Die Arbeitslosigkeit, die offiziell mit 12 % angegeben wird, kann nur deswegen kaschiert werden, weil täglich Hunderte von Uruguayern das Land verlassen: Uruguay dürfte das einzige lateinamerikanische Land sein, daß mit den Problemen der Bevölkerungsexplosion nicht zu kämpfen hat, die Bevölkerungszahlen gehen zurück. Offiziell wird dies aber nicht eingestanden, seit Jahren werden keine verläßlichen Zahlen über die tatsächliche Bevölkerung des Landes mehr veröffentlicht.

Die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes war vor allem dadurch erreicht worden, daß die herkömmliche Exportstruktur modifiziert wurde: Es wurden gezielt die Teile der Wirtschaft gefördert, die andere als Agrarprodukte zu exportieren in der Lage waren.

Dies soll nun anders werden, auch die traditionelle Viehzüchter-Oligarchie soll am Wirtschaftswachstum beteiligt werden. Allerdings mit zweifelhaften Perspektiven: Das Programm zur Förderung der Landwirtschaft sieht unter anderem vor, daß die bisherige Preisbindung für Fleisch, Mehl und Brot aufgegeben wird, daß die vom Staat verwalteten fleischverarbeitenden Betriebe privatisiert und mindestens ein staatliches Kühlhaus geschlossen werden soll (zur weiteren Verwendung der Gebäude s.u.), ferner soll die Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter langfristig freigegeben sowie die einheimische Landwirtschaft durch die Einführung eines einheitlichen Schutzzolls von 3o % gefördert werden.

Diese Maßnahmen dürften sich insofern als unwirksam herausstellen,

als die bisherige Stagnation in der Landwirtschaft strukturelle Ursachen hatte, die sich nicht per nationaler Verordnung auflösen lassen: Seitdem die Europäische Gemeinschaft ihren Markt für Fleischimporte weitgehend geschlossen hat, verlor der wichtigste Teil des Agrarsektors, die Viehwirtschaft, seine Dynamik; das traditionelle Agrarexportland wurde zum Agrarimportland. Die Maßnahmen der Regierung sind schwerlich geeignet, den Export anzuregen. Sie werden auf jeden Fall zur Verteuerung der Nahrungsmittel im Inland beitragen. Aber es ist zweifelhaft, ob sie zu einer Dynamisierung der Landwirtschaft beitragen. Denn angesichts sinkender Kaufkraft und merklichen Bevölkerungsschwundes kann von einer Entwicklung des inneren Marktes keine Rede sein.

Gerade dieser schwindende innere Markt aber ist die Achillesferse der ökonomischen Gesundung. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß sich der Industrieverband für Lohnsteigerungen einsetzt, die das von der Regierung verordnete Ausmaß überschreiten. Die schleppende Nachfrage auf dem Binnenmarkt, verbunden mit Exportschwierigkeiten in die USA, veranlaßte den Nationalen Industrieverband zur Aufforderung an die Unternehmen, die Löhne zum 1.September 1978 um mehr als die staatlich verordnete Lohnerhöhung von 1o % anzuheben. Auch dies ist wohl ein einmaliger Vorgang und signalisiert die Dramatik der Lage.

Verschärfung der Repression

Es wäre Augenwischerei, von einem nennenswerten und wirksamen politischen Widerstand in Uruguay zu sprechen. Das System der politischen Unterdrückung funktioniert so infam und perfekt (s.LN Nr.68), daß Befürchtungen von Seiten der regierenden Militärs - kurzfristig zumindest - gegenstandslos sind. Dennoch baut man vor: Es scheint, daß sich die politische Linie der Regierung verschärft. Der Rücktritt des bisherigen Oberkommandierenden der Streitkräfte, General Gregorio Alvarez, signalisiert diesen Kurswechsel. Ihm wurden "populistische" Neigungen nachgesagt, die er insbesondere kleinen und mittleren Landwirten gegenüber geäußert haben soll. Jetzt, da sich herausstellt, daß derartige Tendenzen mangels ökonomischer Masse nicht realisierbar sind, ist es nur logisch, daß er abgelöst werden muß. Die Ernennung seines Nachfolgers bestätigt diese Tendenz: Sein Nachfolger, General Querelo, gilt nach Berichten von entlassenen politischen Gefangenen im Ausland als einer der führenden Folterer (und Generäle sind keine Folterknechte). In Listen von amnesty international steht er an erster Stelle. In seine Amtszeit als Militärattaché in den USA fallen die anonymen telefonischen Bedrohungen von kirchlichen Organisationen in Washington, die sich mit der Lage von politischen Gefangenen in Lateinamerika befaßten.

Alles dies ergibt ein in sich stimmiges Bild: Die zu erwartende Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung (insbesondere der Kleinbourgeoisie) erfordert eine schärfere Linie, auch wenn diese zunächst präventiv ist. Ob sich aus der objektiv sich verschlechternden Lage ein Widerstand herausbildet und woher, steht nicht auf der Tagesordnung der Militärs, aber sicherheitshalber hat man vorgebeugt.

Die Zahl der politischen Gefangenen in Uruguay liegt - gemessen an den Bevölkerungszahlen - an führender Stelle in der Welt (in den LN ist mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden). Die schlimme physische Situation der Gefangenen unterscheidet sich vielleicht nicht von der anderer politischer Gefangener in anderen Ländern. Dennoch soll hier aus einer Schilderung zitiert werden, die von entlassenen politischen Gefangenen verfaßt wurde, die in

Punta Carretas inhaftiert waren.

"Was allerdings ausschließlich die Abteilung für politische Gefangene betrifft, so sind hier die Menschen zusammengepfercht. Die Zellen waren dazu bestimmt, eine einzige Person zu beherbergen, aber sie sind mit 5 und 6 Personen belegt. In den Zellen müssen die Gefangenen ihre Notdurft verrichten (wohin das fließende Wasser nicht gelangt, gibt es logischerweise auch keine Wasserspülung), mühsam die Matratzen und/oder Pritschen übereinander schichten, kochen, in einem Raum zusammenleben, der für nur eine Person gedacht war.

Es gibt nur eine Dusche für alle politischen Häftlinge, deren Zahl zwischen 12o und 2oo schwankt.

Die politischen Gefangenen verfügen über einen kleinen Gefängnishof, wohin kaum Sonne kommt. Es ist eine Art rechteckige Sackgasse mit Zementboden, etwa 5,oo bis 5,5o m breit und 3o m lang. Die Notwendigkeit zwingt dazu, sich auf diesem wenig geeigneten Raum zu bewegen und Sport zu treiben. Verstauchungen, Verletzungen, Verrenkungen usw. sind häufig. Die politischen Gefangenen haben beantragt, die Sporteinrichtungen der kriminellen Gefangenen benützen zu dürfen, die mit ihren Fußball- und Volleyballplätzen die einzigen zu diesem Zweck geeigneten Orte des alten Gebäudes stellen; aber die Gefängnisbehörden haben dies verweigert."
(Aus einer von ai herausgegebenen Dokumentation über die Situation der politischen Gefangenen in Uruguay.)

Es ist zu bezweifeln, ob sich an der Situation der politischen Gefangenen etwas ändern wird. Die Ausbaupläne der Regierung sehen einen Gefängnisneubau in Durazno, im Zentrum des Landes, vor, es soll ausschließlich politische Gefangene "beherbergen". Auch in Montevideo ist ein Gefängnisneubau geplant. Ferner soll ein abgetakeltes Schiff, das im Hafen von Montevideo lagert, in ein Gefängnisschiff verwandelt werden (für gewöhnliche Kriminelle, man braucht offensichtlich Platz).

Die Phantasie der Militärs kennt keine Grenzen: Nachdem die Fleischverarbeitung des Landes privatisiert werden soll, werden staatliche Kühlhäuser obsolet. Zumindest eines davon, das Kühlhaus Swift in Cerro, soll in ein Gefängnis für politische Gefangene umgewandelt werden.

Vor Jahren stand an einer Mauer in der Nähe des Flughafens, wo sich das Folterzentrum der Luftwaffe, "FUSNA", befindet, die Parole: Pequeño país, con vista al mar, en venta (Kleines Land mit Seeblick - zu verkaufen)!

Angesichts der ökonomischen Perspektivlosigkeit und der politischen Schwierigkeiten ist die Frage zulässig, ob dieses Land noch irgendjemand haben will.

INFORMATIONEN

Logik

WÖRTERBUCH

N. I. Kondakov
Wörterbuch der Logik
Herausgeber der deutschen Ausgabe: Erhardt Albrecht und Günter Asser
1. Auflage, ca. 3000 Stichworte, ca. 650 Seiten, Leinen, DM 28,–

Das Wörterbuch der Logik des bekannten sowjetischen Logikers N.I. Kondakov stellt in der internationalen Literatur das umfassendste Nachschlagewerk zur Logik und ihrer Geschichte dar. Da die Logik, besonders in Gestalt ihrer modernen Form, der mathematischen Logik, heute zu einer der wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen geworden ist, gibt es fast kein Gebiet in der Wissenschaft und Technik, wo sie keine Anwendung findet. Es werden grundlegende Termini und Begriffe solcher an die formale Logik angrenzender wissenshaftlicher Disziplinen wie der Kybernetik, Mathematik, Informatik, Psychologie, Sprachwissenschaft, Rhetorik, Erkenntnistheorie und Methodologie in einer Form dargestellt, die einem breiten Leserkreis zugänglich ist. Fast 3000, dem neuesten Stand der internationalen Forschung entsprechende Artikel geben umfassend Auskunft über die Errungenschaften der logischen Wissenschaft von heute.

Georg Klaus/
Manfred Buhr (Hrsg.)
Philosophisches Wörterbuch
11. gegenüber der 10. neubearbeiteten, unveränderte Auflage.
Begriffswortverzeichnis mit Autorenangaben, Personenregister mit Lebensdaten und Hauptwerken (Bibliographie)
1394 Seiten, Leinen, 2 Bände zus. DM 32,–

Das Philosophische Wörterbuch enthält Darstellungen der Kategorien und Gesetze des dialektischen und historischen Materialismus. Es werden die Hauptpunkte der Geschichte der Philosophie und der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, der modernen Logik, der allgemeinen Methodologie, Wissenschaftstheorie sowie die philosophisch relevanten Erkenntnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, der Kybernetik, der Semiotik, der Informations- und der Systemtheorie abgehandelt.

Pressestimmen zum Philosophischen Wörterbuch

„das philosophische Wörterbuch ist für den . . . philosophischen Bereich eine große Leistung, die im Westen ihresgleichen sucht. Gerade darin besteht auch seine Gefahr." (Deutschlandarchiv, Köln 9/1976)

„Ein Baedeker der proletarischen Weltanschauung also, verfaßt in einer vorbildlich klaren Sprache, die – seltenes Lob für ein Wörterbuch – beim Nachschlagen immer wieder zum Weiterlesen verleitet." (Die Weltwoche, Zürich, 7.2.73)

Manfred Buhr und Alfred Kosing (Hrg.)
Kleines Wörterbuch der marxistischen Philosophie
2., stark erweiterte Auflage, Stichwortverzeichnis, gegenüber der 1. Auflage von 1966 wurde die Zahl der Stichwörter mehr als verdoppelt; Personenverzeichnis
334 Seiten, Leinen, DM 9,80

Die Verfasser waren bestrebt, alle wichtigen philosophischen Bezeichnungen aufzunehmen, deren Kenntnis das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin, die Lektüre der marxistisch-leninistischen Literatur der Gegenwart, wie auch das Verständnis des ideologischen Klassenkampfes erleichtern können.

Georg Klaus
Die Macht des Wortes
Ein erkenntnistheoretisch-pragmatischer Traktat
2. Auflage, Personenregister, 200 Seiten, Brosch., DM 9,80

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

deb verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Das Dritte Welt Magazin –
unentbehrlich für alle, die sich mit Entwicklungsländern, Nah/Mittelost, nationaler Befreiung und Befreiungsbewegungen, nichtkapitalistischem Entwicklungsweg, Rohstoffpolitik und Neuer Weltwirtschaftsordnung beschäftigen müssen!

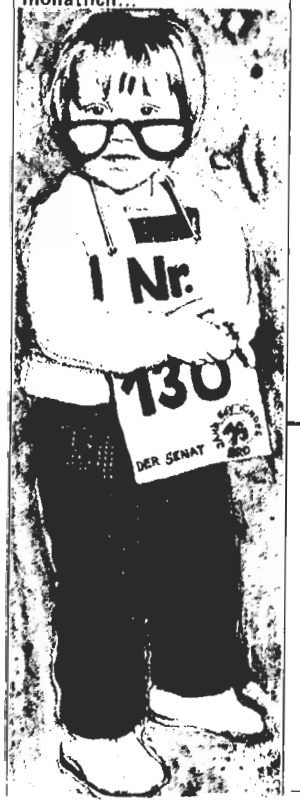
Jahresabonnement: DM 48,–
für Auszubildende, ZDL u. WDL: DM 32,–

Bücher:

Manfred Hinz, Georg Fischer:
Demokratische Arabische Republik Sahara – Ein Volk kämpft für seine Freiheit (Bildband) 198 S., 220 Photos DM 25,–
Manfred Hinz:
Le droit a l'autodetermination du Sahara Occidental (Basisdokumente, französisch) 164 S., ca. DM 11,–
Anglika Sahra, Rafik Schami:
Andere Märchen (deutsch-arabische Märchen) 88 S., DM 7,–
Walter Hollstein:
Kein Frieden um Israel (erweiterte Auflage) 387 S., DM 15,–
Michael Attalides:
Cypern – Nationalismus u. internationale Politik 200 S., DM 14,–

Info und Bestellungen: Montanus, progressive Buchhandlungen und
PROGRESS DRITTE WELT VERLAG
Postfach 1528 D 5300 Bonn-1

Berichte, Tatsachen, Hintergründe! Die bringt es monatlich... HEZ



HEZ-EINE ZEITUNG VON UND FÜR ERZIEHER/INNEN UND SOZIALARBEITER/INNEN. URBANSTR.126, 1000 BERLIN 61 (LADEN), T.: 6918311 (MONTAGS AB 19.00 UHR) JAHRESABO 30.-DM, ERMÄß. 24.-DM. ZUSENDUNG NACH ERHALT DER ZAHLUNG AN: L. ERFURTH, PSCHA BLN.W., SONDERKONTO Z, NR. 720 65 - 102 .